

Klaus-Dieter Franke

Zwei Tageszeitungen und ihr Umgang mit der Demokratie: Die Westfälischen Nachrichten (Münster) und die Freie Presse (Bielefeld) in den „dynamischen Jahren“ der Bundesrepublik 1957/58 bis 1965

Inhalt

Vorbemerkung: Motivation – Gegenstand – Intention

1. Aspekt der Analyse 1: Die beiden Zeitungen und die sogenannte Spiegel-Affäre

Die Westfälischen Nachrichten und die „Spiegel-Affäre“

Dr. Eickhoffs Vorstellung von journalistischer Verantwortung

Die Haltung der Westfälischen Nachrichten gegenüber der „innenpolitische(n) Krise“

Die Argumentationslinie der Westfälischen Nachrichten

Die Freie Presse und die „Aktion gegen den Spiegel“

Die „Fragestunde“ im Bundestag – eine Fundgrube für Kritik und Attacken

Die Frage nach der Stabilität des demokratischen Systems in der Bundesrepublik

Die Forderung nach der Großen Koalition

Die Argumentationslinie der Freien Presse

Vergleich

2. Aspekt der Analyse 2: Die beiden Zeitungen und die Demokratiediskussion

Die Westfälischen Nachrichten und die Demokratiediskussion

Die Westfälischen Nachrichten und ihr Urteil über die moderne Demokratie

Die Westfälischen Nachrichten in der medialen weltanschaulichen Defensive

Das konsistente christlich-konservative Weltbild der Westfälischen Nachrichten

Der veränderte Umgang mit dem Pluralismus als Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils

Die Freie Presse und ihr Verständnis von Demokratie und Demokratisierung

Das Godesberger Programm als endgültige Festlegung des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus

Die Aufforderung zur politischen Partizipation in der Demokratie

Die Forderung nach „Aufrüstung der Demokratie“

Die Position der Freien Presse in der Demokratiediskussion

Vergleich

3. Aspekt der Analyse 3: Die beiden Zeitungen und ihr Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit

Die Westfälischen Nachrichten und ihre Art der „Vergangenheitsbewältigung“

Der Arnberger Mordprozess 1958

Der Prozess gegen den „teuflischen Totschläger“ Martin Sommer 1958 und der Widerstand des 20. Juli 1944

Der Eichmann-Prozess 1961

Der erste Auschwitz-Prozess 1963 – 1965

Die Verjährungsdebatte 1965

Der Umgang der Westfälischen Nachrichten mit den NS-Verbrechen

Die Freie Presse und ihre Position gegenüber der NS-Vergangenheit

Der „Warsteiner Mordprozeß“ 1958

Der Prozess gegen den „Henker von Buchenwald“ Martin Sommer 1958

Der Fall Dr. Eisele 1958

Der „Ulmer Einsatzgruppenprozeß“ 1958

Der Eichmann-Prozess 1961

Der erste Auschwitz-Prozess 1963-1965

Die Verjährungsdebatte 1965

Der Umgang der Freien Presse mit den NS-Verbrechen

Vergleich

4. Die Zusammenschau: Die beiden Zeitungen und ihr Beitrag zur bundesrepublikanischen Demokratisierung zwischen 1957/58 und 1965

Quellen- und Literaturverzeichnis

Vorbemerkung: Motivation – Gegenstand – Intention

Das Thema geht zurück auf persönliches Erleben. Ich habe als Nachkomme einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie die ersten achtzehn Jahre meines Lebens in Werther bei Bielefeld verbracht. Tagtäglich kam die „Freie Presse“ (FP) auf den Tisch, eine Tageszeitung der SPD, die für Bielefeld Stadt und Land erschien (1967 fusionierte sie mit der Westfälischen Zeitung zur Neuen Westfälischen). 1969 begann ich mit dem Studium in Münster und erlebte zunehmend bewusster (weil ich sie abonnierte) das publizistische Gegenstück zur Freien Presse, die konservativen Westfälischen Nachrichten (WN), von deren Verlegern ich später das polemische Bonmot aufschnappen sollte, sie könnten selbst im Kohlenkeller noch Schatten werfen. Ich habe beide Zeitungen kennengelernt. Daraus ergab sich die Überlegung, sie unter einem demokratiegeschichtlichen Aspekt zur Grundlage der forschenden Arbeit zu machen.

Ich bin 1951 geboren worden. 1957 wurde ich eingeschult. 1965 war ich 14 Jahre alt. Die acht Jahre zwischen 1957 und 1965 habe ich abgesehen vom Schulbesuch im Wesentlichen fußballspielend zugebracht. Es sind nur zwei politische Ereignisse aus dieser Zeit, bei denen mir meine Erinnerung sagt, ich hätte sie bewusst als etwas wahrgenommen, was mich betrifft: die Kubakrise 1962 und die Ermordung John F. Kennedys ein Jahr später. Die Kubakrise habe ich als persönliche Bedrohung erlebt, als mögliches Ende meiner Existenz, falls es zu einem Atomkrieg kommen sollte. In der Schule war uns mittels eines Lehrfilms beigebracht worden, welche Schutzmaßnahmen wir bei einem atomaren Einschlag ergreifen sollten, unter den Tisch werfen und die Aktentasche über den Kopf halten. Aber dieses Wissen konnte die Angst nicht verhindern. Als bekannt wurde, dass Kennedy erschossen worden war, habe ich geweint. Ich hatte ihn bewundert. Mit politischer Einsicht hatte diese Bewunderung nichts zu tun; sie hatte teil an einer weitverbreiteten Begeisterung für den jugendlich, dynamisch und offen wirkenden Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Politisches Bewusstsein schärfte sich später aus: 1967 ging ich auf meine erste Demonstration, gegen den Vietnam – Krieg, im selben Jahr malte ich auf mein Schreibetui ENTEIGNET SPRINGER. Die Erschießung Ohnesorgs empörte mich. Von da an würde ich mich als einen politischen Menschen bezeichnen.

In der modernen Geschichtswissenschaft wird die westdeutsche Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Mitte der sechziger Jahre als „Prozess der allmählichen, keineswegs zielgerichteten und z.T. auch zurückgenommenen Einverleibung und Verwurzelung der Demokratie“ verstanden.¹

¹ Bauerkämper, Arnd / Jaraus, Konrad H. / Payk, Marcus M. (Hrsgg.): *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945 – 1970*, Göttingen 2005, S.14 (Einleitung der Herausgeber).

Wenn ich mich mit der Entwicklung der Bundesrepublik von 1957/58 bis 1965 auseinandersetze, dann beziehe ich mich auf eine Zeitspanne, die in der historischen Forschung als 'dynamisch' gilt und wichtige Schritte zur weiteren Demokratisierung des westdeutschen Staates enthält² und für die gleichzeitig in meiner Erinnerung an politische Vorgänge viele Leerstellen oder lediglich historische Schlagworte enthalten sind.

Der Arbeitstitel stellte sich nach diesen Überlegungen von selbst ein: Welchen Beitrag eine konservative und eine sozialdemokratische Tageszeitung aus Westfalen zur Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland leisten – Die „Westfälischen Nachrichten“ (Münster) und die „Freie Presse“ (Bielefeld) in den „dynamischen Zeiten“ 1957/58 – 1965.

Grundlage meines Verständnisses von ‚Demokratisierung‘ sind Überlegungen des Historikers Arnd Bauerkämper: Die „Konsolidierung von (demokratischen) Verfassungsordnungen“ ist „eine unentbehrliche Voraussetzung demokratischer Stabilisierung“.

„Jedoch muss die Demokratie darüber hinaus im Wertesystem und im Handeln der Akteure verankert werden. In dieser Sicht setzt eine funktionierende Demokratie nicht nur Freiheit, Gleichheit und politische Kontrolle in einer rechtsstaatlichen Ordnung voraus, sondern auch eine entfaltete Zivilgesellschaft, in der demokratische Normen (...) im Wertheizont der Bürger verankert sind.“³

Demokratisierung ist ein Prozess. Zwei Faktoren gehören nach Bauerkämper zu ihm: die Konsolidierung der demokratischen Verfassungsordnung und die Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements. Beide Faktoren sind dabei Gegenstand politischer und sozialer Auseinandersetzungen.

Es ist eine Banalität, auf deren Richtigkeit heute aber nachdrücklich hinzuweisen ist: Die Ausgestaltung von Meinungs-, Presse- und Medienfreiheit entscheidet über die Qualität einer Demokratie. Ohne die Garantie dieser Freiheiten können Staat und Gesellschaft nicht als demokratisch bezeichnet werden und sind wesentliche Motoren von Demokratisierungsprozessen blockiert.

² Schildt, Axel / Siegfried, Detlef/ Lammers, Karl Christian (Hrsgg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000 und präzise auf den Untersuchungszeitraum bezogen Schildt, Axel / Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2009, S. 179ff. Die Überschrift des Kapitels lautet „Kultur in dynamischen Zeiten 1957/58 - 1965“.

³ Bauerkämper, Arnd: Demokratie als Verheißung oder Gefahr? Deutsche Politikwissenschaftler und amerikanische Modelle 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre, in: Bauerkämper, Arnd, Jarausch, Konrad H., Payk, Marcus M. (Hrsgg.): Demokratiewunder, S.253 – 280, Zitate:S.253.

Die nationalsozialistische Diktatur hatte die Medien dem Zwang zur propagandistischen Tendenzberichterstattung unterworfen und damit auch die Vielfalt der Weimarer Zeitungslandschaft brutal eingeebnet. Deshalb zielten die alliierten Militärregierungen nach 1945 auf eine „radikale Umstrukturierung“ der deutschen Medienlandschaft ab.

„Die britischen Besatzungsbehörden etwa hielten „die deutsche Presse für ,so rotten in its structure, so thoroughly impregnated with Nazism, and so subservient to the Propaganda Ministry, that it had to be rotted out, and recreated from the bottom up.““⁴

Ergebnisse der alliierten Bemühungen waren die Verankerung von Meinungs-, Presse- und Medienfreiheit als Grundrechte in der Verfassung und eine Vielfalt an Zeitungen und Zeitschriften. Diese Vielfalt prägte sich in den 50er Jahren der Bundesrepublik jedoch nicht als „Konflikt“, sondern als „Kompromiß“ aus. Die Historikerin Christina von Hodenberg spricht von „Konsensjournalismus“. Dieser Konsens bestand darin, „die grobe Linie der Regierungspolitik zu befürworten, politische Berichterstattung am Publikum der Gebildeten auszurichten, nationalistische und antikommunistische Töne zu tolerieren und das heikle Thema der NS-Verbrechen wenn irgend möglich zu umgehen.“ Eine Veränderung, (s)ichtbare Aufweichungserscheinungen“, sieht die Historikerin erst um die Wende zu den 60er Jahren.

„Vor öffentlicher Kritik an Regierungsmitgliedern und Regierungsmaßnahmen wurde nun nicht länger zurückgescheut, und die Massenmedien begannen, politische Tabus – wie die Aporien der Deutschlandpolitik und die Integration von NS-Tätern – gezielt anzugreifen“.

Erst dann und damit entwickelte sich in der Bundesrepublik „(e)ine politische Öffentlichkeit, die Kritik, Konflikt und Kontrolle einschloß“.⁵ Die Dynamik der Jahre von 1957/58 bis 1965 erfasste also auch die Medienlandschaft, und die Westfälischen Nachrichten und die Freie Presse hatten sich auf ihre je eigene Weise damit auseinanderzusetzen. Wie das geschieht, davon handeln meine Ausführungen.

Beide Tagesblätter sind Regionalzeitungen. Die Westfälischen Nachrichten erscheinen mit britischer Lizenz seit dem 3. August 1946 in Münster als Zeitung für den Regierungsbezirk Müns-

⁴ Zitate aus: von Hodenberg, Christina: Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980, Göttingen 2002, S.281.

⁵ In der Reihenfolge der Zitate: von Hodenberg, Christina: Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980, Göttingen 2002, S.293, S.297 und S.299. Zu den Gründen für die Entstehung des „Konsensjournalismus“ und für die Abkehr von ihm siehe von Hodenbergs Aufsatz und ausführlicher ihr Werk Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2007.

ter, allerdings ohne das Ruhrgebiet. Lizenzträger für die Christlich-Demokratische Union waren Franz Bornefeld-Ettmann, Dr. Gottfried Hasenkamp und Friedrich Leopold Hüffer.⁶ Ungewöhnlich daran ist, dass gegen die Regeln der Lizenzvergabe mit Hüffer und Hasenkamp zwei sogenannte Altverleger die Zulassung erhielten. Offensichtlich

„spielten bei der Entscheidung der Militärregierung, Friedrich Leopold Hüffer [und auch Dr. Hasenkamp, der Verf.] in den Kreis der Lizenzträger der Westfälischen Nachrichten aufzunehmen, die Umstände der Enteignung⁷ von 1937 [durch die Nazis, der Verf.] und besonders die (offizielle nationalsozialistische) Behauptung, der „Anzeiger“⁸ stünde der NSDAP teilnahmslos gegenüber, eine entscheidende Rolle.“⁹

Die Westfälischen Nachrichten definierten sich als „christliche Zeitung“, und noch präziser heißt es in einer programmatischen Erklärung von Dr. Hasenkamp in der ersten Ausgabe 1946:

„Dabei sei unmißverständlich gesagt, daß wir unter Christentum kein blosses abgeleitetes Moralsystem oder gar einen bloßen bürgerlichen Geistesschmuck unserer Sonntage verstehen, sondern daß wir es in seinem Vollsinn zu begreifen suchen, gespeist aus der konkreten gottmenschlichen Wirklichkeit des kirchlichen Lebens.“

Es gehe um ein „positives‘ Christentum“ im Sinne des Kardinals von Galen¹⁰ und auch des protestantischen Geistlichen Martin Niemöller¹¹, ein Zeichen des Versuchs, wie die CDU und anders als das Zentrum, Christentum überkonfessionell zu begreifen. Dabei ist es vor allem Kardinal von Galen, in dessen Tradition sich die Westfälischen Nachrichten stellen wollen.¹² Dieser Anspruch passte in das Verbreitungsgebiet, Münster und das Münsterland, eine vom Katholizismus und seinem politischen Arm, dem Zentrum, geprägte Region. Noch bei der Reichstagswahl vom 3. März 1933 erreichte die Partei in Münster 41,4 Prozent der Wählerstimmen und damit fünf Prozent mehr als die NSDAP, die bei 36,1 Prozent lag (Ergebnis im

⁶ Dazu Schütz, Walter J.: Zeitungsgeschichte und Institutsgeschichte. Publizistik in Münster 1946 bis 1959, in: Mertens, Klaus (Hrsg.), Konstruktion von Kommunikation in der Mediengesellschaft. Festschrift für Joachim Westerbarkey, Berlin/Heidelberg 2009, S.267.

⁷ Der Begriff „Enteignung“ ist irreführend; der juristisch korrekte Begriff für die Übernahme der Zeitung durch die Nationalsozialisten lautet Zwangsverkauf. Der Verlag Aschendorff erhielt aber für diese Zeitung den Druckauftrag.

⁸ Gemeint ist damit der „Münsterische Anzeiger“ im Verlag Aschendorff, den 1937 die Phönix Verlagsgesellschaft, eine Presseholding der NSDAP, übernahm. Zu den Hintergründen s. Haunfelder, Bernd: 250 Jahre Druckhaus Aschendorff 1762-2012, Münster 2012, S. 64ff.

⁹ Haunfelder, Aschendorff, S.68.

¹⁰ Zu Leben und Wirken des Kardinals s. <https://www.dhm.de/lemo/biografie/biografie-clemens-august-graf-von-galen.html> (letzter Zugriff. 29.11.2021).

¹¹ Zu Niemöllers Leben und Wirken s. <https://www.hdg.de/lemo/biografie/martin-niemoeller> (letzter Zugriff: 29.22.2021).

¹² Dr. Hasenkamp in der 1. Ausgabe der Westfälischen Nachrichten vom 3. August 1946 (Unterstreichung im Originaltext), zitiert nach: Haunfelder: Aschendorff, S.74.

Reich: NSDAP 43,9, Zentrum 11,2).¹³ In der Bundesrepublik war die Region eine verlässliche Hochburg der CDU. In den Jahren von 1957/58 bis 1965 lag die Auflage der Zeitung um 100 000. Sie hatte damit die örtliche Konkurrenz der im Vergleich liberaleren Münsterschen Zeitung übertroffen.¹⁴

Die Freie Presse in Bielefeld hatte in etwa dieselbe Auflagenhöhe wie die konservativ-christliche Zeitung aus Münster.¹⁵ Der Sozialdemokrat Emil Gross, in der Nazi-Diktatur verfolgt und für zwei Jahre und drei Monate ins Zuchthaus gesperrt,¹⁶ erhält 1946 von der englischen Militärregierung die Lizenz zur Herausgabe der Tageszeitung. Sie richtet sich an die Bevölkerung in Ostwestfalen-Lippe, vor allem in dessen nördlicher Hälfte.

In ihrer ersten Ausgabe vom 3. April 1946 beschreibt die Freie Presse unter der Überschrift „Unsere Linie“ ausführlich, wofür sie stehen will. Die Kernsätze lauten:

„Unsere Aufklärung und Erziehung sieht drei große Ziele: Demokratie, Sozialismus und Völkerfrieden! Alle, die ehrlich mithelfen wollen, diese Ideale zu verwirklichen, sind uns als Mitarbeiter willkommen. Die Ziele stehen fest, über die kürzesten und sichersten Wege zu ihnen kann es Meinungsverschiedenheiten geben, die (!) sachlich und ehrlich ausgetragen, nur Gutes stiften können. Es ist ein Gebot echter Demokratie, die Lehren eines Einzelnen nicht als unfehlbar zu betrachten, sondern a l l e zum kritischen Denken anzuregen. (...) Wir wollen uns immer eine eigene Meinung begründen, aber gern darauf verzichten, öffentliche Meinung zu m a c h e n. Eher lockte uns der Ruf, öffentliche M e i n u n g z u s e i n durch die Vielfalt der Anschauungen, die in diesen Spalten zu Wort kommen sollen, die aber immer nur auf das eine Ziel: Demokratie, Sozialismus und Völkerfrieden gerichtet sein werden.“

Die Freie Presse, heißt es zusammengefasst in einem Satz, solle eine „Tribüne der freien Meinungsäußerung für alle (werden), die mit uns für den demokratischen Sozialismus und den Völkerfrieden wirken wollen.“¹⁷

¹³ Zahlen nach: Haunfelder: Aschendorff, S.63 und Burkhard Assmus, Die Reichstagswahlen vom 5. März 1933, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/etablierung-der-ns-herrschaft/reichstagswahl-1933.html> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

¹⁴ Anhaltspunkte dafür bei Schütz, S.265 und S.268.

¹⁵ 1949 betrug die Auflage der Freien Presse über 100 000 Exemplare, bis zur Fusion mit der Westfälischen Zeitung, sank sie auf 81 000, Zahlen aus: Meier, Gerd: Vom Parteiorgan zur modernen Zeitung? Die sozialdemokratische Tagespresse im östlichen Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Sonderdruck aus: Westfälische Forschungen, Nr.47, Münster 1997, S. 265 – 292, hier: S. 286.

¹⁶ Zu Emil Gross ausführlicher Wagner, Bernd J.: Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld, 19. Februar 1967: Der Politiker und Verleger Emil Gross stirbt in Bielefeld, <https://historischer-rueckblick-bielefeld.com/2017/02/01/01022017/> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

¹⁷ Freie Presse vom 3. April 1946, <https://historischerrueckblickbielefeld.files.wordpress.com/2017/02/0102201710.jpg>, (letzter Zugriff: 29.11.2021). Gesperrter Druck im Original. Der Artikel ist nicht namentlich gezeichnet. Es ist höchstwahrscheinlich Carl Severing, der erste Chefredakteur, der das journalistische Programm formuliert hat.

Damit ist die politische Ausrichtung eindeutig formuliert, und mit ihr kann Gross darauf hoffen, in Bielefeld und Umgebung auf genügend Resonanz zu treffen. Bei den Märzahlen 1933 gewann die NSDAP 37,3 Prozent, die SPD erreichte 34,4 Prozent und die KPD 10,3 Prozent (Ergebnis im Reich: NSDAP 43,9 Prozent, SPD 18,3 Prozent und KPD 12,1 Prozent). Bielefeld war eine sozialdemokratische Hochburg, und das gilt auch für die Zeit nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur.¹⁸ Gross knüpfte mit dem neuen Presseorgan an die Tradition der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“¹⁹ in Bielefeld an, die 1890 begründet worden ist und 1933 verboten wurde, und hatte damit zunächst den gewünschten Erfolg. Jedenfalls ist die Freie Presse 1957 in der Konkurrenz mit dem konservativen Westfalen-Blatt und der eher liberalen Westfälischen Zeitung das auflagenstärkste Blatt in Bielefeld, sie druckte täglich 95 430 Exemplare (Westfalen-Blatt rund 80 000 und Westfälische Zeitung um 34 000).²⁰ Über ihre Auflagenhöhe und ihren Charakter als Regionalzeitungen hinaus haben die Westfälischen Nachrichten aus Münster und die Freie Presse in Bielefeld anscheinend nichts gemein. Die journalistischen Zielsetzungen sind konträr. Umso aufschlussreicher kann es sein, die Haltungen beider Zeitungen zu ausgesuchten Ereignissen und Entwicklungen in der Bundesrepublik von 1957/58 bis 1965 zu analysieren.

Die Jahre sind, weil sie ‚dynamisch‘ sind, reich an Ereignissen und Entwicklungen, die sich in unterschiedlicher Weise dafür eignen, Gegenstand meiner Untersuchung zu werden, etwa die Atomtod-Bewegung 1957/58, die Diskussion von Fragen der Sexualmoral am Beispiel der Kampagne der „Aktion Saubere Leinwand“ gegen den Kinofilm „Das Schweigen“ des schwedischen Regisseurs Ingmar Bergman 1964, die Wahrnehmung von John. F. Kennedys Präsidentschaft in den USA von 1961 bis 1963, die Abriegelung der DDR im August 1961 oder die erregte Diskussion um Georg Pichts These vom „Bildungsnotstand“ 1964 oder auch die Kuba-Krise 1962, die mich als Kind geängstigt hatte.

Ich habe mich schließlich aus Gründen des vermuteten Analysepotenzials und auch der Arbeitsökonomie für drei Aspekte entschieden:

- die Haltung gegenüber der „Spiegelaffäre“ 1962, in der es um das sensible Verhältnis zwischen Staatsmacht und Medien, um die zentrale Frage der Definition von Pressefreiheit und deren öffentliche Verhandlung ging.
- die Demokratiediskussion Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, in der Konservative und Liberale gleichermaßen um den 'starken Staat' fürchteten, die einen besorgten sich um eine mögliche Erosion seiner Stärke, die anderen darum, dass seine Stärke die Entwicklung der Demokratie hemmen könne.

¹⁸ Zu den Zahlen Wagner, Bernd J.: Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld, <https://www.bielefeld.de/de/biju/stadtarc/rar/01032008.html> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

¹⁹ Zur „Volkswacht“: Wagner, Bernd J.: Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld, 1. Juli 1890: In Bielefeld erscheint mit der „Volkswacht“ zum ersten Mal eine sozialdemokratische Zeitung, <https://historischer-rueckblick-bielefeld.com/2010/07/01/01072010/> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

²⁰ Die Zahlen aus: Stolze Denkweise, aus: Der Spiegel vom 23.01.1957, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41121041.html> (letzter Zugriff: 29.11.2021)

- den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, die sich in dieser Zeit in der juristischen Aufarbeitung von Verbrechen und der publizistischen Reaktion darauf als Herausforderung für die Bundesrepublik und ihre demokratische Stabilität stellte.

Ich bin dabei davon ausgegangen, dass die Analyse dieser drei Aspekte ergiebig genug ist, um drei leitende Fragen zu beantworten:

- Welche Position nehmen die beiden Tageszeitungen in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen um die bundesrepublikanische Demokratisierung in den „dynamischen Zeiten“ ein?
- Welche historische Bedeutung kommt diesen Positionen im Prozess der bundesrepublikanischen Demokratisierung zu?
- Welches historische Urteil ergibt sich daraus für den Beitrag der beiden Tageszeitungen zur Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland?

Die leitenden Fragen weisen, was ich herausgefunden habe, eindeutig als Beitrag zur historischen Forschung aus. Ich sehe seine Aktualität darin, dass gerade in der jetzigen Zeit das Bewusstsein von der ständigen Gefährdung der Demokratie jedenfalls bei denen wächst, die sie verteidigen wollen. Kampfbegriffe wie „Lügenpresse“ oder „Fake News“ wollen die Medien und ihre Rolle in der Demokratie delegitimieren. Vor diesem Hintergrund kann die historische Analyse zweier Zeitungen, die gegensätzlichen politischen Lagern zuzurechnen sind, den Blick darauf freilegen, wie sie sich auf Ereignisse und Entwicklungen in der damaligen Zeit beziehen und dabei legitime und notwendige Teilhaber an einem Demokratisierungsprozess werden.

1. Aspekt der Analyse 1: Die beiden Zeitungen und die sogenannte Spiegel-Affäre

Die sogenannte Spiegel-Affäre²¹ begann am 26. Oktober 1962, als die Bundesregierung unter Konrad Adenauer wegen des Verdachtes des Landesverrats in einem Artikel über die NATO-Übung Fallex 62 mehrere „Spiegel“-Redakteure, einen davon in seinem Spanien – Urlaub, und den Herausgeber Rudolf Augstein verhaften und die Redaktionsräume beschlagnahmen und durchsuchen ließ. Sie führte zu einer veritablen, schließlich behobenen Koalitionskrise zwischen CDU/CSU und FDP, weil sich die Liberalen von Adenauer und Strauß über- und hintergangen sahen. Sie endete mit dem Rücktritt des Verteidigungsministers Franz – Josef Strauß, der das Parlament belogen hatte, am 30. November 1962 und schließlich ohne juristische Folgen für den „Spiegel“. In der Geschichtswissenschaft ist es Konsens geworden, dass sie die Diskussion über Demokratiedefizite in der Bundesrepublik befördert hat und „ein Symbol für

²¹ Die Bezeichnung Spiegel-Affäre hat sich eingebürgert. Der Zusatz ‚sogenannte‘ verweist darauf, dass sie nicht genau die Sache trifft, um die es damals ging.

kritische Öffentlichkeit“ geworden ist. Damals aber haben die Vorgänge um den „Spiegel“ und ihre Bewertung zu heftigen öffentlichen Kontroversen geführt.

Heinrich August Winkler hat die „Unvereinbarkeit der Denkweisen“, die in den Reaktionen auf den staatlichen Zugriff auf den „Spiegel“ und seine Redaktion aufeinanderprallten, sehr anschaulich an zwei kontroversen Leserbriefen aus dem November 1962 an die FAZ entwickelt. Es geht dabei um eine Zuschrift des Freiburger Historikers Gerhard Ritter und die Antwort des Zeithistorikers Karl Dietrich Bracher auf Ritters Auslassungen.²²

Ritter, heißt es bei Winkler, „rechtfertigte das Vorgehen von Bundesregierung und Bundesanwaltschaft ohne jeden Vorbehalt“.

„Gibt es denn gar nicht mehr so etwas wie ein öffentliches Gewissen, dem unser aller Mitverantwortung für unseren Staat und seine äußere Sicherheit bewußt und so selbstverständlich ist“, hatte Ritter geschrieben, „daß ihm das Staatswohl über die Störung spanischer Ferienreisen geht? Sind wir durch das ewige Starren auf die Schrecknisse der Hitlerdiktatur nachgerade so blind geworden für die uns umgebende Wirklichkeit, daß wir lieber jeden noch so groben Mißbrauch der im Rechtsstaat garantierten persönlichen Freiheitsrechte hinnehmen als die eine oder andere Unschicklichkeit (oder auch Inkorrektheit) unserer Strafverfolgungsorgane? Oder lebt man in Westdeutschland - auch das wäre eine Erklärung! - bereits unter einer Art von Terror der Nachrichtenmagazine, die ihre Giftpfeile für jeden bereithalten, der sich vor ihnen nicht fürchtet? Das wäre dann freilich eine jämmerliche Sorte von demokratischer Freiheit“.

In seiner Replik wenige Tage später bescheinigte Bracher Ritters Argumentation:

„alle Kennzeichen einer Staatsideologie, die Politik nur von oben nach unten gelten läßt und einer außenpolitisch verstandenen Staatsräson den fast bedingungslosen Vorrang vor innerer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zuerkennt. (...) Die Gefahr ist nicht das 'ewige Starren auf die Schrecknisse der Hitler-Diktatur', sondern das Fortbestehen einer obrigkeitstaatlichen Staatsideologie, die den Bürger zum Untertanen degradiert und der Ordnungs- und Militärverteidigung die Prinzipien der Demokratie unterwirft.“

Wie ordnen sich die Westfälischen Nachrichten und die Freie Presse mit ihrer Haltung zur „Spiegel-Affäre“ in dieses politische Spannungsfeld zwischen Ritters vorbehaltloser Rechtfertigung des staatlichen Vorgehens und Brachers fundamentaler Kritik an ihm ein? Welche Rückschlüsse lassen sich aus dieser Einordnung für die Funktion der Westfälischen Nachrichten und der Freien Presse in dem damaligen gesellschaftlichen Prozess ziehen, der von einem Pluralisierungsschub der westdeutschen Demokratie geprägt war?

²² Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933 – 1990, Bonn 2004, S.211-213.

Die Westfälischen Nachrichten und die „Spiegel-Affäre“

Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Meinungen des Chefredakteurs Dr. Antonius Eickhoff und das sehr ausführliche Nachdenken des WN-Redakteurs Bernhard Schenk darüber, „was über den Anlaß der Spiegel-Affäre hinaus [in der Bundesrepublik Deutschland, der Verf.] in Wahrheit geschehen ist.“

Der Chefredakteur verfasst vier Kommentare, am 6. November 1962 aus Anlass der zunächst beigelegten Regierungskrise zwischen CDU und FDP, zwei Tage später, am 8. November, zur „(s)türmische(n) Debatte über den Spiegel im Bundestag“ in einer von der SPD beantragten Fragestunde, in der Wochenendausgabe vom 9./10. November zur Verantwortlichkeit von Journalisten, und schließlich am 1./2. Dezember zum Rücktritt von Strauß am Vortag. Bernhard Schenk ordnet die Anmerkungen zum „Spiegel“ in seine aufschlussreichen politischen Betrachtungen zum Jahr 1962 ein.

Eickhoffs erster Kommentar trägt²³ den Titel „Sündenböcke“ und steht unter dem Motto des Zitats aus Schillers Drama „Wilhelm Tell“: „Es rast der Sturm und will sein Opfer haben“ [Richtig: „Da rast ...“, d.Verf]. Das Zitat bezieht sich auf die beiden Staatssekretäre aus Justiz- und Verteidigungsministerium, die „über die Klinge (haben) springen müssen, damit die Koalitionsregierung in Bonn gerettet wurde.“ Eickhoff will aufgeklärt wissen, „ob die beiden Staatssekretäre ihren Kopf nicht für andere hinhalten mußten“, in dem einen Fall für den Justizminister Stammberger (FDP) und in dem anderen Fall für Verteidigungsminister Strauß (CSU).

Stammberger hält er für unfähig, Strauß wirft er vor, sich nicht schützend vor seinen Staatssekretär gestellt zu haben. Sein vorläufiges Fazit, bezogen auf die Regierung, lautet: „Die außerordentliche Kraftprobe, vor die sich das Bundeskabinett in den letzten Tagen gestellt sah, ist zunächst bestanden.“ Gleichzeitig aber stellt er fest, dass damit „die Mißstimmung, die in deutschen Landen wegen der Spiegel-Affäre herrscht und von mancher Seite über Gebühr hochgespielt wird, noch nicht beseitigt (ist).“ Er befürchtet, dass sie, diese „Mißstimmung“, „der SPD nach langer Zeit endlich mal wieder eine Gelegenheit bieten (wird), als Opposition in Erscheinung zu treten, um die Regierung (...) weiter zu attackieren,“ und er sorgt sich darum, „ob in einer solchen Aussprache nicht noch mehr Schaden für das Ansehen unseres Staates in der Welt angerichtet wird.“ Vor allem aber betrifft seine Sorge eine thematische Verschiebung in kommenden Debatten weg vom möglichen Landesverrat des „Spiegel“ hin zu den Begleitumständen der Ermittlungen gegen die Zeitschrift:

„So notwendig die Aufklärung über manche Begleitumstände der Ermittlung gegen den „Spiegel“ ist, man sollte nicht aus dem Auge verlieren, daß es um den Staat und seine

²³ Hierzu und zum Folgenden: Eickhoff, Dr. Antonius: Sündenböcke, in: Westfälische Nachrichten, 6. 11. 1962.

Existenz geht, wenn sich der Verdacht gegen den „Spiegel“, der Ausgangspunkt der ganzen Sache ist, bestätigen sollte.“

Es geht ihm um die nach seiner Meinung einzig richtige Gewichtung in der Debatte. Er hält es für fraglich, ob die Debatte dieser Gewichtung gerecht werden wird. Sein Kommentar schließt deshalb mit der Frage: „Ob das aber angesichts der Welle öffentlicher Erregung, die nun einmal da ist, möglich sein wird?“

Eickhoffs zweiter Kommentar²⁴ gibt nach der Bundestagsdebatte vom 7. November eine Antwort auf die Frage. „Trommelfeuer“ ist sein Titel und damit seine Tendenz klar:

„In der (...) Debatte zeigte sich bedauerlicherweise selbst das Parlament als Abbild jener durcheinandergebrachten öffentlichen Meinung, die seit Tagen – oft unter Verkennung der Schwere und Tragweite der Anschuldigung, die gegen den „Spiegel“ erhoben worden ist – der Welt das Schauspiel des Widerstreites gibt. Extreme einseitige Darstellungen, die geradezu von der öffentlichen Hysterie angestifteten Tumulte und Störungen kennzeichneten diese mehrstündige Aussprache.“

Eickhoff bezieht sich damit auf die parlamentarische Opposition, die SPD, „die sich natürlich als alleinige Hüterin der Rechtsstaatlichkeit aufspielte“, und gleichzeitig verteidigt er Adenauers Aussage in der Debatte: „Wir haben einen Abgrund von Landesverrat im Lande, wenn von einem Blatt, das in 500 000 Exemplaren verbreitet wird, systematisch, um Geld zu verdienen, Landesverrat betrieben wird“ mit dem Hinweis, mögliche Kritiker sollten das „wenn“ beachten, „das in dem von ihm [Adenauer, der Verf.] geprägten Satz sogar zweimal gesprochen wurde“. Demnach war Adenauers Urteil an eine Bedingung gebunden, von der noch nicht sicher ist, ob sie zutrifft. Er setzt keine Hoffnung auf „Unterscheidung und Differenzierung“ in der weiteren parlamentarischen Debatte. Das führt ihn zu dem indirekten Appell:

„Um so (!) notwendiger ist, daß jeder Staatsbürger trotz des dauernden Trommelfeuers zu der rechten Einstellung gegenüber der Sache kommt, um die es geht.“ Und die „rechte(n) Einstellung“, so läßt sich aus dem vorangegangenen Kommentar folgern, liegt bei Adenauer, dem es darum gegangen sei, „dem Parlament und der Öffentlichkeit das eigentliche Gewicht des Verdachts, der auf dem „Spiegel“ lastet, ins rechte Licht zu stellen.“

²⁴ Hierzu und zum Folgenden: Eickhoff, Dr. Antonius: Trommelfeuer, in: Westfälische Nachrichten, 8. 11.1962.

Eickhoffs Vorstellung von journalistischer Verantwortung

In der Wochenendausgabe vom 9./10. November geht Eickhoff in einem ausführlichen Kommentar der Frage nach, worin aus seiner Sicht die Verantwortlichkeit von Journalisten besteht.²⁵ Am Anfang stehen grundsätzliche Überlegungen zur Verantwortlichkeit nach innen und nach außen. Das Verhältnis nach innen

„geht den Verlag oder die Verleger an, die den Redakteur berufen, und beruht auf der Übereinstimmung in Grundfragen, die die Richtung oder den Kurs eines Blattes bestimmen. Das Verhältnis nach außen ist für den Leser von größerer Bedeutung. Es betrifft die Verantwortung gegenüber dem Staat und seinen Gesetzen, anders ausgedrückt, gegenüber dem Gemeinwohl, von dem wir normalerweise annehmen, daß es durch den Staat nicht nur angestrebt, sondern auch repräsentiert wird.“

Pressefreiheit und die Verantwortlichkeit gegenüber dem „Gemeinwohl“ und damit, weil er „normalerweise“ dieses Gemeinwohl repräsentiert, gegenüber dem Staat bedingten einander:

„Der Sachverhalt ist sehr einfach: Jeder, der einer Gemeinschaft zugehörig ist, kann nicht gegen diese Gemeinschaft verstoßen, da er als einzelner ohne diese Gemeinschaft nicht sein kann, anders gesagt, weil das Wohl des einzelnen vom Wohl der Gemeinschaft abhängig ist. Das ist in der Familie so wie auch im Staat.“

Das ist ein aufschlussreicher Vergleich, der ein strukturell autoritäres Verständnis von Familie und Staat offenlegt, denn, ohne es zu sagen, ist für Eickhoff die eine, Familie, wie der andere, Staat, ein patriarchalisch organisiertes und das heißt bevormundendes System. Er steht damit in einer Tradition autoritären Staatsverständnisses in Deutschland, das auch Mitgliedern der katholischen Elite nicht fremd gewesen war, wenn sie in Anlehnung an die kirchliche Binnenstruktur einen zentralistischen und autoritären Staat als richtig ansahen.²⁶ In Eickhoffs Ausführungen findet sich einerseits wenigstens ansatzweise erklärt, warum es ihm, dem Katholiken, möglich war, als Hauptschriftleiter im Nationalsozialismus zu arbeiten, und andererseits, welche Vorstellung von der zukünftigen Entwicklung der Bundesrepublik ihn und die Westfälischen Nachrichten prägen, eine zumindest restriktive Auslegung dessen, was Demokratie heißt.

²⁵ Hierzu und zum Folgenden: Eickhoff, Dr. Antonius: Verantwortlich für ..., in: Westfälische Nachrichten, 9./10. 11. 1962.

²⁶ Großbölting, Thomas: Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013, S.44, Großbölting bezieht sich dabei auf einen „Teil der katholischen Elite“ in der Weimarer Republik.

Eickhoff geht grundsätzlich davon aus, dass die Pressefreiheit ein „besonderes Kriterium der Freiheit des Staatsbürgers in der Demokratie“ ist. „Man könnte sagen, je vielfältiger das Orchester der Meinungen instrumentiert ist, um so (!) lebendiger repräsentiert sich die Demokratie in ihrem Wesen.“ Der Vorsatz „Man könnte sagen“ bedeutet eine Einschränkung, denn in seinen späteren Ausführungen setzt Eickhoff eine deutliche Grenze für die Vielfalt.

Vor dem Hintergrund einer „sogenannten pluralistischen Gesellschaft“, in der eine Vielzahl von Gruppen versuche, ihre Interessen über die „Beeinflussung von Organen der öffentlichen Meinung“ durchzusetzen, stehe der Redakteur vor dem „ständige(n) Problem, wie er seine journalistische Aufgabe mit einem publizistischen Ethos, der Wahrheit zu dienen und das öffentliche Wohl zu fördern, verbindet.“ Dabei sei

„die Sicherheit des Staates ein sehr komplexer Problembereich, weil polizeiliche und militärische Sicherungen einer „ständigen Entwicklung“ unterliegen und es deshalb „schwer möglich“ sei, „diese Entwicklung juristisch in konkrete Bestimmungen zu fassen. Daher rührt ein großer Teil der Unsicherheit, der auch in den letzten Wochen sichtbar geworden ist.“

Er vergleicht die deutsche Presse mit der amerikanischen, den Zeitungen im „freiesten Land der Welt“, und kommt dabei zu dem Ergebnis: „In Amerika steht in den Zeitungen über militärische Dinge manches, was für unsere Begriffe längst den Tatbestand des Landesverrats erfüllt“, und dann führt er ein Aber an, das ihm ermöglicht, bestimmte Erscheinungen in der bundesdeutschen Presse als verantwortungslos zu kritisieren:

„Aber es gibt in Amerika etwas anderes, was unsere Bewunderung immer wieder findet: nämlich ein Grundgefühl der Verantwortung auch in der Presse“, „einen ungeschriebenen Kodex demokratischer Gesinnung“, und der „fehlt bei uns weitgehend“.

Zwei Beobachtungen, die er gemacht haben will, führt er dafür als Beweise an: Erstens, „die Maßlosigkeit, mit der bei uns über alles und jedes berichtet wird, was irgendwie Wirkung oder Sensation verspricht“, zweitens „die negative Kritik, die Kritik um jeden Preis“, die „in den letzten Jahren (...) ins Kraut geschossen ist“. Beide Entwicklungen, die er sieht, verletzen seinen Begriff von journalistischer Verantwortung für die Demokratie.

Er setzt sich schließlich kritisch mit der Erklärung des Deutschen Presserats zu den Vorfällen um den „Spiegel“ auseinander. Der Presserat habe den Gesetzgeber aufgefordert, durch „klare Bestimmungen“ die bestehende Problematik auf dem „Gebiet des Landes- und Geheimnisverrats“ zu „entwirren.“ Eickhoff aber sieht, der Logik seines Verständnisses von Verantwortung folgend, einen anderen Adressaten und eine andere Forderung als wesentlich an. Sein Adressat sind „Presse“ und „Journalisten“ und seine Forderung lautet, sie sollten „dem Grundbegriff der Verantwortlichkeit wieder einen hohen Rang“ zukommen lassen.

Zweierlei Gewinn könne die „Erregung der letzten Wochen bringen“, „den Nimbus, mit dem sich manche Alles- und Besserwisser umgeben haben, abzubauen“, und, damit zusammenhängend und in der Wiederholung, „die Verantwortlichkeit der Journalisten (...) wieder mehr zu einer moralischen Kategorie der Berufsausübung“ werden zu lassen. Der erste Gewinn bestünde damit in der Demontage des Images vom „Spiegel“, der zweite in einem im Sinne Eickhoffs verantwortungsvollen Umgang mit der Pressefreiheit. Diese Art verantwortungsvollen Umgangs schließt aus, sie so zu „strapazier(t)en, dass die Intervention des Staates unausweichlich, wenn nicht sogar zwingend wird.“

Endgültig mit diesem Schlusssatz lässt sich der zunächst etwas kryptische Titel des Kommentars „Verantwortlich für...“ so lesen: Das, wofür der Name Spiegel-Affäre steht, liegt in der Verantwortung der Journalisten der Zeitschrift und nicht beim Staat und seinen Organen. Er hat lediglich reagiert auf verantwortungslose publizistische Grenzüberschreitungen. „Unausweichlich“ und „zwingend“ sagen dasselbe: Er musste reagieren.

In seinem Kommentar²⁷ in der Wochenendausgabe am 1./2.Dezember bezeichnet Eickhoff Strauß' „Verzicht (...) auf ein Ministeramt“ als „Konsequenz von Tatsachen, die erst nach und nach bekanntgeworden sind“ und dazu geführt haben, dass „das Verhalten des bisherigen Verteidigungsministers während der letzten Wochen doch kritischer beurteilt werden muß, als es bisher auch seitens der CDU geschah.“ Eickhoff bemüht sich zugleich darum, Strauß' Renommee zu retten:

„Wenn er in der nächsten Zeit vielleicht noch weitere Kritik auf sich nehmen muß, dann sollte doch darüber nicht vergessen werden, daß Strauß für den Aufbau unserer Landesverteidigung und die Sicherung der Bundesrepublik rastlos unter ständigen schwersten Angriffen mit Erfolg gewirkt hat:“

Es liegt ihm offensichtlich daran, Strauß' Arbeit als verdienstvoll zu bilanzieren, und an dem Seitenhieb gegen den „Spiegel“, der tatsächlich ab 1957 heftige Attacken gegen den Verteidigungsminister geritten hat, und sicherlich auch gegen die sozialdemokratische Opposition liegt ihm genauso.²⁸

Eickhoff hält in seinen Kommentaren eine klare Linie durch:

- (1) Er sieht die Notwendigkeit, „manche Begleitumstände der [staatlichen, d. Verf.] Ermittlungen“ aufzuklären, und wo die Konsequenz dieser Aufklärung im Rücktritt endet, ist ihm daran gelegen, den Zurückgetretenen indirekt als Opfer von „ständigen

²⁷ Hierzu und zum Folgenden: Eickhoff, Dr. Antonius: Der Verzicht, in: Westfälische Nachrichten, 1./2. 12. 1962.

²⁸ Zu der Auseinandersetzung des Spiegel mit Strauß seit 1957: JL (= Johannes Ludwig): SPIEGEL-Affäre 1962: das Vorspiel seit 1957 im Detail, <https://www.anstageslicht.de/themen/history/spiegel-ffaere-1962/das-vorspiel-der-spiegel-ffaere-seit-1957> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

schwersten Angriffen“ und direkt als erfolgreichen Kämpfer für die „Sicherung der Bundesrepublik“ darzustellen.

- (2) Er nimmt die „Mißstimmung“ im Land wahr, die das staatliche Vorgehen gegen den „Spiegel“ ausgelöst hat, und bestreitet ihr, eine verhältnismäßige Reaktion darauf zu sein.
- (3) Er sieht den „Spiegel“ wegen seines unverantwortlichen Umgangs mit der Pressefreiheit als ursächlich für das staatliche Handeln und dieses staatliche Handeln durch den Missbrauch eines demokratischen Rechts als erzwungen an.
- (4) Es kommt ihm darauf an, den möglichen Landesverrat als Gefährdung der staatlichen Sicherheit in den Mittelpunkt zu stellen und damit die Linie der Adenauer – Regierung publizistisch abzusichern.

Die Haltung der Westfälischen Nachrichten gegenüber der „innenpolitische(n) Krise“

Schenks Ausführungen am Jahresende 1962²⁹ ermöglichen tiefe Einblicke in die Haltung der Westfälischen Nachrichten gegenüber der „innenpolitische(n) Krise der letzten Monate“. Schenk erkennt mit sicherem politischen Instinkt die Zäsur, die mit den Vorkommnissen, die bei ihm den Namen „Spiegel-Krise“ tragen, in der bundesrepublikanischen Geschichte verbunden ist. Diese Zäsur wirft für ihn „Fragen des Staates, der Gesellschaft, der Stabilität des demokratischen Bewußtseins und der Festigkeit unseres gesamten staatlichen Systems“ auf, und was sich ihm dabei offenbart, ist aus seiner Sicht „Anlaß zu tiefer Sorge“. Er analysiert zwei Komplexe: das Verhalten der Regierenden und das „krank(e) Verhältnis der Deutschen zu ihrem Staat“.

Er wirft der Regierung „Versagen“ vor. Sie hat darin versagt, „ihre Maßnahmen in ihrer Richtigkeit und Rechtlichkeit plausibel und glaubhaft zu machen.“ Er geht offensichtlich von der „Richtigkeit und Rechtlichkeit“ der staatlichen Aktion aus, weil Pressefreiheit „kein absoluter Wert“ sei, sondern „ihre Grenzen in den Gesetzen“ finde. Dieses „kleine Einmaleins der Staatsmoral“, diese Selbstverständlichkeit also, habe die Regierung versäumt, in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Dieses Versäumnis sei deshalb besonders unverständlich, weil vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der NS-Diktatur man „hätte wissen können, daß ein Strafverfahren, das an den Nerv der Pressefreiheit rührt, automatisch zu einem schweren Konflikt mit der öffentlichen Meinung führt“. Letztlich wirft Schenk den Regierenden mangelnde historische Sensibilität vor. Schließlich setzt er sich mit Strauß' Verhalten in der Krise auseinander und erhebt dabei den Vorwurf einer „geradezu unglaublichen politischen Instinklosigkeit“. Sein Fazit lautet: „Diese massierte Misere mußte eine Verheerung des Vertrauens der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zwangsläufig zur Folge haben.“

²⁹ Hierzu und zum Folgenden: Schenk, Bernhard: Auf schwankendem Grund, in: Westfälische Nachrichten, Silvester 1962.

Demnach liegt die Verantwortung für die öffentliche Konfliktlage bei der Regierung. Allerdings kritisiert Schenk nirgends die Aktion gegen den „Spiegel“ selbst, sondern lediglich den handwerklichen Umgang mit ihr. Er ist nicht besorgt wegen des staatlichen Umgangs mit der Pressefreiheit, sondern wegen der stümperhaften Vermittlung dieses offensichtlich für ihn gerechtfertigten und notwendigen Umgangs in die Öffentlichkeit. Das staatliche Versagen bestand in der Orchestrierung des Vorgehens, nicht im Vorgehen selbst.

Im zweiten Schritt seziert er die Beziehung der Deutschen zum Staat. Er nennt diese Beziehung „krank“. Die 'Krankheit' besteht darin, dass die Deutschen unfähig seien, in der Bundesrepublik das „Bild eines Rechtsstaates“ zu sehen. Er spricht zwar von „wir“ und den „Deutschen“, aber, wie die weitere Argumentation zeigt, es geht ihm um die „Intellektuellen“ und ihr Verhalten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und gegenüber dem 1949 neugegründeten westdeutschen Staat. Sie „ließen in wachsender Zahl den Staat im Stich“, während „das breite Volk“ sich dem „Patriarchen Adenauer“ anvertraute. Diesen Bruch führt er offensichtlich darauf zurück, dass der 'Kalte Krieg' realpolitisches Handeln erforderte und „keine Zeit für Besinnung und Neuanfänge“ ließ, wie – das lässt sich folgern – „die Intellektuellen“ es sich gewünscht hatten.

Trotz der großen Erfolge Adenauers, von denen auch „die Intellektuellen“ profitierten, blieben sie im „Schmollwinkel“, im „Untergrund“. Den Staat bedachten sie mit „Polemik“ und „Pamphleten“, und gegen den Staat beteiligten sie sich an „extrem einseitigen Aktionen“ [Wahrscheinlich meint er damit die Mobilisierung der Atomtod – Bewegung 1957/58, d. Verf.]. „Ihre Tribüne wurde der Spiegel“, und es ist mehr als aufschlussreich, welche Positionen Schenk dem „Spiegel“ zuordnet: „radikale Verneinung dieses Staates“, „Verachtung gegen jeden, der sich um diesen Staat mühte“, Versuch der Vernichtung von Autorität, „Nihilismus“, Verzerrung des Staates zur „Karikatur“: „schaut her, Bonn ist ein einziger Sumpf von Affären“. Wo Schenk davon ausgeht, dass der „Spiegel“ die „Galle seines Nihilismus über den Staat“ ausgegossen habe, richtet er sich selbst in seiner Philippika, die sich nicht nur daraus erklärt, dass dem (Erz-)Konservativen Schenk die politische Ausrichtung des „Spiegel“ zutiefst zuwider ist, sondern auch der - unterstellten - Macht von dessen publizistischem Einfluss gilt: „Die Folgen für das öffentliche Bewußtsein mußten katastrophal sein, was sich seit den Oktobertagen denn auch kraß manifestiert hat.“

Schenk nennt drei Schuldige an diesem „Tatbestand“: den „Spiegel“, „alle, die ihm blind (!) nachliefen“, und „Regierung und Parlament“. Für das Parlament führt er keinerlei Beleg an, wohl aber für die Regierung. Sie habe es versäumt, die Intellektuellen in den Staat zu integrieren. Er kritisiert Adenauer wegen dieses Versäumnisses und Strauß, dem er offensichtlich zugetraut hat, „Machtsinn, Intelligenz und Moral“ miteinander „beispielhaft(e)“ zu verbinden, der aber mit seinem Verhalten in der „Spiegel-Affäre“ für Schenk diese „Chance verpaßt“ hat. Sein Blick aufs politische Personal – und offensichtlich ist er ausschließlich auf die CDU/CSU

gerichtet – ist pessimistisch. Er sieht niemanden, der fähig wäre, „diesen Staat und seine geistigen Schichten miteinander zu versöhnen“.

„Wir werden weiter auf schwankendem Grund gehen (...)“, lautet daher sein Fazit, und sein verbales Crescendo setzt ein mit der Identifikation eines vierten Schuldigen, der für den „schwankenden Grund“ verantwortlich ist: „Arrangeure in Rundfunk, Fernsehen und Presse trieben aus Anlaß der Spiegel-Krise die breitesten Schichten in Aufruhr“. Schenk bezieht sich dabei auf Fernsehsendungen wie „Panorama“ und „Report“ und nahezu alle Printmedien, die begriffen hatten, dass es nicht mehr nur um die Verhaftung der „Spiegel“-Redakteure, sondern vielmehr um einen staatlichen Angriff auf die deutsche Pressefreiheit ging. Sie, die Verantwortlichen dieser Fernsehsendungen und nahezu aller Printmedien, haben den „Aufruhr“ bewerkstelligt und in der Bevölkerung verbreitet („Arrangeure“), mit dem Ergebnis einer Spaltung der „Nation in zwei unversöhnliche Lager“. Wenn Schenk davon spricht: „Wegen dieses Blattes kam zum erstenmal (!) handgreiflich das Schreckgespenst vom ‚Weg nach Weimar‘ bei uns auf“, dann unterstellt er denjenigen, die sich für das demokratische Recht der Pressefreiheit einsetzten, mit dem geschriebenen oder dem gesprochenen Wort oder in Demonstrationen, sie leisteten einen handfesten Beitrag zur Zerstörung der Demokratie. Nichts anderes als dieses Paradoxon steht hinter dem konservativen Narrativ vom „Weg nach Weimar“. Der Untergangston klingt auch an, wo er den demonstrierenden Mitgliedern der „kommende(n) geistige(n) und politische(n) Führungselite“ eine „tragische“, das heißt verhängnisvolle und schicksalhaft in den Untergang führende, „Verkennung der Maßstäbe“ zuschreibt.

Es folgt der Appell, den er an alle Menschen in der Bundesrepublik richtet. Sie sollen sich bewusst sein, dass ihr Staat „in der Frontlinie des Kalten Krieges“ liegt und es deshalb notwendig ist, „Maß in der Demokratie“ zu finden, weil „diese Bundesrepublik ein Land (ist), ohne das das freie Europa, die ganze freie Welt nicht zu leben vermag.“ Damit ist aber auch gesagt, dass die gegenwärtige Krise, wie er sie analysiert hat, nicht nur den bundesrepublikanischen Staat, sondern die gesamte „freie Welt“ gefährdet, und es umso wichtiger ist, dass der „gesunde Menschenverstand“ und die „Lehren aus der Vergangenheit“ die Zukunft dominieren.

Schenk geht offensichtlich davon aus, „gesunde(n) Menschenverstand“ zu besitzen und die „Lehren aus der Vergangenheit“ richtig definieren zu können, während er diese Fähigkeiten dem Herausgeber und FDP-Mitglied Augstein, den er geradezu als journalistischen Staatsfeind brandmarkt, ebenso abspricht wie denen, die dessen und die Verhaftung anderer Redakteure des „Spiegel“ als Angriff auf die Pressefreiheit interpretiert und gegen ihn angeschrieben haben oder auf die Straße gegangen sind.

Schenks zentrale Argumentationslinie ist klar erkennbar:

- (1) Er sieht eine tiefe innenpolitische Krise, die seit Ende Oktober 1962 die Bundesrepublik erfasst hat.

- (2) Verantwortlich für sie sind vor allem zwei Faktoren: die handwerklichen Fehler der Regierung im Umgang mit dem Vorgehen gegen den „Spiegel“ und die exzessive zersetzende Kritik des „Spiegel“, der „Tribüne“ der Intellektuellen, am bundesrepublikanischen Staat.
- (3) Die Aktion gegen den „Spiegel“ war richtig und rechtlich korrekt.
- (4) Die aus ihr resultierende Spaltung der „Nation in zwei unversöhnliche Lager“ war das Werk der medialen Vertreter, die sie, die staatliche Aktion, als Angriff auf die Pressefreiheit darstellten.
- (5) Diese Spaltung legt die Labilität der bundesrepublikanischen Demokratie offen und beschwört die Gefahr ihres Untergangs herauf.
- (6) Die gegenwärtige innenpolitische Krise ist eine Gefahr für die gesamte „freie Welt“.
- (7) Schenk operiert mit den Bezeichnungen 'krank' und 'gesund'. Als 'krank' bezeichnet er das maßlos kritische Verhältnis gegenüber dem augenblicklichen Staat. Was 'krank' ist, muss therapiert werden. Schenks Therapie ist der „gesunde Menschenverstand“, den er vertritt. Er setzt damit seine Ansichten absolut.

Die Argumentationslinie der Westfälischen Nachrichten

Eickhoff in den aktuellen Kommentierungen und Schenk im Rückblick auf den Vorgang verfolgen dieselbe Linie: Ihnen geht es um die Prüfung des „Abgrund(es) von Landesverrat“. Sie halten das Handeln der Adenauer-Regierung nicht nur für angemessen, sondern für erzwungen. Die handwerklichen Fehler, die der Regierung unterlaufen sind und die bei Eickhoff nur anklingen, sind bei Schenk Gegenstand offener Kritik.

Sie entwickeln dieselbe einschränkende Definition von Pressefreiheit. Sie beschuldigen den „Spiegel“, Missbrauch der Pressefreiheit zu betreiben. Darin, in dieser Beschuldigung, ist Schenk um Vieles rabiater als sein Chefredakteur. Schenk erkennt eine tiefe innenpolitische Krise, vorgeblich der Demokratie, tatsächlich aber der konservativen Vorherrschaft im bundesrepublikanischen Staat.

Ohne Zweifel gehören beide, Eickhoff und Schenk, zu den Vertretern des obrigkeitsstaatlichen Denkens, das Ritters Zuschrift prägt, und sie teilen dessen Phobie gegen den „Terror von Nachrichtenmagazinen“ und dessen Disqualifizierung von Kritik aus diesen Presseorganen als „Giftpfeile“. Wo es bei ihnen offene oder indirekte Kritik am Regierungshandeln gibt, betrifft sie lediglich das ungeschickte Vorgehen, nicht das Grundsätzliche. Auch bei ihnen ist die Vorstellung vom Staat mit einem autoritären Verständnis verbunden, das letztlich den Bürger als Untertanen begreift und ihm das Recht absprechen will, selbstbewusst mündig zu handeln. In seiner „Republik der Angst“ verweist der Historiker Frank Biess auf die

„beträchtlichen Ängste, die das Vorgehen der Regierung [bei Linken und Liberalen, d. Verf.] weckte. So betont eine neuere Studie zur Spiegel-Affäre zu Recht das 'an Panik grenzende Gefühl der Abgrundnähe, mit dem die Zeitgenossen (...) die Zukunft der Bonner Demokratie betrachteten'“³⁰

Arbeitet man weiter mit der Kategorie 'Angst' und bezieht sie auf die Texte von Eickhoff und Schenk, dann kann man feststellen, zumal für Schenk: Aus ihnen spricht die Angst, dass in dieser innenpolitischen Krise sich auf der Gegenseite Kräfte sammeln, die das konservative Politik- und Staatsverständnis zumindest erheblich in Frage stellen und offensichtlich die Deutungshoheit über die Vorgänge der letzten Monate gewonnen haben. Es ist die Angst, in die politische Defensive zu geraten. Auch das erklärt die Wucht und Vehemenz, mit der vor allem Schenk seine Positionen formuliert.

In seinem Kommentar zur journalistischen Verantwortung hatte Eickhoff von der „sogenannten pluralistischen Gesellschaft“ gesprochen, die sich in der Bundesrepublik entwickelt habe. Er erkennt eine Entwicklung, die ihm nicht geheuer ist, schon gar nicht, wo sich Pluralität in Protesten gegen staatliches Handeln äußert; dann ist von der „öffentlichen Hysterie“ zu sprechen. Schenk erkennt den innenpolitischen Einschnitt, den die „Spiegel-Affäre“ bedeutet. Auch er kann mit Pluralität nichts anfangen. Das wird hinreichend deutlich, ohne dass er explizit in seinem Kommentar dazu Stellung nimmt.

Die Historikerin Christina von Hodenberg hat Adenauers Medienstrategie mit den Worten gekennzeichnet, sie sei darauf hinausgelaufen, „die Journalisten ins Geflecht der Macht einzubinden und ihnen das Gefühl der Teilnahme zu vermitteln (...).“ Dieser Umgang des Kanzlers mit den Medien habe bis in die späten 50er Jahre hinein funktioniert. „Sichtbare Auflösungserscheinungen zeigte der regierungskonforme Konsensjournalismus erst um die Wende zu den 60er Jahren.“³¹

Man kann die Haltung von Eickhoff und Schenk deshalb auch so lesen: Sie werden in ihrem Kampf gegen die Auflösung des Konsensjournalismus selbst Bestandteil einer medialen Pluralität, die sie verhindern wollen. Wo sie für ihre konservativ-autoritäre Interpretation der Ereignisse um die Regierung und den „Spiegel“ eintreten und sich damit dem damaligen Mainstream entgegenstellen, sind sie ungewollt und zugleich präzise Ausdruck der Pluralisierung in den Medien.

³⁰ Biess, Frank: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Bonn 2019, S.230, Zitat im Text aus: Ute Daniel, Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert, Hamburg 2018, S.245.

³¹ von Hodenberg, Christina: Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, S.296 und 297.

Der Dortmunder Journalismus-Historiker Horst Pöttker hat die Bedeutung der sogenannten Spiegel-Affäre für die Geschichte der Bundesrepublik 50 Jahre später pointiert zusammengefasst:

„Die deutsche Gesellschaft und ihre Republik wären heute andere, wenn 1962 der Zugriff der Staatsgewalt auf den "Spiegel" in Öffentlichkeit und Politik unwidersprochen geblieben wäre und der Verteidigungsminister sich gegen den publizistischen Widersacher durchgesetzt hätte. Die wichtigste kulturelle Folge war die Verbreitung der Einsicht, dass Pressefreiheit nicht nur ein professionelles Privileg von Journalisten und Verlegern ist, sondern eine notwendige Bedingung für die Selbstregulierungsfähigkeit moderner, stark parzellierter Gesellschaften, in denen Probleme und Missstände sonst verborgen und daher unbearbeitet blieben. Gerade weil sie in Deutschland noch nicht selbstverständlich waren, wurden Prinzipien wie Gewaltenteilung oder Pressefreiheit an manchen Schulen und Universitäten intensiv gelehrt. Die Ereignisse im Herbst 1962 stellten somit geeignete Demonstrationsobjekte dar, wenn staatliche Organe diese Grundsätze so offensichtlich verletzten. Insofern war die "Spiegel"-Affäre ein Glücksfall für die Entwicklung zur funktionsfähigen Demokratie.“³²

Das kann der Historiker in Kenntnis dessen, was damals passiert ist, aus der zeitlichen Distanz schreiben, und er hat sicherlich recht, wenn er von „ein(em) Glücksfall für die Entwicklung zur funktionsfähigen Demokratie“ spricht.

Eickhoff und Schenk waren unmittelbare Beobachter und geprägt von ihrer zutiefst konservativen Weltanschauung. In dem, was der spätere Historiker als „Glücksfall“ bezeichnen kann, sahen sie nichts anderes als einen Angriff auf den Staat und seine Leistungsfähigkeit, auf einen Staat, der von oben nach unten funktionieren und in der Lage sein sollte, die „Parzellierung“ der Gesellschaft durch sein Eingreifen zu bändigen. Auch Eickhoffs und Schenks Artikel könnten daher Gegenstand in Schule und Hochschule sein als Beispiel dafür, wie auch durch den Kampf gegen die Demokratisierung sie befördert werden kann, wenn er auf Rahmenbedingungen trifft, die er nicht mehr aus der Welt schaffen kann: Beide Journalisten zeigen sich unfähig, anders auf Entwicklungen, die sie erkennen und ihnen missfallen, zu reagieren als mit einem konservativ-autoritären Staats- und Politikverständnis, dessen öffentliche Erosion sie mit ihren Mitteln aufzuhalten versuchen. Ihr Beitrag zur Demokratisierung der Bundesrepublik besteht in ihrem Scheitern, sie zu verhindern.

³² Pöttker, Horst: 50 Jahre Spiegel-Affäre, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/145749/50-jahre-spiegel-affe-10-10-2012> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

Die Freie Presse und die „Aktion gegen den Spiegel“

Am 7. April 1956 hält Dr. Adolf Arndt, der führende Jurist in der SPD-Bundestagsfraktion, aus Anlass des 10jährigen Bestehens der Freien Presse den Festvortrag. Er trägt den Titel „Vom Sinn der Pressefreiheit“. Im Kern geht es Arndt darum, seinen Begriff von Pressefreiheit herzuweisen und zu definieren und dabei auch abzugrenzen vor allem gegen eine Auffassung, die aus seiner Sicht gefährlich zu kurz greift.

„(...) die Unabhängigkeit der Presse vom Staat – oder richtiger gesagt: ihre Unabhängigkeit von der Staatsverwaltung, ihr Geschütztsein vor der Polizei (worauf wir uns soviel (!) einbilden) ist nur negativ eine Freiheit von behördlichen Verboten, a b e r sie ist noch keineswegs eine Freiheit der Presse zu sich selber (...)“

und Arndts Positivum, seine Antwort auf die unausgesprochene Frage, was denn „Freiheit der Presse zu sich selber“ bedeutet, lautet schließlich unmissverständlich präzise:

„Im Raume des demokratisch (...) verstandenen Grundrechts der Meinungsfreiheit als eines sozialen Rechts zum Staat, durch das der Bürger berufen ist, öffentlich zu meinen und in seinem Staat durch Beteiligung am Government by public opinion politisch mitzubestimmen – in diesem Raume findet die Pressefreiheit ihren Ort und ihren Sinn. Von hier aus gewinnt die Presse ihre Kompetenz, öffentliche Interessen berechtigt wahrzunehmen, ein Grundrecht, das ihr nicht durch unbillige Anforderungen an die Prüfungspflicht dessen geschmälert werden sollte, was sie nach eigenem Ermessen für erörterungsbedürftig ansieht. Aus dieser Aufgabe der Presse schließlich wird ersichtlich, daß Pressefreiheit im demokratischen und sozialen Rechtsstaat etwas anderes und unendlich viel mehr ist als das bloße Verschontsein mit polizeilicher Zensur: daß Pressefreiheit die Freiheit z u r Presse ist, die Freiheit, Meinungsmonopole zu brechen und an der Kontrolle jeder Macht – nicht nur der staatlichen, sondern auch der gesellschaftlichen Macht, der wirtschaftlichen und sozialen Kommandostellen – mitzuwirken.“³³

Die Verlagsleitung veröffentlicht den Vortrag in einer Broschüre und schreibt im kurzen Vorwort:

„Wir danken Herrn Dr. Arndt an dieser Stelle noch einmal für seine wertvollen und wegweisenden Ausführungen zu einem Thema, das uns im Rahmen unserer verantwortungsvollen verlegerischen und publizistischen Aufgabe besonders am Herzen liegt.“

³³ Arndt, Adolf: Vom Sinn der Pressefreiheit, Bielefeld 1956, (ohne Seitenangabe), gesperrter Druck im Original, Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Signatur: B 2080, Kopie.

Dr. Arndt hat 1956 den demokratischen Gehalt des Grundrechts auf Pressefreiheit prägnant dargelegt. Sechs Jahre später, mit der sogenannten Spiegel-Affäre, steht dieser Gehalt, jedenfalls nach Ansicht von Linken und Linksliberalen, zur Disposition, ein Gehalt, der der Verlagsleitung, so steht's veröffentlicht, „besonders am Herzen liegt“. Die Vermutung liegt nahe, dass die Pressefreiheit der Freien Presse 1962 eine Herzensangelegenheit ist.

Grundlage für die Analyse der Position der sozialdemokratischen Tageszeitung sind vierzehn Kommentare und wertende Berichte und zwei Karikaturen im Zeitraum vom 31.10. bis zum 1.12. 1962. Der Kommentar von S. Panke vom 31.10. 1962 trägt die Überschrift „Ominös“ und beginnt mit der Feststellung: „Je mehr über die Spiegel – Aktion bekannt wird, desto verworrenere erscheinen gewisse ‚Amtswege‘, die hierbei beschriftet worden sind.“³⁴

Panke bezieht sich auf eine „ominöse“ öffentliche Verlautbarung, „der Anstoß zu den bundesanwaltschaftlichen und späteren Polizeimaßnahmen sei von ‚einer NATO-Stelle in Paris‘ gegeben worden“. Er vermutet darin ein Manöver, „die Verantwortlichkeit deutscher Stellen abzuschwächen und die Aufmerksamkeit auf die geheimnisumwitterte Ebene des NATO-Hauptquartiers in Fontainebleau zu lenken“, und sieht sich in dieser Mutmaßung bestätigt, weil sowohl das Verteidigungsministerium als auch die Bundesanwaltschaft die Verlautbarung inzwischen öffentlich korrigiert haben („ein Zurückzieher“). Als sein zweites Beispiel für die Verwirrung der „Amtswege“ nennt er die Frage,

„wer die Festnahme des Redakteurs Ahlers in Spanien veranlaßt hat. Ursprünglich hieß es, das sei über ‚diplomatische Kreise‘ geschehen. Jetzt sagt das Auswärtige Amt, das träge nicht zu. ‚Interpol‘ kann bei politischen Vergehen nicht in Anspruch genommen werden. Wer also gab den Auftrag?“

Damit wirft die Freie Presse in Pankes Kommentar eine Frage auf, deren schließlich zu Licht geförderte Antwort zum Rücktritt des Verteidigungsminister Strauß führen wird.

Neben dem Kommentar befindet sich eine Karikatur. Sie zeigt einen an seinem Arbeitsplatz sitzenden und in die Schreibmaschine tippenden Journalisten. Das Blatt in der Maschine trägt die fette Überschrift „Presse-Freiheit“. Über dem Journalisten schwebt an einem dünnen Faden ein gewaltiges und offensichtlich scharfes Schwert, auf dem „Aktion – Spiegel“ zu lesen ist. Der Zusammenhang zwischen der Aktion gegen den Spiegel und der Bedrohung der Pressefreiheit ist offensichtlich.

Der zweite Kommentar stammt vom 3.11.1962, von Kh. Böhm, und trägt die Überschrift „Ultimatum“.³⁵ In seinem Mittelpunkt steht die Krise in der Regierung zwischen CDU und FDP in

³⁴ Panke, S.: Ominös und Karikatur in: Freie Presse, 31.11. 1962

³⁵ Böhm, Kh.: Ultimatum, in: Freie Presse, 3.11. 1962.

Folge der Aktion gegen den Spiegel und das Ultimatum, das die Freidemokraten Adenauer gestellt haben:

„Entweder gibt Adenauer die von Bundesjustizminister Stammberger [FDP, der Verf.] geforderten Garantien für die Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik, oder die Koalition platzt.“

Ausgangspunkt von Böhm's Überlegungen ist seine Überzeugung: „Die Bundesrepublik war seit Bestehen einem Regierungssturz noch nie so nahe wie in diesen Tagen, und er spekuliert, was die Folgen wären, wenn es tatsächlich zum Sturz käme. Er sieht drei Möglichkeiten:

- eine Minderheitenregierung der CDU
- die Wahl eines neuen Bundeskanzlers mit der absoluten Mehrheit von SPD und FDP: „Aber hätten sie auch einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten?“
- Nominierung eines anderen CDU-Kandidaten gegen Adenauer durch die FDP: *„Beispielsweise Erhard [Bundeswirtschaftsminister, der Verf.]. Ob er sich allerdings hierzu bereit fände (!), ist fraglich. Keineswegs fraglich ist es dagegen, daß ein prominenter CDU-Mann die Mehrheit leicht hinter sich bekommen würde. Dann würde sich nämlich in geheimer Abstimmung das latente Ressentiment in der CDU gegen den beträchtlich abgewerteten und nur noch widerwillig ertragenen, fast 87jährigen Regierungschef zeigen.“*

Offensichtlich geht es Böhm darum, die Brüche in der Regierungskoalition und die Zerrissenheit in der CDU deutlich zu sezieren und eine mögliche, aber eher unrealistische Perspektive ohne die CDU anzudeuten.

Die „Fragestunde“ im Bundestag - eine Fundgrube für Kritik und Attacken

Ab 7. November 1962 beginnt im Bundestag eine mehrtägige „Fragestunde“, auf Initiative der oppositionellen SPD, die ein Interesse daran hat zu erfahren, wie der Spiegel – Journalist Conrad Ahlers in Spanien, einem Land, mit dem es kein Auslieferungsabkommen gibt, verhaftet werden konnte und worin genau die Vorwürfe gegen den Spiegel bestehen.

Schon vor Beginn des parlamentarischen Schlagabtausches schreibt H. Schueler in seinem Kommentar vom 7. November³⁶ den Ereignissen die „Aussichten“ zu, „sich zum größten Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte zu entwickeln.“ Er ist davon überzeugt, dass im Falle der Verhaftung von Ahlers die „Sicherung des Rechtsstaates“ für die „Sicherheit des Staates“, „daß das eine für das andere geopfert wurde.“ Die dazugehörige Karikatur hat eine eindeutige Stoßrichtung. Sie personalisiert Schuelers Urteil der Entwicklung als „Skandal“. Sie zeichnet

³⁶ Schueler, H.: Geopfert, und Karikatur, in: Freie Presse, 7.11. 1962.

knapp drei Stationen: Hamburg und die Polizeiaktion gegen den Spiegel, Malaga und die bewachte Gefängniszelle von Ahlers und schließlich Strauß' Entlassung durch Adenauer, und sie ist mit dem Satz unterschrieben: „Hinter dieser Sache steckt der Strauss (!) und darum: Hinaus mit ihm!“ Der politische Hauptgegner ist damit ohne jeden Zweifel ausgemacht.

Der Bonner Korrespondent der Freien Presse S. Paulsen greift an diesem Tag zurück auf den Sachverhalt der Regierungskrise, den sein Kollege Böhm wenige Tage vorher kommentiert hatte, und bezeichnet den zwischen CDU und FDP gefundenen Kompromiss, um sie beizulegen, als „notdürftigen“, „(...) denn die internen Gegensätze blieben bestehen.“ Aufschlussreich ist seine Beurteilung der CDU: „Die CDU hat aufs neue (!) gezeigt, daß sie eine große Koalition mehr fürchtet als Reibereien mit dem bescheidenen Liberalismus der Freien Demokraten“. Aufschlussreich ist sie, weil darin, wenn auch sehr mittelbar, strategische Überlegungen maßgeblicher Sozialdemokraten aufscheinen, als der kleinere Partner in eine Koalition mit der CDU/CSU einzutreten, um nach dieser Phase die führende politische Kraft in der Bundesrepublik werden zu können. Die Qualifizierung des Liberalismus als „bescheiden(en) teilt zugleich mit, dass eine sozialliberale Koalition im Augenblick jedenfalls keine ernsthafte Alternative sein kann.

Die dreitägige „Fragestunde“ ist den Journalisten der Freien Presse eine Fundgrube für kritische Anmerkungen und damit Attacken gegen die Regierung. Dr. P. (Dr. Sigurd Paulsen) berichtet mit eindeutiger Tendenz vom ersten Tag der „Fragestunde“.³⁷ Die Überschrift spricht bereits für sich: „Der ‚Spiegel‘ in der Fragestunde Adenauer und Höcherl [Bundesinnenminister, der Verf.] versagen“. Für den Journalisten der Freien Presse betrifft das Versagen vor allem

„drei Hauptpunkte:

- 1. schwankten sie offenbar, ob sie es für angängig erklären sollten, nachdem einmal der noch unbewiesene Verdacht des Landesverrates geäußert wurde, eventuelle Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit bei den Untersuchungsmethoden überhaupt noch zu kritisieren.*
- 2. scheinen sie zu bezweifeln, ob es gestattet ist, nach Hintermännern der Aktion zu forschen (...).*
- 3. erweckt es ihren Unwillen, wenn die Verfechter der Pressefreiheit sich erlauben, den Argwohn zu äußern, die Polizei nehme während ihrer vieltägigen Besetzung der ‚Spiegel‘- Räume aus dem Archivmaterial auch genaue Kenntnisse solcher Informanten mit, die gar nichts mit dem Landesverratskomplex oder mit militärischen Fragen zu schaffen haben. (...)*

³⁷ Dr. P(aulsen): Der „Spiegel“ in der Fragestunde – Adenauer und Höcherl versagen, in: Freie Presse, 8.11. 1962.

Im Mittelpunkt seiner Kritik steht die Frage nach der Rechtsstaatlichkeit, von der er meint, Adenauer und Höcherl hätten kein Interesse daran, sie zu klären, und besonders aufs Korn nimmt er Adenauers Äußerungen über den Herausgeber des „Spiegel“ Augstein, die er als Bruch rechtsstaatlichen Verhaltens ansieht:

„Wer ist schon Herr Augstein‘, rief der Kanzler einmal aus und fügte hinzu: ‚Der verdient ja am Landesverrat, und das finde ich gemein.‘ Außerdem verdiene Augstein auch an der Hetze gegen die Koalitionsparteien, fuhr Adenauer fort, und das gefalle nur der SPD. Der Grundsatz, daß kein in Verdacht Geratener als bereits überführt behandelt werden darf, war vom Regierungschef im Handumdrehen über Bord geworfen worden.“

Der Bericht beginnt mit der Frage: „Sind unsere führenden Regierungs- und Parteipolitiker [der CDU, der Verf.] einer Affäre wie dem „Spiegel“-Zwischenfall gewachsen?“ und mit der sofortigen eindeutigen Antwort: „Wer an der Bundestagssitzung vom Mittwoch teilnahm, musste für viele von ihnen ernstliche Zweifel hegen.“

Paulsens Bericht ist vor allem darauf angelegt, diese „Zweifel“ besonders für Adenauer zu begründen und schließlich deutlich zu machen, dass „nach dieser Fehlleistung“ weitere parlamentarische Arbeit notwendig ist, um „Licht in das Dunkel zu bringen.“

H. Schueler legt in seinem Kommentar „Nebelwand“ zur Debatte im Bonner Parlament nach.³⁸ Er bezieht sich dabei am Anfang und kurz und auf Wirkung zielend auf den damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke, der zwei Tag vorher, so der von dpa übernommene Artikel in der Freien Presse, in einer Rede die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert hat,

„sich in der Treue zur parlamentarisch-demokratischen Staatsform nicht irremachen zu lassen. Offensichtlich in Anspielung auf aktuelle innenpolitische Ereignisse sagte der Bundespräsident, die Politik nehme leider manchmal Formen an, die nicht geeignet seien, das der Demokratie abträgliche Vorurteil zu widerlegen, daß Politiker lediglich Vertreter ihrer Parteien und von Sonderinteressen seien. Solche Formen seien aber Auswüchse, nicht Wesenselement der Demokratie.“

Schueler nimmt die Aufforderung des CDU-Mitglieds und Befürworters einer Großen Koalition Lübke auf, macht aus ihr eine „Warnung“ und stellt ‚erschrocken‘ fest:

„Die Warnung des Bundespräsidenten, erst vorgestern in Düsseldorf ausgesprochen, in diesen Tagen nicht irre zu werden am demokratischen Staat, muss zu unserem Erschrecken bereits auf die gestrige Bundestagssitzung angewandt werden.“

³⁸ Schueler, H.: Nebelwand, in: Freie Presse, 8.11. 1962.

Er kontrastiert die von ihm implizit als berechtigt angesehenen Fragen der Opposition (SPD) nach der Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze beim Vorgehen gegen den „Spiegel“ mit den Reaktionen der „Sprecher der Regierung“ auf sie. Diese Reaktionen, so seine Beurteilung, reichten über die Versuche, die „Fragensteller lächerlich zu machen“ und „sie in das Odium zu bringen, den Landesverrat decken zu wollen,“ bis hin zu einem „imposanten Versteckspiel, in dem die augenfälligsten Dinge wie hinter einer Nebelwand verschwanden.“ Den Höhepunkt aber sieht er in der Vorverurteilung Augsteins durch Adenauer. „Jeder Journalist, jeder Bürger überhaupt, der gleiches täte, müßte damit rechnen, gerichtlich zur Verantwortung gezogen zu werden.“ Im Subtext teilt Schueler mit, dass das Verhalten der „Sprecher der Regierung“ einer Demokratie zumindest unangemessen ist, und deshalb ist es nur konsequent, wenn sein Kommentar mit dem Satz endet:

„Welcher Schaden dieser 7. November bei unseren Freunden im Ausland angerichtet haben wird, die der Bundesrepublik in den letzten Tagen ohnehin ein sehr kritisches Augenmerk zuwenden, ist noch nicht abzusehen.“

Der zweite Kommentar an diesem 8. November, von Uwe Kessler geschrieben, deutet bereits in der Überschrift „Die Bonner ‚Junktologie‘“ auf den ironischen Unterton hin.³⁹ Das von Kessler erfundene Wort der „Junktologie“ bezieht sich auf die „Methode des Junktims“, die der Autor als „Verbindung selbständiger Sachkomplexe zu einer einheitlichen Frage“ beschreibt. Er meint damit die bewusste Verknüpfung zweier oder mehrerer Aussagen, die nur zusammen Gültigkeit haben können. Die „Junktologie“ sieht er am Werk in den „ebenso zahlreichen wie unglaublichen Erklärungen, die wir seit Beginn der Spiegel-Affäre aus dem Regierungslager hörten.“ Er führt dafür Beispiele an, die verknüpft sind mit den Namen Hopf, dem inzwischen beurlaubten Staatssekretär im Verteidigungsministerium, von Hase, Staatssekretär, Regierungssprecher und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, und Heinrich von Brentano, dem Vorsitzenden der CDU/CSU – Fraktion.

„Staatssekretär H o p f [gesperrt im Original, der Verf.] verdiente sich einen längeren Urlaub mit einem höchst zweifelhaften Junktim zwischen Geheimhaltungsbedürftigkeit und – sehr milde gesagt – ‚vereinfachtem‘ Verfahren bei Justizaktionen.“

Der Autor pointiert Hopfs Aussage in dem Satz: „Wo es um geheime Dinge geht, braucht man auf Recht und Gesetz nicht zu achten!“

Dem Regierungssprecher von Hase wirft er zwei entlarvende Junktims vor. Im ersten Fall geht es um von Hases Meinung, „die Schwere des gegen den Spiegel erhobenen Verdachts rechtfertige das ‚ungeschickte‘ Verfahren bei der Behandlung des Verdachts.“ Ironisch äußert Kessler „Verständnis“ für den Zusammenhang, den der Regierungssprecher herstellt: „Es ist für

³⁹ Kessler, Uwe: Die Bonner „Junktologie“, in: Freie Presse, 8.11. 1962.

die Initiatoren des Verfahrens natürlich kein reines Vergnügen, plötzlich sich selbst auf der Anklagebank der öffentlichen Kritik wiederzufinden, während der Spiegel wahre Verkaufstriumphe feiert.“ „Aber“, auch das eine ironische Brechung, „Verständnis darf hier nicht zu Mitleid führen. Denn nur ihr arroganter Umgang mit Recht und Gesetz hat diese Herren zu Objekten der journalistischen Kritik gemacht.“ Wie bei Hopf spitzt der Autor schließlich sein Urteil über von Hases Junktim zu: Es „bewies genau das, was geleugnet werden sollte: daß man es in Bonn nicht so genau nimmt mit den Gesetzen, wenn es sich um ‚wichtige‘ Dinge handelt.“

Im zweiten Fall handelt es sich um ein Junktim, das Kessler „gleichsam ein negatives“ nennt. Von Hase habe „heftig“ bestritten, „daß es sich bei der Spiegel-Aktion um einen Angriff auf die Pressefreiheit handele“ und dabei als Argument angeführt: „Weil die Kommunisten [die Herrschenden in der DDR, der Verf.] behaupten, das sei ein Angriff auf die Pressefreiheit, kann dieser Vorwurf nicht stimmen!“ Der Autor geht davon aus, dass dieses Junktim sich selbst richte: „Kommentar überflüssig.“

Von Brentano schließlich erntet Kesslers Kritik für seine Begründung, dass sich Bonn im Augenblick eine Regierungskrise nicht leisten könne:

„Daß zwei unverantwortliche Staatssekretäre als verantwortliche Sündenböcke in die Wüste geschickt wurden, bezeichnete Brentano schlicht als eine staatspolitische Notwendigkeit. ‚In solchen Zeiten [Kuba-Krise, der Verf.] können wir uns keine Koalitionskrise leisten.“ „Was ist das für eine Logik?“ fragt Kessler. „Weil Chruschtschow in Kuba Raketen montierte, sollen in Bonn verantwortliche Minister nicht zur Verantwortung gerufen werden (...)? Das verstehe, wer will!“

Die Bonner „Junktologie“ von Sprechern der CDU/CSU ist in Kesslers Kommentar Gegenstand beißend-ironischer Kritik. Diese Beschreibung gilt auch für seine Empfehlung, die er am Ende ausspricht: „Wir schlagen als Übung vor, doch einmal etwas mehr auf das notwendige Junktim zwischen Information und Wahrheit zu achten.“ Diesen Ratschlag adressiert er vor allem an den Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung von Hase.

Einen Tag später veröffentlicht die Freie Presse einen „Eigenbericht“ (vermutlich von Dr. Sigurd Paulsen geschrieben) über die zweite Fragestunde zur Aktion gegen den „Spiegel“.⁴⁰ Sie, die Bundestagsdebatte, „befaßte sich fast ausschließlich mit der spanischen Verhaftung von Ahlers.“ Der Autor geht ausführlich auf die Vorgänge im Parlament ein, und diese Darstellung ist immer wieder durchzogen von zumindest impliziten Wertungen. Sie betreffen

- den Bundesinnenminister, z.B.:

⁴⁰ Ohne Namensangabe, Fall Ahlers immer noch ungeklärt, in: Freie Presse, 9.11.1962.

„Der Bundesinnenminister mußte zugeben, daß er die Ermittlungen nach den Umständen dieser Verhaftung erst nach Eingang der Fragen der SPD-Fraktion begonnen hat.“
Höcherl habe sich „auch am Donnerstag wieder sehr nervös und gereizt“ gezeigt.
„(...) im Laufe der Fragestunde selbst hatte die Erregung des Hauses einen besonderen Grad erreicht, als der Bundesinnenminister bei einer Vergleichsdarstellung mit den Vorgängen bei der Verhaftung des wegen antisemitischer Äußerungen verfolgten Studienrates Zind⁴¹ erklärte, daß auch der damalige ‚Kurzverkehr‘ zwischen den Polizeibehörden der beiden beteiligten Staaten (Bundesrepublik und Italien, der Verf.) sei ‚etwas außerhalb der Legalität‘ vor sich gegangen.“

und

- die CDU/CSU-Fraktion:

„Der Bundestag war auch bei der Donnerstagfragestunde schon bald wieder in den Zustand äußerster Erregung geraten. Das wurde vor allem dadurch verursacht, daß die CDU/CSU-Fraktion nahezu jede Antwort der Minister mit geradezu frenetischem Beifall begleitete.“

Die Absicht des Verfassers ist es erkennbar, die Vertreter der Regierung und die Fraktionsmitglieder der größten Regierungspartei als in die Defensive gedrängt und als unfähig darzustellen, in der Situation so zu handeln und sich so zu verhalten, wie es nach Meinung des Berichterstatters geboten wäre.

Es ist an dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Ulrich Lohmar, in seinem Kommentar am 9. November für die Freie Presse eine politische Bilanz der mehrstündigen Debatte im Bundestag zu ziehen.⁴² Er kommt zu dem Ergebnis, sie hätten „die Fronten geklärt“, und bereits die Überschrift des Kommentars „Obrigkeit und Freiheit“ teilt mit, welche Fronten einander gegenüberstehen. Das Etikett ‚Obrigkeit‘ ordnet Lohmar dem Kanzler Adenauer, Innenminister Höcherl und der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion zu.

„Der Kanzler und sein Innenminister ließen in nicht mehr zu überbietender Klarheit erkennen, wie sonderbar die Bahnen ihres politischen Denkens sind, und der Beifall vieler Abgeordneter der CDU/CSU zu Bemerkungen, die man allenfalls mit betretenem Schweigen hätte quittieren dürfen, zeigte, daß sie sich in Uebereinstimmung (!) mit der Mehrheit der großen Regierungspartei befanden.“

⁴¹ Zum Fall Zind s. Lörcher, Andreas: Antisemitismus in der öffentlichen Debatte der späten fünfziger Jahre. Mikrohistorische Studie und Diskursanalyse des Falls Zind, Freiburg 2008 <https://dnb.info/990750477/34> (Letzter Zugriff: 29.11.2021).

⁴² Lohmar, Ulrich: Obrigkeit und Freiheit, in: Freie Presse, 9.11.1962.

Er arbeitet das ‚Sonderbare‘ im politischen Denken von Adenauer und Höcherl differenziert heraus: Er hält sie nicht für „grundsätzliche(n) Gegner der Demokratie. Sie sind nicht Antidemokraten, aber sie denken ademokratisch.“ Lohmars Wort vom ademokratischen Denken ist am ehesten als ohne die notwendige Rücksicht auf demokratische Regeln gekennzeichnet oder zugespitzt als undemokratisch zu verstehen. Das wird überaus deutlich, wo der Autor diese Art des Denkens charakterisiert: „Sie sind nämlich (mit der Mehrheit der CDU/CSU) der Auffassung, daß die staatliche Obrigkeit das Zentrum allen politischen Denkens und Handelns sein müsse“ und an anderer Stelle heißt es noch klarer: „Die gemeinsame Basis ist die Auffassung, der Staat habe eben ein Obrigkeitsstaat zu sein.“

Es sei diese Art des starren Denkens, die verhindere, dass Kanzler und Innenminister die Möglichkeit haben, den Argumenten der SPD und eines Teils der Freidemokraten „Verständnis“ entgegenzubringen. Es sei dabei, behauptet Lohmar, „nicht böser Wille“ im Spiel, sondern geistige Unfähigkeit. „Sie denken halt anders als Liberale und Sozialdemokraten (den liberalen und protestantischen Teil der CDU/CSU hier einbezogen), für die der einzelne Mensch Maßstab auch des staatlichen Handelns ist.“

Dieses andere, konservative, Denken veranschaulicht Lohmar an einem aufschlussreichen Beispiel:

„Der Bundeskanzler kann sich einen Journalisten (...) nur als eine Art Hofschreiber vorstellen. Der Hofschreiber hat das zu denken, was die staatliche Obrigkeit für richtig hält. Wer das nicht tut, denkt im Verständnis des Kanzlers nicht nur falsch, er ist ihm moralisch verdächtig“, wie, und dieser Vergleich schwingt mit, ohne dass Lohmar ihn anstellt, Augstein und die Redakteure des „Spiegel“.

Es geht Lohmar aber auch darum, sich von überzogenen Urteilen zu dem, was geschehen ist, abzusetzen. Er weist deshalb Vorwürfe als „töricht“ zurück, Adenauer wolle „so etwas wie eine Gestapoherrschaft wiedererrichten“, und als „abwegig“, „eine Parallele zu der letzten Sitzung des Deutschen Reichstages 1933 zu ziehen.“ Das aus seiner Sicht angemessene Urteil besteht darin:

„Unsere politische Führung kann nicht verstehen, daß in der rechtsstaatlichen Demokratie – auf die sie den Eid geleistet hat - die Obrigkeit qualitativ keineswegs über dem einzelnen Bürger steht, sondern daß sie für eben diesen Bürger da zu sein hat. An dieser Frage scheiden sich nicht nur die Geister, sondern der Geist und Ungeist in der deutschen Geschichte und in der deutschen Gegenwart.“

Es geht bei Lohmar um zwei unterschiedliche Staats- und – damit verbunden - Demokratieverständnisse. Das eine, das obrigkeitsstaatliche, das von Kanzler und Innenminister und der

Mehrheit der CDU/CSU, ist dem „Ungeist in der deutschen Geschichte“ zuzuordnen, das andere, das, in dessen Mittelpunkt die „Freiheit“ steht und in dem nicht der Bürger für den Staat, sondern umgekehrt der Staat für den Bürger „da zu sein hat“, ist dem „Geist der deutschen Geschichte“ zuzuordnen und den Sozialdemokraten, Liberalen und möglicherweise auch dem liberalen und protestantischen Teil der CDU/CSU. Die „Fronten“ sind damit eindeutig gezogen.

Im Mittelpunkt von Dr. Paulsens Bericht vom dritten Tag der Fragestunde steht der Politiker, den schon der Karikaturist am 7. November als verantwortlich für die Verhaftung von Ahlers in Spanien aufgespießt hatte: der Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß.⁴³ Die Tendenz des Berichts ist von Beginn an klar:

„Am Ende dreier Plenarsitzungen in hektisch erregter Atmosphäre fand sich ein Kreis von Abgeordneten und Journalisten zwangsläufig in eine Debatte darüber verwickelt, wie Bundesverteidigungsminister S t r a u ß (gesperrt im Original, der Verf.), den nicht wenige als bösen Geist hinter der „Spiegel“-Aktion ansehen, im Augenblick dasteht.“

Der Bericht endet mit dem Satz: „Die Zahl derer ist sprunghaft gestiegen, die ihr politischer Instinkt vor dem Minister warnt.“ Paulsen begründet diese Behauptung damit, wie Strauß mit seiner Rolle bei der Verhaftung von Ahlers in der Öffentlichkeit umgegangen ist.

„Nach Überzeugung einer großen Mehrheit der Beobachter in den Parteien und der Presse hat ein schlechtes oder zumindest unsicheres Gewissen den Minister veranlaßt, so lange wie irgendsmöglich mit seiner Rolle bei der nächtlichen Fahndung in Spanien hinterm Berg zu halten. Als Motiv für Strauß' tatsächliches Handeln scheint dem Autor ein „haßerfüllter Drang“ plausibel, „Männer als ‚Landesverräter‘ überführt zu sehen, die ihn persönlich für ungeeignet für sein verantwortliches Amt halten.“

Die Frage nach der Stabilität des demokratischen Systems in der Bundesrepublik

Die Kommentare⁴⁴ beziehen sich an diesem Tage auf eine Äußerung des Generalbundesanwalts Dr. Westram im Rahmen der „Spiegel-Affäre“ und ausgehend von der bevorstehenden Landtagswahl in Hessen am 11. November auf die Frage nach der Stabilität des demokratischen Systems in der Bundesrepublik.

H. Schueler setzt sich unter der Überschrift „Frage an Westram“ kritisch mit dessen Auftreten in der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts über einen Antrag des „Spiegel“-Verlags

⁴³ Dr. P(aulsen): Strauß nach drei Tagen des parlamentarischen Kreuzverhörs, in: Freie Presse, 10.11.1962.

⁴⁴ Schueler, H.: Frage an Westram und Ingensand, Wilhelm: Hessen und Franzosen, in: Freie Presse, 10.11.1962.

auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zur Freigabe der Redaktionsräume und zur Untersagung einer Vorzensur auseinander. Westram hatte eine juristische Position vertreten, die Schueler für grundgesetzwidrig hält: „Der z.Z. höchste Ankläger unseres Staates ließ im Laufe der Verhandlung verlauten, daß die Strafverfolgung bei Verdacht des Landesverrates absoluten Vorrang vor den grundgesetzlich verbürgten Grundrechten habe.“ Der Journalist klassifiziert diese Interpretation des Grundgesetzes als „neu“ und „seltsam“. Er bezieht sich in seiner Kritik auf die Artikel 18 und 19 des Grundgesetzes, aus denen

„nichts anderes herausgelesen werden (kann), als daß dem einzelnen Staatsbürger ein Grundrecht nur durch das Bundesverfassungsgericht abgesprochen werden kann, für die Allgemeinheit ein Grundrecht nur durch Gesetz eingeschränkt werden kann.“

Dahinter steht Schuelers Befürchtung, dass selbst auf höchster justizpolitischer Ebene demokratische Rechte gegen die Festlegungen des Grundgesetzes dem Schutz des Staates geopfert werden.

Wilhelm Ingensand, stellvertretender Chefredakteur und Leiter des Politikressorts, nimmt die unmittelbar bevorstehende hessische Landtagswahl und die „Spiegel-Affäre“ zum Anlass, sich grundsätzliche Gedanken über den Zustand der bundesrepublikanischen Demokratie zu machen. Ausgangspunkt ist dabei die von Ingensand konstatierte Befürchtung der CDU in Hessen, sie könne ihr Wahlziel, die SPD-geführte Regierung in einer Koalition mit der FDP abzulösen, wegen der „Spiegel“-Aktion verfehlen.

„Wenn die hessische CDU ihre Wahlchancen durch die „Spiegel“-Affäre dahinschwinden sieht, dann zeigt sie damit, daß sie den Mangel an Rechtsstaatlichkeit der CDU-Regierung in Bonn erkennt. Offenbar haben die Christdemokraten auch genau begriffen, daß die halben Wahrheiten und ganzen Lügen bei der anschließenden parlamentarischen Verteidigung der Aktion einen üblen Eindruck machten.“

Es stößt deshalb auf sein Unverständnis, „(w)arum sie sich trotzdem nicht von Adenauer und Strauß distanzieren (...).“ Ebenso stößt auf sein Unverständnis, dass die hessische FDP „deutlich zu erkennen gegeben (hat), daß sie auch in Wiesbaden die Koalition nach dem traurigen Bonner Muster anstrebt.“ Ingensand verbindet mit der Wahl die – eingeschränkte – Hoffnung:

„Hoffentlich sind tatsächlich die meisten der hessischen Wähler so ärgerlich über die „Spiegel“-Aktion, daß die CDU-Befürchtungen sich als begründet erweisen. Sicher sind wir dessen nicht, denn das obrigkeitsstaatliche Denken ist bei uns noch weit verbreitet.“

Tatsächlich erweisen sich die Bedenken des Autors als gegenstandslos und seine Hoffnung erfüllt sich: Die SPD wird das erste Mal in Hessen die absolute Mehrheit gewinnen. Aber mit seiner Furcht vor einem immer noch weit verbreiteten obrigkeitsstaatlichen Denken in der

Bevölkerung spricht er ein Motiv an, das seinen gesamten Kommentar prägend durchzieht, auch seinen Vergleich mit der politischen Situation in Frankreich, wo am 18. und 25. November die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden.

Trotz des „Wahlmonarchen“ De Gaulle und seiner „Parteienhetze“ gegen „Demokraten“, „sieht es (für Ingensand) nicht so aus, als würde Frankreichs künftige Nationalversammlung ein de-Gaulle-höriges Gremium werden.“⁴⁵ Der Autor findet dafür eine Erklärung im unterschiedlichen Verhältnis von Franzosen und Deutschen zur Demokratie.

„Dieses Volk [die Franzosen, der Verf.] hat seine Demokratie durch eine Revolution erkämpft. Das hat ein Vorurteil für die Demokratie geschaffen, während es bei uns fraglich erscheint, ob das alte Vorurteil gegen die Demokratie nicht noch immer nachwirkt.“

Das „Vorurteil gegen die Demokratie“ bezieht der Autor auf das Bürgertum in der Weimarer Republik, in dem es von Beginn an „lebendig“ gewesen sei, und auf die These des Schweizer Journalisten Allemann, „die ‚bürgerliche Regierung‘ in Bonn werde eine demokratische Eingewöhnung der einst antidemokratischen Kreise bewirken.“ Demnach hätte eine Integration früherer Antidemokraten in das demokratische System der Bundesrepublik stattgefunden. Ingensand äußert angesichts der aktuellen Entwicklung seine Skepsis gegenüber dieser Behauptung in Form einer Frage, die die mögliche Gegenthese enthält: „Ob es aber nicht vielleicht so ist, daß die Antidemokraten von einst nur so lange Demokraten sind, als sie von der Demokratie profitieren?“

Das heißt, Ingensand geht von einem immer noch wirksamen „Vorurteil gegen die Demokratie“ und einem lediglich taktischen Verhältnis zur Demokratie aus, und er meint, dafür in der Woche der Parlamentsdebatten ein Exempel erlebt zu haben: „Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat in dieser Woche ein erschreckliches Beispiel dafür geliefert.“

Er begründet diese Einschätzung damit, dass ihre Mitglieder „wie besessen“ klatschten, „als Adenauer dem richterlichen Urteil vorgriff und die des Landesverrats Angeklagten bereits als überführte Landesverräter bezeichnete, ihnen dabei schnöde Gewinnsucht unterstellend.“ Für Ingensand ist das Verhalten von Adenauer und den Mitgliedern seiner Fraktion nichts anderes als ein Angriff auf die Demokratie und ihre Prinzipien. Es ist ein Verhalten, von dem er hofft, dass es vom „Wahlbürger“ als „Richter über die Politiker“ abgestraft wird. Nur dies wäre ein Beweis von demokratischer Gesinnung der Wähler.

„Nur wenn die hessischen CDU-Befürchtungen sich am Sonntag bestätigen, mag das Vertrauen darin wieder wachsen, daß die deutsche Geschichte nicht auch in Zukunft eine ‚Leidensgeschichte des zivilen Geistes‘ sein wird.“

⁴⁵ Die Gaullisten in der „Union pour la nouvelle République“ verfehlten bei der Wahl knapp die absolute Mehrheit. Sie gewannen 233 von 482 Sitzen, https://fr.wikipedia.org/wiki/%C3%89lections_l%C3%A9gislatives_fran%C3%A7aises_de_1962. (letzter Zugriff: 29.11.2021).

Mit dem Zitat bezieht sich Ingensand offensichtlich auf das 1951 erschienene Buch von Karl Buchheim „Die Leidensgeschichte des zivilen Geistes oder die Demokratie in Deutschland“. Buchheim vertritt darin die Ansicht, der Nationalsozialismus sei eine Folge einer unterentwickelten Tradition des zivilen Geistes gewesen.⁴⁶

Ingensands Kommentar ist allem Anschein nach von tiefer Sorge um den augenblicklichen Zustand der Demokratie und um ihre zukünftige Entwicklung geprägt. Spätestens seit der Fragestunde vom 9. November stand fest, dass der Verteidigungsminister Strauß die politische Verantwortung dafür trug, dass der zuständige Bundesjustizminister Stammberger, FDP-Mitglied, erst aus der Presse vom Schlag gegen den „Spiegel“ erfuhr, und dass er den Bundestag über seine eigene Rolle in diesem Fall belogen hatte. Die fünf Bundesminister der FDP treten deshalb am 19. November zurück und erklären, dass eine neue Koalition mit der Union nur möglich sei, wenn Strauß dem neuen Kabinett nicht angehöre. Die SPD verlangt den Rücktritt des Verteidigungsministers und eine Allparteienregierung zur Überwindung der inneren Krise. Am 30. November verzichtet der CSU-Politiker auf sein Ministeramt⁴⁷.

An diesem Freitag, dem 30. November, erscheint unter der Überschrift „Der Abgrund“ ein Kommentar von Wilhelm Ingensand.⁴⁸ Er bezieht sich auf einen schon zwei Tage zurückliegenden Vorfall, den der Bonner Korrespondent der Freien Presse, Dr. Sigurd Paulsen, in seinem Bericht (ebenfalls in der Freien Presse vom 30. November)⁴⁹ mit den Sätzen beschrieben hat:

„Von Mittwoch auf Donnerstag, über Nacht sozusagen, ist Franz Josef Strauß für die CDU der gefährlichste Mann in Bonn geworden. Hatte der erboste Bajuware vor den Christ-Demokraten und seinen eigenen CSU-Parteigenossen zunächst nur sein Wissen ausgepackt über Adenauers unheilvolle Rolle als Hauptinspirator der verfassungswidrigen Manipulationen, die er zusammen mit Strauß in der „Spiegel“-Affäre einleitete, so stellt sich jetzt heraus, dass er auch schon schriftlich diese gefährlichen Zusammenhänge fixiert hat.“

Wenn Ingensand für seinen Kommentar den Titel „Der Abgrund“ wählt, dann spielt er an auf Adenauers Äußerung im Bundestag, er habe in einen „Abgrund des Landesverrats“ geschaut,

⁴⁶ <https://books.google.de/books?id=ZiPkwIzdTzYC&pg=PA253&lpg=PA253&dq=buchheim+leidensgeschichte+des+zivilen+geistes&source=bl&ots=VbAf4TMDtJ&sig=ACfU3U0I6fDbXYTLWbcNxUYBVGAq3U6Qgg&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwiPoN-Sz5j0AhWn7rsIHVkaDS8Q6AF6BAGfEAM#v=onepage&q=buchheim%20leidensgeschichte%20des%20zivilen%20geistes&f=false> (letzter Zugriff: 29.11.2021)

⁴⁷ Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S.758 und Winkler: Der lange Weg nach Westen II, S. 210f.

⁴⁸ Ingensand, W.: Der Abgrund, in: Freie Presse, 30.11. 1962.

⁴⁹ Paulsen, Dr. S.: Strauß schrieb einen Brief, in: Freie Presse, 30.11 1962

und münzt sie um auf das, was durch Strauß öffentlich geworden ist: „Jetzt tut sich stattdessen der Abgrund seiner (Adenauers) Verachtung der Menschen und der Rechtsstaatlichkeit auf.“

Unter dieser Voraussetzung ist es für ihn unverständlich, dass die CDU weiterhin an Adenauer festhält und ihn die neuen Koalitionsgespräche mit der FDP führen lässt und die Freidemokraten bereit sind, mit ihm, der nach Strauß' Behauptung „die Hauptverantwortung trage für die ominösen Begleitumstände der ‚Spiegel‘-Aktion,“ über eine neue Regierung zu verhandeln.

Ingensand sieht dazu nur eine Alternative: „Wir indessen meinen, daß die Forderung immer dringlicher wird, die Demokraten in den drei Bundestagsparteien fänden sich endlich zusammen. Zu einem Neubeginn!“, der, so ist zu folgern, nur ohne Adenauer möglich ist. Die Nähe dieses Gedankens zur SPD-Forderung nach einer Allparteienregierung liegt auf der Hand.

Die Forderung nach der Großen Koalition

Einen Tag nach dem Abgang von Strauß, am 1. Dezember, analysiert wiederum Ingensand die dadurch entstandene Situation.⁵⁰ Er knüpft an einen Satz an, den der Bundespräsident Heinrich Lübke im Zusammenhang mit den Bonner Vorgängen gesagt hat: „Kein Mensch ist unersetzlich. Eine gute Regierung darf nicht an Personen scheitern.“ Der Kommentator ist davon überzeugt, dass sich Lübke damit eindeutig auf Adenauer bezogen hat, „denn der Bundespräsident weiß längst, daß auch des Altkanzlers Verbleiben im Amt vom Uebel (!) ist.“ Dessen „Führungskraft“ hält Ingensand für „erloschen“, aber gleichzeitig sei es die „Schwäche der FDP“, die eine „bessere und dauerhafte Lösung der Regierungsfrage“, eine Koalition zwischen SPD und Freidemokraten, verhindert und dafür sorgt, dass bei der „Regierungskrise“ nichts anderes als „ein neues Adenauer-Kabinett“ herauskommt. Dieses Kabinett trage aber „die Zeichen des Übergangs.“ Für diese Übergangszeit rät Ingensand

- der FDP ein Programm zu erarbeiten, „das den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft nicht mehr mit Rezepten aus dem 19. Jahrhundert (z.B. Sozialpolitik nur als Abfall der Wirtschaftspolitik) begegnet“,
- der CDU, den Versuch zu unternehmen, „die bisher durch eines alten Patriarchen Faust zusammengehaltene Union jetzt durch die ehrliche Zusammenarbeit mehrerer Männer zu bewahren, die sich auf ein Programm verständigen.“

Der FDP empfiehlt er also, sich sozialdemokratischem Denken anzunähern, und der CDU, ihre Programmlosigkeit zu überwinden. In einem aber ist sich Ingensand mit Adenauer, den er

⁵⁰ Ingensand, Wilhelm: Nur eine halbe Lösung, in: Freie Presse, 1.12.1962.

abgelöst sehen will, einig: im Urteil über Erhard als möglichem Kanzlernachfolger. Mit Adenauer streitet er dem Wirtschaftsminister die „Eignung zur großen Politik“ ab. Am Ende seines Kommentars macht er deutlich, welche Koalition in Zukunft für „eine gute Regierung“ bürden könnte.

„Die Demokratie braucht mindestens zwei große stabile und zuverlässig demokratische Parteien. Deshalb sorgen wir uns um die Zukunft der CDU. Zugleich aber gibt es die noch vordringlichere Sorge um eine gute Regierung. Wir sehen nicht, wie sie unter den heutigen Umständen zustande gebracht werden könnte. Und darum meinen wir, daß nach kurzer Schonzeit die Zeit doch reif sein sollte für die große Koalition, zu der Bundespräsident Lübke auch jetzt wieder vergeblich riet.“

Der Kommentar trägt die Überschrift „Nur eine halbe Lösung“. Nach seinem Inhalt ist sie in zweifacher Hinsicht interpretierbar: Strauß und Adenauer hätten gehen sollen und Die ganze Lösung der Krise wäre die Bildung einer Großen Koalition gewesen.

Die Argumentationslinie der Freien Presse

Die Argumentationslinie der Freien Presse ist einerseits einfach, andererseits kompliziert zu bestimmen. (1) Das Einfache besteht in der klaren Position gegenüber einer Demokratisierung in der Bundesrepublik, (2) das Komplizierte letztlich im Charakter der Freien Presse als einer sozialdemokratischen Parteizeitung.

Zu (1): Es ist offenkundig, dass sich die Freie Presse auf die Seite der Verteidiger der Pressefreiheit schlägt, explizit, z.B. mit der Karikatur, und indirekt, indem sie die Rechtsstaatlichkeit des staatlichen Eingriffs gegen den „Spiegel“ in Frage stellt. Insofern folgt die Freie Presse der Linie, die Adolf Arndt sechs Jahre vorher zu ihrem 10jährigen Bestehen als „Sinn der Pressefreiheit“ skizziert hat.

Es ist ebenso offenkundig, dass ein Haupttrend ihrer Kritik sich gegen das obrigkeitsstaatliche Denken richtet, das sie im Handeln der konservativ geführten Regierung als die Demokratie gefährdendes Motiv attackiert und auch in der Aussage des Generalbundesanwalts erkennt, die als grundgesetzwidrig disqualifiziert wird. Dabei ist der Blick auf staatliche Institutionen und ihre Vertreter gerichtet, denen man einen Mangel an demokratischem Verständnis vorwirft. Insofern ist die Demokratisierung der Bundesrepublik der Freien Presse offensichtlich eine Herzensangelegenheit, und insofern liegt die Tageszeitung eindeutig auf der Linie Karl Dietrich Brachers, der die „Gefahr“ für die Bundesrepublik im „Fortbestehen einer obrigkeitsstaatlichen Staatsideologie“ sah, „die den Bürger zum Untertanen degradiert und der Ordnungs- und Militärverteidigung die Prinzipien der Demokratie unterwirft.“

Es ist offenkundig, dass die Freie Presse für ihre Leser/innen ein medialer Motor der Demokratisierung sein will, und dazu gehört auch die Personalisierung des vermeintlichen oder tatsächlichen Gegners eines solchen Prozesses. Früh wird gegen Strauß die Forderung erhoben, er solle aus seinem Amt ausscheiden, Adenauer wird konservativ-autoritäres Denken attestiert und deshalb vorgeworfen, er sei ein Hindernis auf dem Wege der Demokratisierung, ebenso der Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion, die bereit ist, Adenauer und Strauß zu unterstützen. Die Argumentation auf der institutionellen und personellen Ebene ist eindeutig.

Es ist offenkundig, dass der sozialdemokratischen Tageszeitung die Krise gelegen kommt, um der Macht des Bundeskanzlers, der CDU/CSU-Minister und der Regierungspartei politischen Schaden zuzufügen, den politischen Gegner zu schwächen, soweit die Situation es zulässt, und auf diese Weise der Oppositionspartei, der SPD, zur Seite zu springen.

Zu (2): Das Komplizierte liegt in einer scheinbaren Paradoxie: Die Freie Presse hat Teil an der Angst von Linken und Liberalen, an dem „an Panik grenzende(n) Gefühl der Abgrundnähe, mit dem die Zeitgenossen (...) die Zukunft der Bonner Demokratie betrachteten.“⁵¹ Noch eher aber verbindet sie als sozialdemokratische Tageszeitung mit den Vorgängen eine politische Hoffnung. Die Angst vorm Abgrund treibt offensichtlich den stellvertretenden Chefredakteur Ingensand um, wenn er befürchtet, die Antidemokraten von einst könnten nur so lange sich als Demokraten erweisen, wie sie von der Demokratie profitieren, umgekehrt also, sie könnten sich von der Demokratie als System verabschieden, sobald es keinen Profit mehr für sie abwirft. Ausdrücklich bezieht er sich dabei auf die damalige CDU/CSU-Fraktion und deren Verhalten während der Bundestagsdebatten. Gleichzeitig aber ist er es, der in seinem letzten Kommentar zur Krise einen Weg vorschlägt, der ohne die von ihm heftig kritisierte CDU/CSU-Fraktion nicht möglich ist, eine große Koalition. Das scheint widersinnig zu sein. Aber die Krise der Union eröffnete der SPD und ihren Medien auch und vor allem eine machtpolitische Option. Während der sozialdemokratische Journalist Ingensand die Union heftig attackierte und zugleich in der großen Koalition die beste Lösung der Krise sah, „agierte (die SPD) zurückhaltend und drang in ihren Erklärungen lediglich auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze. (...) In der Parteiführung reiften offenbar Hoffnungen, die geschwächte Union zur Bildung einer Großen Koalition zu bewegen.“ In diesen Zusammenhang gehört auch, wie der Historiker Axel Schildt bemerkte, dass die SPD sich „nicht an die Spitze der öffentlichen Proteste setzte“⁵². Diese öffentlichen Proteste spielen auch in der Freien Presse, jedenfalls in den Kommentaren, keine Rolle, obwohl sie Ingensand dafür ein Beleg hätten sein können, dass die „Leidensgeschichte des zivilen Geistes“ in der Bundesrepublik vielleicht ein Ende nimmt. Al-

⁵¹ Daniel, Ute: Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert, Hamburg 2018, S.245, zitiert nach: Biess : Republik der Angst, S.230.

⁵² Schildt, Axel: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, hrsg. v. Kandzora, Gabriele u. Siegfried, Detlef, Göttingen 2020, S.681.

lenfalls ist Lohmars Abgrenzung z. B. gegen Deutungen, Adenauer strebe eine „Gestapoherrschaft“ an, als Absage an Befürchtungen zu verstehen, die der öffentliche Protest formuliert hat. Der heutige Historiker Ulrich Herbert urteilt:

„Bedeutsamer als die bald ausgestandene Koalitionskrise aber war die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Spiegel-Affäre. Nicht der angebliche Landesverrat, sondern der Angriff auf die Pressefreiheit stand hier im Mittelpunkt. In vielen Universitätsstädten fanden Demonstrationen und Kundgebungen von Professoren und Studenten statt, überall gab es Podiumsdiskussionen über Staat und Pressefreiheit sowie, erstaunlich genug, Solidarisierungen fast aller Redaktionen mit dem „Spiegel“.“⁵³

Ulrich Herbert sieht das zivilgesellschaftliche Engagement für die Demokratisierung der Bundesrepublik als wichtiger denn das an, was in Parlament und Regierung vor sich gegangen ist. Dieser Blick ist der Freien Presse nicht möglich gewesen, weil sie als sozialdemokratische Zeitung vor allem auf die Chancen fixiert war, die sich in der Krise der SPD boten, obwohl sie, wie Ingensand, ‚zivilen Geist‘ in der Bevölkerung einklagt. Letztlich entscheidend war für die Freie Presse, wie für die SPD, die machtpolitische Option, die sich ergeben hat.

Vergleich:

Die Unterschiede zwischen Westfälischen Nachrichten und Freier Presse könnten nicht größer sein, und zugleich gibt es zwischen den beiden Tageszeitungen eine Gemeinsamkeit: Die Westfälischen Nachrichten rücken den möglichen Landesverrat in den Vordergrund, die Freie Presse die mögliche Verletzung der Rechtsstaatlichkeit. Die Westfälischen Nachrichten sehen die Verantwortlichkeit des „Spiegel“ als entscheidend für den Eingriff des Staates an, die Freie Presse sieht darin einen Angriff auf die Pressefreiheit. Die Westfälischen Nachrichten verteidigen die Maßnahme der konservativ geführten Bundesregierung, die Freie Presse attackiert sie heftig. Die Westfälischen Nachrichten vertreten ein obrigkeitsstaatliches Staatsverständnis, die Freie Presse wirft CDU/CSU ein ‚ademokratisches‘ Verständnis von Politik vor und sieht sich als Verfechter der ‚rechtsstaatlichen Demokratie‘⁵⁴. Die Westfälischen Nachrichten sehen ihre Vorstellung von Demokratie in Gefahr, weil es viele Menschen gibt, die gegen das staatliche Eingreifen gegen den „Spiegel“ öffentlich demonstrieren, die Freie Presse sieht eine Gefährdung der Demokratie in den möglichen Verstößen der Rechtsstaatlichkeit. Die Westfälischen Nachrichten haben Sorge um die Fortexistenz eines CDU/CSU-dominierten Staates, die Freie Presse will dessen Fortexistenz in der damals aktuellen Konstellation verhindern.

⁵³ Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S.758.

⁵⁴ Zitat aus: Lohmar, Ulrich: Obrigkeit und Freiheit, in: Freie Presse, 9.11 1962.

Die Westfälischen Nachrichten leisten ihren Beitrag zur Demokratisierung, indem sie vergeblich versuchen, sie publizistisch zu verhindern, und damit in die Minderheitenposition geraten, die Freie Presse begreift sich als Verteidigerin der Demokratie und Vertreterin ihrer Erweiterung und befindet sich damit im medialen Mainstream. Die Westfälischen Nachrichten sind regierungstreu und die Freie Presse ist regierungskritisch, und damit klärt sich auch, was das Gemeinsame ist: Es geht um politische Macht. Die Westfälischen Nachrichten wollen die konservative Vorherrschaft in der Bundesrepublik bewahren, und die Freie Presse will der SPD Optionen eröffnen, an der Regierungsmacht teilzuhaben.

2. Aspekt der Analyse 2: Die beiden Zeitungen und die Demokratiediskussion

„Seit dem Ende der 1950er Jahre bewirkte der Prozess der inneren Demokratisierung der Bundesrepublik eine intensive Debatte über deren künftige Entwicklung und führte so zu neuen demokratischen Ängsten. Diese manifestierten sich in einer konservativen und einer linksliberalen Version: Konservative sorgten sich, dass die beschleunigte innere Demokratisierung die Autorität des Staates untergraben werde; linke und liberale Ängste konzentrierten sich auf die Bedrohungen der Demokratie, die aus einem erstarkten Staat erwachsen könnten“⁵⁵.

Was der Historiker Frank Biess 2019 formuliert hat, ist inzwischen Allgemeingut unter Geschichtswissenschaftlern, die sich analysierend mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland befassen: Es gab seit dem Ende der 50er Jahre einen verstärkten „Prozess der inneren Demokratisierung“. Neu bei ihm ist der Untersuchungsansatz der Angst, den er durchgängig auf diese Geschichte anwendet und damit auch auf diesen Prozess.

Die Westfälischen Nachrichten waren ihrem Selbstverständnis nach eine christlich-konservative Zeitung, die Freie Presse definierte sich nachdrücklich als sozialdemokratisch. Wie äußert sich dieses Selbstverständnis in der Debatte über die weitere Entwicklung der bundesrepublikanischen Demokratie?

Welchen Anteil haben die Westfälischen Nachrichten an der konservativen Angst, dass die „beschleunigte innere Demokratisierung die Autorität des Staates untergraben werde“? Sind sie tatsächlich von dieser Angst geprägt und wenn ja, warum? Oder nutzen sie eine Rhetorik der Angst zum Erhalt von Privilegien und Meinungsführerschaft bestimmter Gruppen, zu denen sie gehören bzw. denen sie nahestehen? Und wie schüren sie ggf. diese Angst in ihrer Leserschaft?

⁵⁵ Biess: Republik der Angst, S.196.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Position der Westfälischen Nachrichten und dem bundesrepublikanischen Demokratisierungsprozess? Bringen sie lediglich die konservativen Ansichten in die öffentliche Debatte ein und sorgen dadurch selbst – unfreiwillig – für die in der Demokratie nötige Pluralität politischer Meinungen? Oder verändert sich im Zuge der inneren Demokratisierung auch der Blick auf die Bundesrepublik?

Welchen Anteil hat die Freie Presse an der linken und linksliberalen Angst, die Demokratie könne durch einen erstarkenden und schließlich erstarkten Staat bedroht werden? Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Position der Freie Presse und dem bundesrepublikanischen Demokratisierungsprozess? Wie äußert sich dabei ihre Selbstdefinition als sozialdemokratische Zeitung?

Die Westfälischen Nachrichten und die Demokratiediskussion

Die Position der Zeitung äußert sich in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung. Sie als weltanschauliche Grundlage zu formulieren und in Ausführlichkeit zu entwickeln, behält sich der Chefredakteur Dr. Antonius Eickhoff vor. Auf Artikel ausschließlich von ihm bezieht sich deshalb die Analyse.

Die Westfälischen Nachrichten führen am 22. Oktober 1960 eine neue Beilage ein. Sie trägt den Titel „Am Wege der Zeit“ und beabsichtigt, „über jeden falschen Provinzialismus hinweg an der Brücke und dem weitgespannten Bogen zwischen Heimat und Welt mit zu bauen (!)“. Der Chefredakteur selbst macht deutlich, was sich hinter dem Bild vom „weitgespannten Bogen zwischen Heimat und Welt“ verbirgt, und er wählt letztlich ein Thema, das um diese Zeit in der veröffentlichten Meinung en vogue ist: die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik.

Unter dem Titel „Genießen wir nur FREIHEIT AUF ABRUF? Eine Auseinandersetzung über die innere und äußere Stellung unserer Bundesrepublik“⁵⁶ bezieht er sich auf zwei Veröffentlichungen von konservativen Publizisten, die in der letzten Zeit erschienen sind und „die nicht nur bei unseren Politikern, sondern auch allgemein Beachtung finden sollten“: Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers und Winfried Martini, Freiheit auf Abruf. Er berücksichtigt die beiden „Untersuchungen“ in seinen Ausführungen sehr unterschiedlich; dieses Ungleichgewicht begründet er damit, dass Altmanns Beobachtungen „mehr von äußeren Tatsachen bestimmt (sind), (...) ohne daß den Dingen auf den Grund gegangen wird“, während „Martinis Darlegungen und Argumente (...) selbst da noch Beachtung (erzwingen), wo sie allzu absolut gesetzt werden, weil sie auf das Wesen der Dinge abzielen.“

Der ganzseitige Aufsatz ist in zwei Kapitel unterteilt. Das erste trägt den Titel „Das Erbe Adenauers“, und ihm vorweg steht ein Zitat von Altmann: „Das Erbe Adenauers wird die

⁵⁶ Eickhoff, Dr. Antonius: Genießen wir nur FREIHEIT AUF ABRUF? Eine Auseinandersetzung über die innere und äußere Stellung unserer Bundesrepublik, in: Westfälische Nachrichten, 22.10. 1960.

schwerste Belastung der Bundesrepublik seit ihrer Gründung bringen“, mit dem der Grundtenor des Kapitelinhalts angegeben ist. Das zweite hat Eickhoff „Freiheit vor Wiedervereinigung“ überschrieben und ihm ein Zitat von Martini vorangesetzt: „Der Abgrund, auf den wir zusteuern, ist wahrscheinlich weniger der eines dritten Weltkriegs, sondern der einer kampflosen Kapitulation oder auch der eines bundesrepublikanischen Koreas.“

Es geht im Folgenden nicht darum, wiederzugeben, was Eickhoff kenntnisreich und zutreffend an zentralen Gedanken aus den beiden Werken referiert. Wichtig ist seine grundsätzliche Einstellung ihnen gegenüber. Er stellt sie in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen, weil sie seiner Ansicht nach öffentliche Aufmerksamkeit verdienen. „Man wird diese Bestandsaufnahme im Detail anzweifeln können“, räumt er ein und erklärt damit zugleich ihre prinzipielle Ausrichtung für notwendig, weil richtig. Deshalb folgt logisch das Aber: „Aber u.E. wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Allgemeinheit, vor allem wenn sich unsere Politiker dieser Kritik stellen würden.“ Diese Kritik bezieht sich vor allem auf folgende Aspekte:

- den „Souveränitätsdefekt“ der Bundesrepublik: Martini, der diesen Ausdruck geprägt hat, geht davon aus, dass der Weimarer Staat, verglichen mit der Bundesrepublik, „ein höchst kraftvolles Gebilde“ gewesen sei, weil er anders als diese den Notstand, die eigentliche staatliche Bewährungsprobe, in der Verfassung verankert hatte.
- die Tatsache, dass die Gesellschaft, anders als es Axiom der Staatslehre des 19. Jahrhunderts war, über Interessenverbände in die Sphäre des Staates vorgedrungen ist. „Das eben“, heißt es bei Eickhoff, „ist jener Pluralismus, der heute zu einem Alarmruf von der staatlichen Bedrohung geworden ist. Die Mängel dieses Pluralismus sind lediglich durch die „Identifikation von Bundesrepublik und Kanzlerdemokratie“, also durch die starke Präsenz Adenauers, überdeckt worden.
- die Frage: Was oder wer kommt nach Adenauer? Martini sieht im Umkreis des Kanzlers keine Persönlichkeit, die zur Nachfolge geeignet wäre.
- den Zustand der beiden großen Parteien, der im Falle der CDU von einer ungenügenden geistigen Profilierung und im Falle der SPD von einem mangelhaften Verständnis als Opposition geprägt ist.

Besonders aufschlussreich im Hinblick auf Eickhoffs eigene Weltanschauung wird es dort, wo er sich kritisch mit Überlegungen der beiden Autoren auseinandersetzt. Das ist zum einen der Fall, wo er sich auf eine Feststellung Martinis für die Bundesrepublik bezieht, sie sei geprägt durch einen „Mangel an transpersonalen Ideen“, zum anderen dort, wo er das Prinzip „Freiheit vor Wiedervereinigung“ problematisiert. Ausgangspunkt seiner ersten Kritik sind Überlegungen von Altmann zum Zustand der CDU nach einem möglichen Abgang Adenauers:

„Wenn einmal die 'bloße Praxis' Adenauers, 'über die keiner seiner möglichen Nachfolger verfügt', nicht mehr geübt werden kann, dann wird man den Standort der CDU präziser formulieren müssen. 'Man wird sich etwas mehr als bloßen Antisozialismus einfallen lassen müssen', und die christlichen Demokraten dürfen nicht darauf vertrauen, 'daß den

Sozialdemokraten weniger einfällt als ihnen'. Aber das sind sehr vereinfachte Feststellungen Altmanns, mit denen es u. E. nicht getan ist. In dieser Zeitung ist in sehr vielen Aufsätzen die Forderung vertreten worden, das 'C' in CDU auch programmatisch und in der politischen Praxis präsent zu machen. Eine solche geistige Profilierung wäre tiefer anzulegen, als nur Widerpart einer anderen Partei zu sein. Man muß daher eher Martini zustimmen, der den Mangel an Staatsbewußtsein auf den 'Mangel an transpersonalen Ideen' zurückführt.“

Eickhoff bezieht sich mit dem Zitat aus Martinis Werk „Mangel an transpersonalen Ideen“ auf eine für ihn zentrale Aussage. Er bezieht sich auf eine Passage, in der Martini kritisiert, dass der „privatisierte“ Staat durch den

„Mangel an transpersonalen Ideen gekennzeichnet ist, Ideen also, die über die Interessen des eigenen Ich, der eigenen Familie und vielleicht noch des eigenen Betriebes hinausweisen und lebendig genug sind, eine entsprechende Opferbereitschaft zu erzeugen. Ebenso fehlt es an 'Mythen' (...), die im prä- und subrationalen Bereich des Volkes wurzeln, die allein geschichtsbildende Kraft haben, die allein die Dinge bewegen, von denen allein etwas ausgeht (...). Solche Mythen und transpersonalen Ideen haben jeder Gesellschaft erst Konsistenz und Dauer gegeben, den Willen zur Selbstbehauptung auch: die in einem besonders intensiven Sinne transpersonale Idee der Religion, die Mythen der Monarchie, der Demokratie, des Staates (Preußen), des Nationalismus, des Sozialismus, des Kommunismus. Viele leben noch in vielen von uns: doch welche verbindet noch alle, welche bestimmt das gesamte Leben der Gesellschaft und das politische Handeln?“⁵⁷.

Das, was Martini hier nur als „Hinweis in Nebensätzen“ formuliert, ist für Eickhoff essentiell und gehört deshalb „tiefer ausgelotet“,

„will man den Pragmatismus und Opportunismus, von dem unsere Politik zur Zeit so weitgehend bestimmt ist, überwinden. Man muß dann schon das ganze Wertsystem (!), in dem wir leben, kritisch unter die Lupe nehmen. So wäre auch eine Untersuchung über die heutigen Rumpfideologien des westlichen Liberalismus und Sozialismus angebracht gewesen. Denn diese sind gar nicht mehr in der Lage, den Menschen in seiner Ganzheit, sagen wir ruhig total anzurufen, weil sie sich als innerweltliche Heilslehren vollends als Häresien entlarvt haben. Diese Rumpfideologien können nur noch partielle Bindungen auslösen. Aber diese Tatsachen prägen doch heute weitgehend die geistige Landschaft unserer Demokratien, der industriellen Massengesellschaft des Westens überhaupt.“⁵⁸

⁵⁷ Martini, Winfried: Freiheit auf Abruf. Die Lebenserwartung der Bundesrepublik, Köln/Berlin 1960, 2. Auflage, S.364.

⁵⁸ Die Ängste vor den Folgen der „Vermassung“, also der fortschreitenden Industrialisierung, der Moderne sind in dieser Zeit in Teilen aller Länder der westlichen Welt noch sehr ausgeprägt. Sehr instruktiv dazu und zur Vorgeschichte dieser Sorgen Herbert: Die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S.690ff.

Unsere Schwäche liegt zum wesentlichen darin, daß man mit diesen brüchigen Ideologien dem Bolschewismus als einem geschlossenen ideologischen System nicht mehr entgegen-treten kann. Keine noch so erfolgreiche Wirtschaftspolitik, kein noch so ausgeklügeltes Sozialsystem kann die geistige und existenzielle Unsicherheit von heute mehr auffangen. Und je mehr gerade im Westen materielle Gebirge des Wohlstandes aufgerichtet werden, um so erbarmungsloser tritt die Versteppung unserer geistigen Landschaft in Erscheinung. Man kann heute schon von einer Verkarstung sprechen.

Aber damit kommen wir zu den tieferen Bezügen, in denen das heutige Weltbild gesehen werden muß. Es zeigt sich – um es nur anzudeuten – in diesem Weltbild des Westens die Aufsplitterung des gesamten Wertsystems. In unserer pluralistischen Gesellschaft fehlt es nicht an einer Fülle von Ideen, wohl aber an einer alle Teilbereiche integrierenden Idee, deren gemeinsamer Sinngehalt eine Einheitlichkeit des Verhaltens erzwingt.

Weil wir in unserem Staat, im ganzen freien Westen, in einer widersprüchigen (!) Wert-welt (!) leben, ist unser innerer Zustand bestimmt von einer ganzen Skala von Moralismen, die von einer Splittermoral über eine laisierte Binnenmoral bis zu einer kasuistischen Routinemoral der Politik reicht. Der Sinn für absolute Bindungen ist so entscheidend geschwächt, daß er bei der Mehrheit der Menschen überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Das macht die eigentliche Schwäche unserer Demokratien aus. Deshalb sind wir politisch so ohnmächtig gegenüber der Geschlossenheit des, wenn auch falschen, östliche Wert-systems. So ist die Frage an Martini, was für ihn denn 'transpersonale Ideen' sind.“

Der Konservative Martini hat den Konservativen Eickhoff tatsächlich im Stich gelassen, denn nachdem er behauptet hatte, dass von „Mythen“ und „transpersonalen Ideen“ viele „noch in vielen von uns“ leben, und die Frage formuliert hatte, „welche bestimmt das gesamte Leben der Gesellschaft und das politische Handeln?“, stellt Martini im folgenden Satz lapidar fest: „Für alles das hat der 'privatisierte' Staat keinen Platz mehr.“ Es ist lediglich eine Klage, die Martini anstimmt, und kein Versuch, einen präzisen Ausweg aus der vermeintlichen Misere aufzuzeigen. Das merkt Eickhoff an, und indirekt gibt er eine Antwort, dass nämlich eine „absolute(n) Bindung(en)“ des Einzelnen an das Gemeinwesen über eine durchgängige christliche Fundierung der Gesellschaft funktionieren könnte.

Die Westfälischen Nachrichten und ihr Urteil über die moderne Demokratie

Eickhoff ist wie Martini unfähig, den Pluralismus als Stärke moderner Demokratien anzusehen. Er sieht in ihm im Gegenteil eine Schwäche, weil er eine „widersprüchige(n) Wertwelt“, eine Vielzahl von „Moralismen“ produziert statt „einer alle Teilbereiche integrierenden Idee, deren gemeinsamer Sinngehalt eine Einheitlichkeit des Verhaltens erzwingt.“ Der autoritäre Duktus ist unverkennbar, und Eickhoff weiß anscheinend selbst, in welcher verfänglichen historischen Nähe er sich bewegt, wenn er den „westlichen Liberalismus und Sozialismus“ als obsoletere „Rumpfideologien“ denunziert, die „gar nicht mehr in der Lage (sind), den Menschen

in seiner Gesamtheit, sagen wir ruhig total anzurufen“; „sagen wir ruhig total“ - er verwendet das Wort, obwohl er weiß, dass es nationalsozialistisch kontaminiert ist. Was Eickhoff kritisiert, klingt 1960 nicht viel anders als das, was er 20 Jahre vorher, am 1. Juli 1940, in der Westfälischen Tageszeitung, dem „Organ des Gaues Westfalen - Nord“, als Hauptschriftleiter publiziert hat:

„Sie [die „Wesenseigenschaften“ des „neuen Deutschland“, d. Verf.] stehen diametral im Gegensatz zu dem Vermögen jener demokratischen Welt, die nicht nur in der Kriegführung im materialistischen Denken, sondern auch in ihrer politischen Vorstellung in Zahlen und Größen verhaftet ist, daß sie nur glaubt, mit diesen äußeren Kräften politische Geschichte schreiben und Schlachten bestehen zu können. Es fehlt ihr jeder Begriff für das, was echte Führung ausmacht. Sie hat keine geistige Ausrichtung, sondern nur eine Vielfalt von Meinungen. Ihr politischer Wille beruht auf alten Vorstellungen. Eine prinzipielle Denkungsweise tritt nur dann in Erscheinung, wenn materielle Zwecke moralisch verbrämt werden sollen. Kurz, sie entbehrt jeder größeren Konzeption, die auf Entwicklung, auf die Zukunft ausgerichtet ist, da sie keine geschlossene Weltanschauung ihr eigen (!) nennt, der sie geistige Grundlagen entnehmen könnte. Diese Welt ist in der Tat morsch, da sie keine Lebensbasis mehr hat. (...)“⁵⁹

Seine Diagnose der Demokratie, seine Kritik an ihr, ist dieselbe geblieben, und es hat ihm keinen Erkenntniszuwachs gebracht, dass die „Welt“, die er damals als „morsch“ bezeichnet hat, in der Lage gewesen ist, die „prinzipielle Denkungsweise“ NS-Deutschlands zu besiegen. Damals wähnte er sich auf der Seite der vermeintlichen Sieger, 1960 attestiert er als nun Chefredakteur einer konservativen, katholischen Zeitung der Demokratie dieselbe strukturelle Schwäche wie vor 20 Jahren, dieses Mal als Grund für ihre politische Ohnmacht „gegenüber der Geschlossenheit des, wenn auch falschen, östlichen Wertsystems“. In der Fixierung auf den ideologischen Kampf im 'Kalten Krieg' konstatiert er für den Westen eine „geistige und existenzielle Unsicherheit“, eine „Versteppung“, ja „Verkarstung“ „unserer geistigen Landschaft“, die kein Wohlstand und kein Sozialsystem auffangen kann, im Gegenteil, beides trägt dazu bei, den „Sinn für absolute Bindungen“ zu schwächen.

Rettung, wenn denn Rettung überhaupt noch möglich ist, könnte eine grundsätzliche christliche „geistige Profilierung“ der CDU und über sie die Implementation der Religion als „transpersonale(n) Idee“ bringen. Aber das ist nur angedeutet, im Vordergrund steht wie bei Martini die Klage über den Zustand der „inneren Situation“ der Bundesrepublik, über die Entwicklung zu einer „pluralistischen Gesellschaft“, die Eickhoff nun, wie Martini, als möglicherweise existenzielle Schwächung im Kampf mit dem „Bolschewismus“ einstuft.

⁵⁹ Die Zeit der Entscheidung von Hauptschriftleiter Dr. A. Fr. Eickhoff, in: Westfälische Tageszeitung vom 1. 7. Zur 1940, <https://zeitpunkt.nrw/ulbms/periodical/zoom/6771821> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

Eickhoffs zweiter kritischer Einwand gegen Martini bezieht sich auf dessen Umgang mit der 'deutschen Frage', der entscheidend mit der Existenz des 'Kalten Krieges' zwischen West und Ost zu tun hat. Martini zeige lediglich die „ganze Ausweglosigkeit unserer Situation“. Er gehe davon aus, „Freiheit sei wesentlicher als Wiedervereinigung“.

„Hier nun erhebt sich unser entscheidender Einwand: Gibt es nicht auch hinsichtlich der Wiedervereinigung, hinsichtlich der Frage nach dem Schicksal von 17 Millionen Landsleuten, eine moralisch nicht aufgebare Verpflichtung? Wer immer – wie auch Martini es tut – die Freiheit in einem Wertsystem sieht und nicht Freiheit als einen für sich zu reklamierenden Begriff, kommt an dieser moralischen Verpflichtung nicht vorbei. Es nützt Martini nicht, daß er entschieden den Vorwurf von sich weist, (...) „er sei ein Feind der deutschen Einheit“. Den Vorwurf wird man sicherlich nicht erheben können. Aber seine Rechtfertigung, er wolle nur auf die vorliegenden Tatbestände, für die er nicht verantwortlich sei, aufmerksam machen, reicht nicht aus, um nur an uns selbst, an unsere Sicherheit und Freiheit zu denken. Er erklärt, er sei nicht bereit, darüber zu diskutieren, auch wir müßten unsere Freiheit nur deswegen verlieren, weil die Deutschen der SBZ sie bereits verloren haben. Gut, wenn er aber im Vorsatz behauptet, „ich wäre durchaus bereit, die Anregung zu diskutieren, wir hätten unsere Freiheit zu riskieren, auf daß die Deutschen der SBZ die ihre zurückgewannen“, dann liegt in diesen Sätzen ein circulus vitiosus. Man dreht sich im Kreis herum. Und das ist die Politik von heute.“

Im Grunde kritisiert Eickhoff an Martini, dass er widersprüchlich, sich selbst widersprechend argumentiert und deshalb seine Gedanken in der Aporie enden. Er beschließt seine Anmerkungen zu Martini mit den Sätzen: „Die Freiheit nur für uns zu sichern, ist das ein Ausweg, den man als den allein richtigen ansehen darf? Das bleibt die Frage.“ Die Frage scheint rhetorischer Natur. Offensichtlich vertritt Eickhoff das Ziel einer Wiedervereinigung in Freiheit, ohne darzulegen, worin er machbare politische Schritte in Richtung auf eine Realisierung des Ziels sieht. Deshalb vermittelt Eickhoffs Position den Eindruck einer moralisch begründeten offensiven antikommunistischen Kampfansage ohne praktische Wirkung, und ob der WN-Chefredakteur über die raunende Frage hinaus Gestaltendes hätte anbieten können, ist offen.

Es ist der Antikommunismus, der Eickhoff ebenso wie Martini motiviert, und es ist exakt dieser Antikommunismus, der bei beiden dazu führt, trotz aller Kritik an der Bundesrepublik oder westlicher Demokratie überhaupt, „wie wenig sie auch konservativen Neigungen entsprechen mochte“, sie „um jeden Preis“ zu halten.⁶⁰ Eickhoff sucht dabei eine zeitgemäße „transpersonale Idee“, „deren gemeinsamer Sinngehalt eine Einheitlichkeit des Verhaltens [der Staatsbürger, d. Verf.] erzwingt“. Die frühere Idee der „Volksgemeinschaft“, der er angehangen hat,

⁶⁰ Payk, Marcus M. (2006): Antikommunistische Mobilisierung und konservative Revolte. William S. Schlamm, Winfried Martini und der „Kalte Bürgerkrieg“ in der westdeutschen Publizistik der späten 1950er Jahre, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zsf.dok.1.492>. (letzter Zugriff. 29.11.2021)

will er durch christliche Wahrheiten ersetzt sehen. Möglich aber ist auch, dass er in seinen früheren Zeiten zwischen Nationalsozialismus und seinen christlichen Wahrheiten einen Zusammenhang gesehen hat, den der Münsteraner Professor für katholische Theologie Michael Schmaus im Juli 1933 in einem öffentlichen Vortrag auf den Punkt gebracht hat:

"In dem entschiedenen Nein zum Liberalismus, der den Menschen Schöpferkraft zuschrieb, die nur dem wirklichen Schöpfer zukommt, ist Katholizismus und Nationalsozialismus durchaus gleichgerichtet. [...] Von dieser Schau her wächst ihm [d. i. der Katholik, R. P.] die Auffassung von der hierarchischen Ordnung der Dinge und Menschen. Nichts ist unkatholischer als eine extrem demokratische Wertung des Seins."⁶¹

In der Pfingstausgabe der Westfälischen Nachrichten von 1958, die unter dem Motto steht „Das Pfingstwunder bleibt“, legt Antonius Eickhoff zwei Jahre vor seiner Auseinandersetzung vor allem mit Martini ausführlich dar, was er unter christlichen Wahrheiten versteht. Sein Kommentar trägt den Titel: „Geist der Wahrheit.“⁶²

Seine Ausführungen zeichnen ein düsteres Bild von der Gegenwart. Es geht ihm dabei nicht um politische Entwicklungen, schließlich haben seine Parteien, CDU und CSU, im Herbst 1957 die absolute Mehrheit gewonnen, sondern um den Bedeutungsverlust des „Geistes“ in der damaligen Gesellschaft, um eine Entwicklung, in deren Verlauf „der Geist zu einer Funktion des Zweckes“ geworden.

Er beginnt mit der klagenden Behauptung: „Geist ist heute nicht sehr gefragt.“ Er unterscheidet in seiner mitunter raunenden Analyse die „viele(n) Zeitgenossen, die durchaus damit zufrieden sind, daß andere ihren Geist für sie bemühen, von denen, „die gegen jedes bessere eigene Wissen, gegen den Kulturanpruch, den sie noch zu vertreten meinen, seit Jahrzehnten, eine zunehmende Masse zur Geistlosigkeit und damit zur Urteilslosigkeit hinführen.“ Es scheint zunächst schwer fassbar zu sein, wen er mit dieser bewusst manipulativ handelnden „Schicht“ meint. Sie, diese Schicht, sei „schwer angreifbar“, weil sie sich mit dem „Panzer des Erfolges“ umgebe. „Das Publikum will es so. Das ist eine immer wieder zu hörende Ausflucht. Der Weg des geringsten Widerstands ist der einfachste Weg zum großen Geld.“

Klar ist, dass die Mitglieder dieser „Schicht“ in ihrem Handeln gegen den Kulturbegriff verstoßen, den Eickhoff als verbindlich ansieht. Offensichtlich spricht er von Multiplikatoren in den unterschiedlichen Kultur-, Bildungs- und Medienbereichen, die sich, so seine Kritik, nicht mehr dem „Geist der Wahrheit“ verpflichtet fühlen, sondern sich aus Gründen des schnellen

⁶¹ zitiert nach: Pöppinghege, Reiner: "Ein herrliches Sommersemester 1933!". Die Gleichschaltung der Studentenschaft in Münster, in: Westfälische Zeitschrift 145, 1995, S.195 – 217, S.213.

⁶² Eickhoff, Dr. Antonius: Geist der Wahrheit, in: Westfälische Nachrichten, Pfingsten 1958.

materiellen Gewinns opportunistisch an das Publikumsinteresse oder Massenbedürfnisse anpassen oder schlicht eine andere politische Meinung oder ein anderes Kulturverständnis vertreten als er.

Als Zeitungsmann dürfte er dabei damals aktuell an die „Bild-Zeitung“ gedacht haben, die als neuer Typus von Boulevardblatt die Presselandschaft nach ihrer Gründung 1952 revolutioniert hat und 1956 bereits eine Auflage von drei Millionen Exemplaren hatte; oder an die Illustrierten, deren Erfolg nicht zuletzt auf Sensationsberichterstattung beruhte und die 1958 wöchentlich von der Hälfte der erwachsenen Bevölkerung gelesen wurden; oder auch an den „Spiegel“, der seine Auflage in den 50 er Jahren um mehr als das Dreifache steigerte (um 400 000) und als „wichtige Agentur einer ‚Amerikanisierung‘ der deutschen Sprache“ galt.⁶³

Klar ist auch, dass dieser Prozess einer kulturellen Verflachung oder geistigen Entmündigung, die er für die Bundesrepublik und letztlich für die westliche Welt der Demokratien beklagt, schon vor Jahrzehnten eingesetzt hat und in der aktuellen Situation seinen bisherigen Höhepunkt gefunden hat. Das heißt, dass er zumindest in Deutschland unabhängig von den politischen Systemen Republik und Diktatur als gesellschaftliche Tendenz wirksam gewesen ist. Eickhoff bezeichnet diesen Prozess als „schreckenerregend(en)“, und er setzt ihn als Vorgang der geistigen Selbstentmündigung in der westlichen Welt in eine Beziehung zum „Bolschewismus“ des Ostens:

„Sooft wir den Bolschewismus als die politische Form eines geisttötenden Kollektivismus anklagen, sollten wir uns fragen, wie weit wir schon selbst auf dem Weg dieser Kollektivierung und Normierung, wie weit wir schon selbst geistig entmündigt worden sind.“

Auf der Ebene der Phänomenologie sieht er offensichtlich keinen Unterschied mehr zwischen Ost und West. Er sieht einen wesentlichen Grund dafür, diese Parallele ziehen und der „Schicht“ vorwerfen zu können, sie bewirke, was der „Bolschewismus“ in seinen Staaten angerichtet hat, im „Materialismus unserer Tage (...), der heute viele als Hang zum Wohlleben befallen hat“. Aber weil er diesen „Hang“ als anthropologische Konstante ansieht, es ihn „zu allen Zeiten gegeben (hat)“, bedarf die jetzige zugespitzte Situation einer zusätzlichen und entscheidenden Erklärung:

„Doch der ständige Verrat, den die Wissenden, eine geistig verantwortliche Schicht, verüben und nach unten mit progressiver Wucht weitertragen, dieser Verrat ist in der heutigen Ausprägung einmalig.“

Dieser ‚einmalige Verrat‘ hat seine tieferen Wurzeln in der „Säkularisierung aller Wertbegriffe, die seit anderthalb Jahrhunderten über die Welt geht.“

⁶³ Zu den Angaben zu den genannten Presseorganen: Schildt/Siegfried: Kulturgeschichte, S.111f., Zitat: S.112.

Der Hallenser Theologe Jörg Dierken begreift in einer aktuellen Veröffentlichung Säkularisierung als ein „Schlüsselkonzept(en)“ zur Beschreibung des Verhältnisses zwischen Religion und Gesellschaft nach der Aufklärung:

„Danach hat sich die Rolle der Religion und ihrer institutionellen Repräsentanten in der Moderne dramatisch gegenüber vormodernen Zeiten geändert. Religion ist nicht mehr die nahezu allzuständige Instanz der Steuerung des Gemeinwesens. Mit der Aufklärung hat sie ihre Funktion, zentrale Quelle des Normativen zu sein und ein integratives Band für die Mitglieder der Gesellschaft zu bieten, eingebüßt. (...) Gegenüber der Vernunft und ihren Autonomievorstellungen sowie gegenüber innerweltlich – rationalen Formen des Handelns in Politik, Wirtschaft und Kultur ist sie in die Defensive geraten.“⁶⁴

Offensichtlich bezieht sich Eickhoff auf das, was die Aufklärung bewirkt hat, ohne sie als Epoche beim Namen zu nennen. Das Ergebnis dieser Entwicklung, die Dierken als Wandel vom Normativen der Religion zur Vorherrschaft von „Vernunft und ihren Autonomievorstellungen“ und „innerweltlich – rationalen Formen“ des öffentlichen Handelns versteht, sieht der konservative Kulturpessimist Eickhoff in der Umkehrung des ursprünglichen Verhältnisses von Geistigem und Materiellem: „Der Geist und das Geistige ist zur Magd, zur Dienerin rein materieller Zwecke geworden.“

Eickhoff ist sich bewusst, dass die „Säkularisierung“ ihn und seinesgleichen in die Minderheit und in die Defensive gedrängt hat. Der von ihm unterstellten Herabwürdigung des Geistigen zur Funktion des Materiellen hat aus seiner Sicht nur eine „relativ kleine(n) Gruppe“ widerstanden. Nur noch sie folgt dem Gedanken einer religiös geprägten Anthropologie,

„(d)añ Körper, Seele, Geist gleichzeitig und möglichst gleichwertig entwickelt werden müssen, weil der Mensch aus dieser Dreiheit besteht und nur in der Harmonie dieser Dreiheit Person sein kann (...).“

Man kann seine Analyse als tiefe Klage darüber lesen, dass die Religion nicht mehr wie vor der Aufklärung „die nahezu allzuständige Instanz der Steuerung des Gemeinwesens“ ist, sondern zunehmend an Macht über die Menschen verloren hat.

Merkwürdigerweise behauptet er von diesem Prozess der Säkularisierung, dass „Europa lange Zeit (von ihm) ausgenommen war.“ Merkwürdig ist die These, weil die Aufklärung vornehmlich ein europäisches Projekt gewesen ist, demnach die Entwicklung, die er kritisiert, auf dem europäischen Kontinent ihren Anfang genommen hat. Tatsächlich aber ist seine Behauptung

⁶⁴ Dierken, Jörg: Säkularisierung – ein Kulturmuster der Aufklärung?, <https://www.izea.uni-halle.de/forschung/a-ideen-praktiken-institutionen/1-kulturmuster-der-aufklaerung/saekularisierung-ein-kulturmuster-der-aufklaerung.html> (Zugriff: 29.11.2021).

Ausdruck eines konservativen ideologischen Konstrukts. Eickhoff steht in der Tradition eines Denkens, das um die Begriffe ‚Kultur‘ und ‚Zivilisation‘ kreist und den ersten Begriff mit Europa und geistiger Tiefe verbindet und den zweiten mit den USA und Oberflächlichkeit. Oder anders: Amerika erscheint in dieser Interpretation der damaligen Gegenwart „trotz und wegen seiner technisch-zivilisatorischen Vorsprünge als kulturell zurückgeblieben, als oberflächlich und zu wirklich geistiger Tiefe unfähig.“⁶⁵ Darin ist der ideologische Subtext zu sehen, wenn Eickhoff Europa und die USA auf folgende Art in Beziehung zueinander setzt:

„Die Kultur unseres Erdteils hatte deswegen [weil lange ausgenommen vom Prozess der „Säkularisierung“, d. Verf.] noch Rang und Ansehen in der Welt. Und daher gilt die uneingestandene Sehnsucht eines so zivilisatorisch fortgeschrittenen Kontinents, wie es die USA sind, heute noch der europäischen Kultur.“

Er unterstellt den Amerikanern zweierlei:

- (1) Sie spüren selbst, dass aller zivilisatorischer Fortschritt ihr kulturelles Defizit nicht ausgleichen kann. Daraus ergibt sich ihre „Sehnsucht“ nach der europäischen Kultur.
- (2) Sie sind unfähig oder unwillig, sich diese Sehnsucht einzugestehen, weil das Eingeständnis bedeutet, die Überlegenheit europäischer Kultur gegenüber amerikanischer Zivilisation anzuerkennen.

Der Gedanke der europäischen Überlegenheit grundiert auch Eickhoffs mit Verve formulierte These: „Europa wird in Zukunft sein oder nicht sein durch den Rang des Geistes über allen technischen Fortschritt.“ Der Eindeutigkeit dieser Aussage folgen raunende Sätze:

„Doch der Geist, in diesem umfassenden Sinn der Philosophen verstanden, sprengt die Endlichkeit und Begrenztheit des Augenblicks. Er weist über die Materie hinaus und ruft die Vernunft zu dem Blick auf das Ganze und den Verstand zur Aufgabe des Ordnen, des Standortbeziehens.“

Klar wird, der Geist, was auch immer Eickhoff zunächst darunter verstehen mag, ist die übergeordnete Instanz, die Vernunft und Verstand anleitet. Die Vernunft hat offensichtlich die Aufgabe, „das Ganze“ zu erkennen, während der Verstand in das Ganze ordnend eingreift und ihm gegenüber einen Standpunkt bezieht. Damit ist der Geist weder dem „Augenblick(s)“ noch der „Materie“ verhaftet, weil „das Ganze“ weder zeitlich noch materiell begrenzt ist. Der Geist hat offensichtlich transzendente Qualitäten.

Das wird noch deutlicher in dem Beispiel, das Eickhoff als Beleg dafür anführt, dass es eine Tendenz der Zeit ist, falsche Prioritäten zu setzen, nämlich den „Erfolg“, das Materielle, über die „das Gewissen schärfende und das Urteil bildende Kraft des Geistes zu stellen“. Er bezieht

⁶⁵ Schildt/Siegfried: Kulturgeschichte, S.146.

sich auf das Buch des Physikers und Nobelpreisträgers Arthur Holly Compton: „Die Atombombe und ich“, 1958 in der Bundesrepublik erschienen. Compton war im Rahmen des Manhattan – Projekts an der Entwicklung der ersten Atombombe beteiligt, eine Mitverantwortung, die ihn belastete und die ihn drängte, wie Eickhoff zutreffend schreibt, „seine Mitwirkung an der ersten Atombombe zu erklären und zu rechtfertigen.“ Diese Rechtfertigung aber geht für Eickhoff bereits im „Denkansatz“ in die Irre, weil sie meint, „jeder Fortschritt müsse notwendigerweise begleitet sein von einer besseren Moral des oder der Menschen.“ Oder anders ausgedrückt: Zivilisatorische Entwicklung und moralische Fortschritte bedingen einander und sind ausschließlich Werke des Menschen.

Er hält diese Ansicht für einen Leitsatz, den die geschichtliche Erfahrung widerlege, und gerade auch die aktuelle Zeit, die die Geisteswissenschaften an den Rand gedrängt und das naturwissenschaftliche Denken zu ihrem Signum erklärt hat, ist für ihn offensichtlich ein Grund dafür, dass Compton den falschen Zusammenhang zwischen „Fortschritt“ und „Moral“ herstellt. Für den Katholiken Eickhoff gibt es nur einen richtigen Weg, zu einer besseren Moral in der Gesellschaft zu finden: das „Moralische“ muss sich an den „absoluten Wahrheiten und Werten“ der Religion „orientieren“. Nur der transzendente Geist hilft, „alle subjektiven Wertungen der Nützlichkeit, des Erfolges und der Macht“ zu überwinden. Der wuchtige Schlusssatz kehrt zurück zum Pfingstfest als Anlass für Eickhoffs Analyse der Zeit:

„Wie aber sollte der Menscheng Geist in seiner Begrenztheit dieser Aufgabe gerecht werden, wenn er sich nicht demütig der Führung durch den Heiligen Geist anvertrauen würde, dem Geist der Wahrheit und des Verstandes.“

Er ist offensichtlich geprägt von der Sehnsucht nach einer Gesellschaft, in der wie vor der Aufklärung Religion die Aufgabe erfüllt, „zentrale Quelle des Normativen“ (Dierken) zu sein. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, soll Michail Gorbatschow gesagt haben. Eickhoff kommt mindestens 200 Jahre zu spät, und was immer er in seinem Pfingst-Artikel schreibt, vermittelt als Subtext die Erkenntnis, dass er genau das weiß und in der Hoffnung gegen sie anschreibt, sie könne sich noch als falsch erweisen. Wo immer er sich in den Westfälischen Nachrichten dazu äußert, klagt er über gesellschaftliche Entwicklungen, die in eine Richtung gehen, die dem widerspricht, was er sich vorstellt, und versucht, mit seinen Möglichkeiten korrigierend einzugreifen.

Die Westfälischen Nachrichten in der medialen weltanschaulichen Defensive

Der Historiker Axel Schildt hat auf dem „intellektuellen Feld der 50er Jahre“ in den bundesrepublikanischen Medien eine Strömung identifiziert, „die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für etwa ein Jahrzehnt eine tragende und integrative Rolle spielte“. Es geht dabei um

die „katholisch dominierte ‚christlich-abendländische‘“, die er als „eingebettet in eine allgemeine kulturpessimistische und antimodernistische Gestimmtheit und konservative Hegemonie unter den politischen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges“ und deshalb für die Jahre von 1945 bis etwa 1955 als dominant begreift. Mit der zweiten Hälfte der 50er Jahre aber beginne die Vorherrschaft jener – demokratischen und linksliberalen - Intellektuellen in der öffentlichen Meinung, die von der Politik fordern, „sich vorbehaltlos als Teil der modernen, westlichen, transatlantischen Gemeinschaft zu bekennen“⁶⁶

Schildts historischen Befunde, obwohl auf die Intellektuellen bezogen, ermöglichen auch Aussagen über die Westfälischen Nachrichten. In der Phase von 1945 bis in die erste Hälfte der 50er Jahre hinein gehörte die Zeitung in die dominante intellektuelle Strömung der Zeit. Danach aber gerät sie als Medium der veröffentlichten Meinung in die Minderheitenposition. Diese Dominanz journalistischer Gegner nimmt Eickhoff in der Endausgabe 1961 unter der Überschrift „Woher so viel Unzufriedenheit?“ mit Verve aufs Korn.⁶⁷ Anlass war ein Ereignis, das offenlegt, in welchem Maße die Westfälischen Nachrichten in Gestalt ihres Chefredakteurs in Adenauers Medienstrategie eingebunden waren.

„Als wir vor Jahresschluß mit dem Bundeskanzler zusammen waren, zog der Regierungschef vor kleinem Kreis gewissermaßen Jahresbilanz. (...) Seine Ansprache war in mancher Hinsicht eine Art ‚Kapuzinerpredigt‘ [scharfe Strafpredigt, d. Verf.] (...). Denn ihn bewegte sehr die Frage, wie wir uns alle in dieser Zeit verhalten, die uns vor so schwerwiegende Probleme stellt. Er verstehe nicht, so sagte er u.a., das weitverbreitete materialistische Denken in unserer Volke, die Sorglosigkeit, die es an den Tag lege, ‚wo uns doch das Wasser bis zum Hals steht‘. Er schalt auch einen Großteil der Presse. Sie verstehe die Zeichen der Zeit nicht recht zu würdigen und erschöpfe sich weitgehend in Kritik an allen Zuständen und an den Politikern im besonderen (!). So wurden uns Mahnungen und Ermahnungen mit auf den Weg gegeben, die es zum Jahresschluß doch vielleicht zu bedenken gilt.“

Eickhoff leitet eine allgemeine Verunsicherung der bundesdeutschen Bevölkerung aus einer These ab, die er als „Paradoxon“ bezeichnet: „Wohlstand kann bedrückend sein. Die Angst ist nun einmal Partner eines sich steigernden Besitzes an Gütern.“ Dieses „Paradoxon“ ist für ihn Grundlage für die rhetorische Frage: „Wer also ist wirklich zufrieden?“ Diese Überlegungen sind aber nur das gedankliche Vorspiel für seine persönliche Philippika gegen Entwicklungen in den Medien. Sie popularisiert und vertieft Adenauers Kritik „vor kleinem Kreis“.

„Diese Unzufriedenheit ob der Unsicherheit macht sich ein Teil der Führungskräfte, die man als repräsentativ für die öffentliche Meinung hält, in nie dagewesenem Ausmaße zunutze. Sie nähren die Unzufriedenheit über jedes vertretbare Maß hinaus und erhöhen

⁶⁶ Schildt: Medien-Intellektuelle, S.250 und 359.

⁶⁷ Eickhoff, Dr. Antonius: Woher so viel Unzufriedenheit?, in: Westfälische Nachrichten, Silvester 1961.

damit nur die Faktoren unserer Unsicherheit. Sagen wir es deutlich, sie machen daraus ein Geschäft. Kritik ist in einer Demokratie Leberelement der freien Meinungsäußerung; und wir selbst nehmen und nehmen dieses Recht für uns in Anspruch. Aber der Unterschied zwischen positiver und negativer Kritik schwindet in einem rasanten Tempo immer mehr dahin. Die Kritik ist weitgehend zum Selbstzweck geworden. Angeblich zur Wahrung öffentlicher Belange berufen, werden immer mehr Meinungsträger unserer Demokratie - gleich wo sie sitzen, nicht nur zu politischen Anklägern, sondern sogar zu Sitten- und Splitterrichtern – im Volksmund bereits „Schnüffelpresse“ genannt“ [Sittenrichter: männliche Person, die sich [in überheblicher Weise] ein Urteil über die Tugend, Moral anderer anmaßt; Splitterrichter: kleinlicher Kritiker, d. Verf.].

Diejenigen der „Meinungsträger unserer Demokratie“, die er an den Pranger stellt, handeln aus unehrenhaften Motiven: sie nutzen die „Unzufriedenheit“ aus und schüren sie aus materiellen Beweggründen. „(...) sie machen daraus ein Geschäft.“ Sie kritisieren nicht der Sache wegen, sondern ihre „Kritik ist weitgehend zum Selbstzweck geworden. Zwar gesteht Eickhoff der Kritik zu, „in einer Demokratie Leberelement der freien Meinungsäußerung“ zu sein, aber ausgehend von dem bei ihm stereotyp wiederkehrenden Gegensatz zwischen „positiver und negativer Kritik“ will er lediglich die gelten lassen und auch für sich in Anspruch nehmen, die er mit dem Epitheton ‚positiv‘ bezeichnen kann. Nirgends erklärt er, was er mit diesem Adjektiv in Verbindung mit dem Nomen Kritik meint. Als offensichtlich von Adenauer nicht nur gelittener, sondern ins Vertrauen gezogener Journalist versteht er sich als publizistische Absicherung des von CDU und CSU dominierten Staates. Vor diesem Hintergrund ist ‚positive Kritik‘ nicht anders als eine solche zu verstehen, die helfen will, diese Dominanz zu stabilisieren oder auszubauen.

Neben der Gruppe von „Meinungsträger(n)“, denen Kritik „weitgehend zum Selbstzweck geworden“ ist, identifiziert er eine zweite, die auf „sozusagen gehobener Ebene“ wirkt. Sie besteht vor allem aus Intellektuellen, von denen er behauptet, sie bezeichneten sich selbst als „Nonkonformisten“, weil sie „mit den Zuständen im allgemeinen und der Regierungspolitik im besonderen nicht konform gehen.“ Er verortet sie links von der parteipolitischen Opposition im Bundestag, der SPD, und disqualifiziert sie als „Fanatiker“.

„Und da das Wort leichter zu handhaben ist, als in der Wirklichkeit Politik zu machen, gehört es zu ihrem Metier, jegliche und damit auch die bestehende Ordnung zu schmähern. Vortrupps dieser Nonkonformisten sind Literaten. Sie haben sich zum Teil sogar in einer Gruppe gefunden, um damit wenigstens kollektiv wirksam zu werden. Da ihre literarischen Werke - oder was sie dafür ausgeben - keine öffentliche Beweiskraft im Sinne höherer Auflagen und damit des entsprechenden Anteils am Sozialprodukt in zehn Jahren gewonnen haben, gilt ihr Urteilsspruch dem Wirtschaftswunderland schlechthin.“

Offensichtlich bezieht er sich polemisch auf die Gruppe 47 um Hans Werner Richter, und Hintergrund seiner abwertenden Auslassungen dürften auch zwei Bücher sein, in denen linksunabhängige Schriftsteller vor den Bundestagswahlen 1961 kritisch zur Entwicklung der Republik unter christdemokratischer Führung Position bezogen hatten: der von Wolfgang Weyrauch herausgegebene Sammelband „Ich lebe in der Bundesrepublik. Fünfzehn Deutsche über Deutschland“ (München 1961) und das von Martin Walser besorgte Buch „Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?“ (Hamburg 1961), in dem die SPD als kleineres Übel unterstützt wurde. Nach der Begründung für seine Abwertung der „Nonkonformisten“ folgt ein Satz, der für sich spricht:

„Nun würde man auch diese Gattung oder Gruppe von Nonkonformisten als ein natürliches und legitimes Kind einer Demokratie hinnehmen, säßen sie in unserer Bundesrepublik nicht an so- und soviel (!) Kommandostellen der Institutionen der Massenbeeinflussung.“

Hinter aller Polemik gegen verantwortungslose „Meinungsträger unserer Demokratie“ und die intellektuellen Nonkonformisten, die „Kommandostellen“ medialen Einflusses besetzen, offenbart sich der konservative Katzenjammer über den Verlust öffentlichen Einflusses und den Aufstieg kritischer demokratischer und linksliberaler Intellektueller.

Eickhoff befindet sich in einem dauerhaften Defensivkampf, in dem er sich in unterschiedlichen Variationen des Repertoires seiner konservativen Ideologeme und Argumente bedient, die er in seiner Analyse der Zeit 1958 und in seiner Auseinandersetzung vor allem mit Martini 1960 entwickelt hat.

Ausgehend von seiner Grundidee, dass die Zeit „eines geistigen Zuschnitts“ entbehre, redet er den bundesrepublikanischen Eliten ins Gewissen, deren falsches Vorbild den „normalen Durchschnittsbürger“ animiert, sich lediglich an „äußerer Zufriedenheit“ zu orientieren, und deshalb zu dem Ergebnis geführt hat, dass die Welt „in einem unvorstellbaren Umfang konsumierbar geworden“ und ohne ein – für Eickhoff existenzielles - „geistige(s) Leit- und Ordnungsbild“ sei.⁶⁸

Die den Staat organisierenden Politiker versuchten lediglich, durch „(v)iele Gesetze“ die unterschiedlichen Gruppeninteressen „für eine Weile“ zu befriedigen. „man vertraut darauf, mit technischen Mitteln, das heißt zählbar und meßbar, das Ordnungsgefüge halten und entwickeln zu können.“

„Unsere Elite“ behaupte zwar immer noch, „abendländisch zu denken, das heißt von einem überkommenen geistigen Auftrag erfüllt zu sein“, tatsächlich aber seien die meisten Angehörigen der Elite „Techniker der Macht“. Zur Überwindung dieses – für den Autor unerträglichen

⁶⁸ Zu diesen und den folgenden Ausführungen Eickhoff, Dr. Antonius: An der Jahreswende, in: Westfälische Nachrichten, Silvester 1960.

- Zustands brauche der Westen „keine neue Ideologie, sondern ein einheitliches Grundverhalten aus jenen Ideen, die ihm seit Jahrhunderten das abendländische Gepräge gegeben haben.“ Und für ihn gibt es wie Pfingsten 1958 auch Silvester 1960 nur einen einzigen Weg, in „Westdeutschland“, im „ganze(n) freien Westen“ der abendländischen Tradition „im persönlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Verhalten“ zu folgen und dadurch „zu einer alle und alles integrierenden gemeinsamen Grundhaltung (zu) kommen“: die „Besinnung“ auf „jene absoluten Normen, die durch den Schöpfer und die Schöpfung vorgegeben sind.“

Im Unterschied zu dem Artikel Pfingsten 1958 haben seine Ausführungen Silvester 1960 konkrete Adressaten. Er sieht die Aufgabe, „(d)en entscheidenden Widerspruch der Gegenwart zwischen Geist und Verhalten aufzulösen“, als „ein(en) Gewissensauftrag (...) besonders (...) an diejenigen, die sich zur Elite zählen“, und er meint damit vor allem „Staatslenker“, Wissenschaftler, Ärzte und Richter.

Noch konkreter ist der Adressat vier Jahre später, Silvester 1964⁶⁹: Es ist seine Partei, die CDU, der er vor seinem weltanschaulichen Hintergrund erklärt, was er von ihr als klare Frontstellung, als „Vorwärtsstrategie“ mit Blick auf die Bundestagswahlen 1965 erwartet. Konkreter Anlass ist seine Befürchtung, dass es zu einem „Wechsel in der über 15 Jahre währenden Herrschaft der CDU/CSU“ kommen kann.

Der bisherigen CDU-Politik wirft er „(n)eoliberale(n) Prinzipien in ihrer Wirtschaftspolitik vor und vor allem einen überbetonten sozialen Pragmatismus, mit dem sie den „Trend zum Wohlfahrtsstaat“ befördert und der SPD in die Hände gespielt habe. Dagegen fordert er: „Die CDU muss wieder Profil gewinnen, und zwar ein unnachahmbares.“ Als notwendige Bestandteile dieser Profilierung sieht er vor allem:

- Die „Sicherung der Familie“ als „ein Programmpunkt ersten Ranges“.
- Die Ablehnung der „unangebrachte(n) These vom Bildungsnotstand“, weil es darum geht, nicht Quantitäten zu produzieren, sondern Qualität zu erzeugen.
- Die Untermauerung und Sicherung der „Brücke zwischen den Konfessionen“.
- Die Entwicklung eines „Staatsbewußtsein(s)“ und eines „auf die europäische Gemeinschaft gerichtete(n)s Nationalbewußtsein(s)“, um den „sogenannten Pluralismus der Gesellschaft“ zu einen.

Gerade die letzte Forderung ist ihm in konsequenter Verfolgung seines immer wieder formulierten zentralen Anliegen wichtig. Versagte die CDU dabei als „christliche Partei“, würde sie „jenen Prozeß der fortschreitenden Säkularisierung aller Wertbegriffe dulden oder sogar fördern, der letzten Endes nur in eine öde Gleichmacherei ausarten kann. Sie würde durch Unterlassung die Straße zum Sozialismus verbreitern.“

⁶⁹ Eickhoff, Dr. Antonius: Wieder Profil gewinnen! In: Westfälische Nachrichten, Silvester 1964.

Das konsistente christlich-konservative Weltbild der Westfälischen Nachrichten

In Gestalt ihres Chefredakteurs vertreten die Westfälischen Nachrichten ein konsistentes konservatives Weltbild. Es ist von folgenden Faktoren geprägt:

Grundlage ist eine Interpretation der christlichen Religion, die als normatives Wertesystem gegen die zunehmenden Teilinteressen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft dauerhaft und systematisch die Aufgabe der Integration wahrnehmen soll. Auf dieser Grundlage definiert sich die Weltanschauung vor allem in der Negation:

Antibolschewismus/Antikommunismus: Er ist für Eickhoff wie für viele Konservative das zentrale ideologische Bindeglied zwischen der untergegangenen NS-Diktatur und der Bonner Demokratie, das ihm die Akzeptanz der Bundesrepublik erleichtert.

Antimodernismus/Antiamerikanismus: Sie richten sich gegen den Prozess der Säkularisierung, der Profanierung der westlichen Welt seit der Aufklärung, und dessen aktuelle Entwicklungen, die zunehmende Übernahme von Elementen des amerikanischen Lebensstils: Konsum, Gewinnstreben und vermeintlich oberflächliche Vergnügungen. Gegen die amerikanische Fixierung auf den zivilisatorischen Fortschritt bringen sie die von ihnen behauptete Überlegenheit der europäischen Kultur in Stellung.

Antimaterialismus: Er geht von einem Zusammenhang zwischen wachsendem Wohlstand und der „Versteppung“ oder sogar „Verkarstung“ des Geistes aus. Dahinter verbirgt sich sowohl ein elitäres Menschenbild als auch ein ebensolcher Kulturbegriff. Für Konservative vom Schlage Eickhoffs setzt sich die Gesellschaft aus zwei Arten von Menschen zusammen: Die Wenigen sind fähig, die niedrigen Triebe zu kontrollieren und wichtige Entscheidungen auf der Grundlage ihrer moralischen und intellektuellen Bildung verantwortungsvoll zu treffen. Diese Wenigen reproduzieren sich selbst und halten auf diese Weise die hohen kulturellen Standards. In Pichts Behauptung von der „Bildungskatastrophe“ (1964) sieht Eickhoff einen Angriff auf seinen Begriff von Elite. Er befürchtet eine Öffnung der Elite für Menschen aus anderen Schichten, denen der entsprechende Bildungszugang bislang verwehrt war, und damit zugleich eine Absenkung des bisherigen Bildungsniveaus. Eickhoffs Verständnis von Elite begründet, warum er Mitglieder von ihr (die „Schicht“) vehement kritisiert, wenn sie an der geistigen „Verflachung“ teilhaben, und warum er sich in seinem Appell an die „Elite“ wendet, weil nur sie die kognitiven und moralischen Fähigkeiten besitzt, die verhängnisvollen Entwicklungen aufzuhalten oder sogar umzukehren, durch die er seine Vorstellung von der Bundesrepublik gefährdet sieht. Die große Masse der Bevölkerung, 90 Prozent, wenn man den Volksschulabschluss als Kriterium zugrunde legt, war nämlich, so das konservative Ideologem, nur durch materielle Wünsche getrieben. Sie galt daher als manipulierbar und im Kontext der 50er und der beginnenden 60er Jahre als besonders gefährdet durch einen maßlosen Hedonismus

und eine zügellose Vergnügungssucht, genauso aber auch durch den materialistischen Kommunismus.⁷⁰

Antisozialismus (gegen die sozialdemokratische Weltanschauung) und Antiliberalismus: Die politischen Ausrichtungen von Sozialdemokratie und Liberalismus gelten als Folge der Aufklärung. Sie sind politischer Ausdruck der „Säkularisierung“ und deshalb „Häresien“, Irrlehren. Die SPD führt die Gesellschaft in eine „öde Gleichmacherei“ und die Liberalen stehen für einen Individualismus und einen Staatsbegriff, die suspekt bleiben müssen.

Die Tatsache, dass sich dieses Weltbild vor allem in der Negation definiert, ist bereits bezeichnend: Eickhoff und die Westfälischen Nachrichten haben eine weltanschauliche Verteidigungsstellung gegen die Tendenzen der Zeit eingenommen. Eickhoff weiß dabei, dass auch seine Partei, die CDU, entfernt davon ist, dem zu entsprechen, was er sich vorstellt. 1960, in seinen Ausführungen zu Altmann und Martini, hatte er festgestellt: „In dieser Zeitung ist in sehr vielen Aufsätzen die Forderung vertreten worden, das ‚C‘ in CDU auch programmatisch und in der politischen Praxis präsent zu machen. Eine solche geistige Profilierung wäre tiefer anzulegen, (!) als nur Widerpart einer anderen Partei [der SPD, d.Verf.] zu sein.“ Das heißt: Gerade in der für ihn zentralen Frage der christlichen Grundierung politischen Handelns sieht er Defizite bei der CDU, und daran hat sich auch trotz seiner und der Bemühungen der Westfälischen Nachrichten vier Jahre später nichts geändert. Schließlich muss er in seiner Absicht, der CDU ein „unnachahmbares“ „Profil“ zu geben, Silvester 1964 erneut fordern, was seiner Zeitung und ihm unabdingbar erscheint: „Die Entwicklung eines „Staatsbewußtsein(s)“ und eines „auf die europäische Gemeinschaft gerichtetes Nationalbewußtsein(s)“, um den „sogenannten Pluralismus der Gesellschaft“ zu einen. Neu daran ist freilich die Bindung des „Nationalbewußtsein(s)“ an den europäischen Integrationsprozess.

Frank Biess hat als wesentliche konservative Angst identifiziert, dass die „beschleunigte innere Demokratisierung die Autorität des Staates untergraben werde.“ Diese Angst spielt sicherlich bei Eickhoff eine Rolle, wo er davon ausgeht, dass die Pluralisierung der Gesellschaft ohne die Integrationskraft einer „transpersonalen Idee“ möglicherweise eine – entscheidende - Schwächung der Bundesrepublik im Systemwettbewerb mit dem Kommunismus bedeutet. Aber größer scheint die Angst zu sein, dass die Tendenzen der Zeit, die er unter dem Begriff der „Säkularisierung“ zusammenfasst, konservativen Positionen, wie er und die Westfälischen Nachrichten sie vertreten, mehr und mehr den Raum für deren Realisierung nehmen. Es ist eine wirkliche, eine ehrliche Angst, und sie in die Leserschaft zu vermitteln, ist ein dringliches Anliegen. Es geht darum, konservative Bastionen zu verteidigen und gesellschaftliches Terrain zurückzugewinnen, und dabei sicherlich auch darum, die bisherige privilegierte

⁷⁰ Dazu u.a. Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert., S. 690 ff, Schildt/Siegfried: Kulturgeschichte, S. 187 -189 und Siegfried, Detlef: Pop und Politik, in: Alexa Geisthövel u.a., Popgeschichte, Bielefeld 2014, S. 33-56.

Position von ihm und Gleichgesinnten, die sein Weltbild und seinen Elitebegriff teilen, energisch zu verteidigen. Diese Sicht auf die bundesrepublikanische Entwicklung argumentativ abzusichern und für sie zumindest geistig zu mobilisieren, darin besteht die journalistische Absicht.

Der veränderte Umgang mit dem Pluralismus als Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils

Ende 1965 aber geschieht Bemerkenswertes⁷¹. In der Silvesterausgabe veröffentlicht die Zeitung in ihrem Kulturteil auf zwei Seiten das Ergebnis einer Umfrage. In der Einleitung schreibt die Redaktion:

„Zu einigen aktuellen Fragen des geistigen und kulturpolitischen Lebens baten wir eine Anzahl bekannter Schriftsteller, Künstler und Politiker in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus in der Bundesrepublik um ihre Stellungnahme. Unsere Leser finden hier die Antworten. Die Fragen lauteten:

- 1. Welches Ereignis im geistigen Leben des Jahres erachteten Sie für das wichtigste?*
- 2. Die sogenannten Intellektuellen bilden in unserem Lande eine verhältnismäßig isolierte Schicht, wie die offensichtlich erfolglose Aktivität einer Reihe von Schriftstellern und Künstlern im Bundestagswahlkampf erneut gezeigt hat [Günter Grass und andere Schriftsteller hatten sich im Bundestagswahlkampf für die SPD engagiert. Die SPD hatte ihr Ziel, stärkste Fraktion zu werden, nicht erreicht, der Verf.]. Sind Sie der Ansicht, daß diese Situation in der Sache selbst, d.h. in der Funktion der Intellektuellen gegenüber der Gesellschaft, begründet ist? Oder sehen Sie Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die bestehende Kluft zu überbrücken?*
- 3. Schriftsteller und Kulturkritiker ziehen die Festigkeit der demokratischen Staatsordnung in der Bundesrepublik häufig in Zweifel. Dafür wird ihnen ebenso häufig der Vorwurf der Schwarzmalerei und des Zweckpessimismus gemacht. Glauben Sie, dass das deutsche Volk nach der Lektion des NS-Staates und des Krieges ein zweites Mal einem Diktator in die Netze gehen könnte?“*

Die Befragten sind in der Reihenfolge des Abdrucks:

- Rainer Barzel, der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion,
- Fritz Erler, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion,
- Elisabeth Flickenschildt, bekannt durch ihre Filmerfolge in der Zeit des Nationalsozialismus und nach dem Krieg durch ihre erfolgreiche Zusammenarbeit mit Gustaf Gründgens an Theatern in Düsseldorf und Hamburg,
- Werner Schütz, ehemaliger Kultusminister in Nordrhein – Westfalen, CDU-Mitglied,
- Eberhard Stammler, evangelischer Theologe und freier Publizist, CDU-Mitglied,

⁷¹ Die Redaktion, Fragen zum kulturellen Leben der Gegenwart, in: Westfälische Nachrichten, Silvester 1965.

- Uwe Johnson, Schriftsteller und Linksintellektueller,
- Marcel Reich-Ranicki, Literaturkritiker und Unterzeichner eines Aufrufs zur Wahl der SPD 1965,
- Paul Mikat, damaliger Kultusminister in Nordrhein-Westfalen, CDU-Mitglied,
- Rolf Schroers, Schriftsteller, Gründungsmitglied der Gruppe 47⁷² und FDP-Mitglied,
- Konrad W. Kraemer, Chefredakteur der Katholischen Nachrichten-Agentur, CDU-Mitglied,
- Wilhelm Lenz, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf,
- Harald Deilmann, Architekt aus Münster und Ordinarius für Gebäudelehre und Entwerfen an der TH Stuttgart,
- Anton Aulke, damals bekannter Vertreter mundartlicher Dichtung im Münsterland,
- Hans E. Holthusen, Schriftsteller und Literaturkritiker konservativer Prägung.

Die Auswahl der Befragten spricht aus zwei Gründen für sich: Erstens wird sie dominiert von Konservativen. Sie bleibt zweitens gleichwohl Ausdruck eines bewussten Versuchs, in Grenzen Pluralität der Meinungen herzustellen.

Diese Pluralität begegnet dem Leser der Zeitung tatsächlich in den Antworten. Bei der ersten Frage nennen alle CDU-Mitglieder (außer Stammler) und der katholische Schriftsteller Aulke ebenso wie der Sozialdemokrat Eler die Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965). Sie leiteten umfangreiche Reformen der katholischen Kirche ein: etwa eine Liturgiereform (muttersprachliche Gottesdienste), die Anerkennung der Religionsfreiheit, die Forcierung des ökumenischen Dialogs sowie des Dialogs mit den nichtchristlichen Religionen.⁷³ Zweimal wird der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen genannt (Flickenschildt und Schroers). Am 18. November 1965 wandten sich die polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder mit einem Brief, der den berühmt gewordenen Satz „[Wir] gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ enthält. In ihrer Antwort baten die deutschen Bischöfe ihrerseits um Vergebung.⁷⁴ Marcel Reich – Ranicki, der in Polen dem rassistischen Vernichtungswillen der Nazis entkommen konnte, sieht als wichtigstes Ereignis den Auschwitz-Prozess, den größten Strafprozess in der deutschen Nachkriegsgeschichte gegen Verantwortliche des nationalsozialistischen Massenmords an Juden. Das evangelische CDU-Mitglied Stammler meint, die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) sei zu nennen.

„Diese Denkschrift stellte die Kausalität zwischen Flucht und Vertreibung der Deutschen und dem von Deutschland ausgehenden Vernichtungskrieg her (was für die westdeutsche

⁷² Schildt: Medienintellektuelle, S.541.

⁷³ ausführlich: Großbölting: Der verlorene Himmel, S.150 – 160.

⁷⁴ Zu den historischen Umständen und den Inhalten der beiden Briefe: <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/briefwechsel-der-polnischen-und-deutschen-bischoefe>. (letzter Zugriff: 29.11.2021).

*Sicht auf die NS- und Nachkriegsgeschichte zu diesem Zeitpunkt nicht selbstverständlich war) und rief zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen auf.*⁷⁵

Der Architekt Deilmann richtet seinen Blick auf das Land Nordrhein-Westfalen und nennt die Eröffnung der Universität Bochum, weil damit „ein großzügiges Experiment gewagt worden (ist): Eine räumliche und strukturelle Verflechtung der traditionellen Disziplinen mit den Ingenieurwissenschaften“⁷⁶. Uwe Johnson bezieht sich in eindeutig satirischer Absicht auf Aussagen von Bundeskanzler Erhard (CDU), der im Wahlkampf 1965 intellektuelle Kritiker abgekanzelt hatte: „Da hört der Dichter auf, da fängt der ganz kleine Pinscher an.“ „Das sind doch ganz kleine Pinscher.“⁷⁷ Deshalb ist für Johnson das wichtigste geistige Ereignis des Jahres 1965,

„(d)aß der Bundeskanzler seine Unkenntnis auch im Fach Kynologie⁷⁸ unter die Leute brachte, als er die unbescholtene Rasse der Pinscher verächtlich zu machen suchte durch den Vergleich mit den Schriftstellern Grass und Hochhuth (...).“

Zu keiner Antwort schließlich sieht sich Holthusen in der Lage, weil er nicht über das „divinatorische Vermögen“ verfüge, „um mit innerer Überzeugung zu beurteilen, was im ‚geistigen Leben‘ (eines Landes? eines Kontinents? der ganzen Welt?) wirklich ‚wichtig‘ war.“

Die Darstellung der Antworten auf die erste Frage der Zeitungsredaktion reicht bereits als Beleg für die Schlussfolgerung aus: Die Westfälischen Nachrichten sind in diesem Fall bereit, die Pluralisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft in ihre Blattkonzeption aufzunehmen. Das Ausmaß der Veränderung der Zeitung lässt sich sehr präzise durch die Konfrontation mit einem Kommentar erkennen, den Eickhoff anderthalb Jahre vorher geschrieben hat. Er steht unter der Fragestellung: „SPD so ‚hoffähig‘? und bezieht sich auf eine Tagung der katholischen Akademie in München zum Thema „Katholik und christliche Parteien“. Auf ihr hatte offensichtlich der geistliche Direktor beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Prälat Hansler, der SPD das Prädikat zugeschrieben, sie sei nicht mehr kirchenfeindlich, und der FDP attestiert, sie sei nicht im Namen eines grundsätzlichen Laizismus angetreten. Eickhoff hält solche Äußerungen für falsch:

„(...) der gegenwärtige Stand genügt u.E. noch nicht zu Aussagen, die in apodiktische Formeln geprägt werden, und aus denen man folgern könnte, christliche Parteien seien nicht

⁷⁵ <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/briefwechsel-der-polnischen-und-deutschen-bischoefe> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

⁷⁶ https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?url-IID=495&url_tabelle=tab_websegmente – zur Gründung der Ruhr-Universität Bochum (letzter Zugriff: 29.11.2021).

⁷⁷ https://www.quotez.net/german/ludwig_erhard.htm (letzter Zugriff: 29.11.2021).

⁷⁸ Die Kynologie (gr. κύων kyon „Hund“ und -logie) ist die Lehre von Rassen, Zucht, Pflege, Verhalten, Erziehung und Krankheiten der Haushunde.

mehr notwendig. (...) Es war u.E. ziemlich verfrüht, heute schon die SPD mehr oder weniger vom katholischen Standpunkt aus als ‚hoffähig‘ zu erklären. Klarheit ist das Gebot der Stunde (...).“⁷⁹

Den Sozialdemokraten Fritz Eler und das FDP-Mitglied Rolf Schroers in den Kreis der Befragten aufzunehmen, bedeutet aber schließlich die ‚Hoffähigkeit‘ von deren Parteien anzuerkennen, und diese Demonstration der ‚Hoffähigkeit‘ wird es ohne die Zustimmung des Chefredakteurs nicht gegeben haben.

Und auch Eickhoff selbst schreibt 1965 in seiner Rückbesinnung auf das vergangene Jahr einen Satz, der ihm 1960 noch nicht in den Sinn gekommen wäre. Damals trieb ihn die Angst um, die Pluralisierung der Gesellschaft und ihre kulturelle „Verkarstung“, der Mangel an einer „transpersonalen Idee“⁸⁰, könnten die Bundesrepublik vor der falschen, aber geschlossenen Weltanschauung des Kommunismus in die Knie zwingen. Und nun schreibt er zur Deutschlandfrage:

„(..) wir müssen auf die Dauer die Angst vor jeder Art Kommunismus überwinden, weil und solange wir über die besseren Mittel verfügen, mit ihm geistig und politisch fertig zu werden. Und fertig werden müssen wir mit ihm, ohne Gewalt.“⁸¹

Er sagt nicht, worin die „besseren Mittel“ bestehen. Das macht eine präzise Deutung unmöglich. Es scheint aber, als habe er jetzt seine eigene Angst überwunden und Qualitäten in der bundesrepublikanischen Demokratie entdeckt, die er früher nicht sehen wollte oder konnte.

Es ist schwierig, diese Veränderung in den Westfälischen Nachrichten und bei Eickhoff zu erklären. Vielleicht ist es am ehesten möglich, einer Erklärung nahe zu kommen, wenn man die damalige Entwicklung dessen betrachtet, was Grundlage des Selbstverständnisses der Verantwortlichen der Zeitung war: den Katholizismus. Hans-Ulrich Wehler sieht den Katholizismus bis in die Nachkriegszeit hinein geprägt durch „die integrative Kraft eines geschlossenen Weltbilds mit seiner schroff gewährten Distanz zur modernen Welt und seinem Anspruch, über das Monopol der endgültigen Wahrheit zu verfügen.“ Dieses Weltbild definierte sich in der Gegnerschaft zu Aufklärung, Liberalismus und Sozialismus – sie galten als kirchenfeindlich – und folgerichtig in der tiefen Skepsis gegenüber dem säkularisierten Staat und der Marktwirtschaft.⁸² In Wehlers Beschreibung dieses Weltbilds finden sich zentrale Elemente wieder, die Eickhoffs Auslassungen über die bundesrepublikanische Entwicklung kennzeichnen. Eickhoff erlebt aber als aufmerksamer Beobachter auch seiner Kirche einen Prozess, der seinen

⁷⁹ Eickhoff, Dr. Antonius: SPD so hoffähig?, in: Westfälische Nachrichten, 2.6. 1964.

⁸⁰ Eickhoff, Dr. Antonius: Genießen wir nur FREIHEIT AUF ABRUF? Eine Auseinandersetzung über die innere und äußere Stellung unserer Bundesrepublik, in: Westfälische Nachrichten, 22.10. 1960.

⁸¹ Eickhoff, Dr. Antonius: Und trotzdem guten Mutes sein, in Westfälische Nachrichten, Silvester 1965.

⁸² Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949 – 1990, S.371.

Höhepunkt im Zweiten Vatikanum findet. Für Wehler beginnt dieser Prozess bereits in den späten 50er Jahren, und er ist charakterisiert durch den „unüberhörbar(en)“ „Ruf nach mehr Selbstbestimmung, Autonomie und Freiheit, de(n) Wunsch nach Individualisierung und Pluralisierung (...) im deutschen Katholizismus.“ Das Zweite Vatikanum bedeutet in dieser Situation, so Wehler, „eine tiefe Zäsur“, weil die Kirche „auf die erstarrte Fundamentalopposition“ verzichtet habe. „An ihre Stelle sollte ein kontrollierter Anschluß an die moderne Welt, sollten Dialog und Kommunikationsbereitschaft treten“⁸³

Wenn sich die Zeitung in dem Fall der Umfrage öffnet, dann vor allem offensichtlich aus taktischen Gründen. Die konservativ-katholische Grundkonzeption steht, aber der Weg, sie umzusetzen, ist ein anderer geworden, so wie bei der katholischen Kirche. Sie hat im Zweiten Vatikanum die Religionsfreiheit als Menschenrecht anerkannt und damit die Öffnung gegenüber anderen Religionen als prinzipiellen Grundsatz formuliert, ohne den Anspruch aufzugeben, die alleinseligmachende zu sein. Eickhoff hebt in seinem Jahresrückblick 1965 vor allem „das Schema der Religionsfreiheit“ des Konzils als herausragendes Ergebnis hervor. „Das ist, so schreibt er, „ein Durchbruch der katholischen Kirche in die so gegliederte und unterschiedliche Welt von heute in letztem Ausmaß.“ Der Historiker Thomas Großbölting sieht die Bedeutung dieses Dekrets darin, dass es einen „Schlussstrich unter den (...) Abwehrkampf gegen Demokratie und Liberalismus (zog) und (...) die Autonomie des Politischen wie auch den Meinungspluralismus (anerkannte)“, und er stellt wertend fest: „Insbesondere in diesem Punkt ist die Anpassung der Kirche an Pluralisierungs- und Demokratisierungsprozesse deutlich zu erkennen“⁸⁴. Eickhoff erkennt und nimmt offensichtlich diese Anpassung an und kann nun als Katholik die Pluralität einer Gesellschaft als eine Tatsache ansehen, mit der er als Journalist im Sinne des Zweiten Vatikanums umzugehen hat. Die Westfälischen Nachrichten passen sich der Entwicklung der katholischen Kirche an. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass Fritz Erler, jener prominente Sozialdemokrat, den die Westfälischen Nachrichten einladen, ihre Fragen zu beantworten, mit einer Delegation seiner Partei am 5. März 1964 von Papst Paul VI. empfangen wurde und ihm ein Exemplar des Godesberger Programms überreichen konnte. Der „allmähliche(n) Entkrampfung des Verhältnisses“ zwischen SPD und katholischer Kirche wollen sich Eickhoff und die Westfälischen Nachrichten offensichtlich nicht entziehen.⁸⁵

Wenn Eickhoff fordert, die Angst vor dem Kommunismus zu überwinden, und der bundesrepublikanischen Gesellschaft („wir“) attestiert, sie verfüge in geistiger und politischer Hinsicht über die „besseren Mittel“, und wenn ihm gleichzeitig das „Schema über die Religionsfreiheit“

⁸³ Wehler: Gesellschaftsgeschichte, S.371f., dazu ausführlich und differenziert, aber in der Tendenz ähnlich Großbölting: Der verlorene Himmel., S.44ff, S.94ff.

⁸⁴ Großbölting: Der verlorene Himmel, S.154.

⁸⁵ zu Erlers Besuch s. Schildt/Siegfried: Kulturgeschichte, S.217, dort auch das Zitat. Aber man tut gut daran, sich die „Entkrampfung“ nicht als schnellen und linearen Prozess vorzustellen, vor allem nicht im Verhältnis der Westfälischen Nachrichten zur SPD.

besonders wichtig ist, dann könnten vor allem Sätze aus dem Vorwort dieses „Schema(s)“ seine Aussage erklären helfen:

„Die Würde der menschlichen Person kommt den Menschen unserer Zeit immer mehr zum Bewußtsein, und es wächst die Zahl derer, die den Anspruch erheben, daß die Menschen bei ihrem Tun ihr eigenes Urteil und eine verantwortliche Freiheit besitzen und davon Gebrauch machen sollen, nicht unter Zwang, sondern vom Bewußtsein der Pflicht geleitet. In gleicher Weise fordern sie eine rechtliche Einschränkung der öffentlichen Gewalt, damit die Grenzen einer ehrenhaften Freiheit der Person und auch der Gesellschaftsformen nicht zu eng umschrieben werden. Diese Forderung nach Freiheit in der menschlichen Gesellschaft bezieht sich besonders auf die geistigen Werte des Menschen und am meisten auf das, was zur freien Übung der Religion in der Gesellschaft gehört.“⁸⁶

Die Bundesrepublik gewährt diese Art der Freiheit, und sie ist der geistige Vorteil und der politische Hebel in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Sein (neuer) Optimismus ist, jedenfalls ist das eine mögliche Erklärung, vom Zweiten Vatikanischen Konzil inspiriert. Schon immer haben Eickhoff und die Westfälischen Nachrichten das politische System der Demokratie in den Grenzen ihres konservativen Verständnisses als Objekt der Verteidigung angesehen, aber die Motivation dazu hat sich ins Positive verschoben. Noch immer sieht Eickhoff die Gefahr, dass die Demokratie „im Kampf der vielen Gruppen in einer pluralistischen Gesellschaft“ untergehen kann. Aber er akzeptiert Kritik als Kennzeichen der Demokratie. Dabei unterscheidet er in seinem Jahresrückblick 1965 -wieder einmal - zwischen zwei Arten von Kritik: einer „gesunde(n), d.h. positive(n) Kritik“ und einer „am Staat und seiner Regierung um jeden Preis“, und nur mit der ersten Art von Kritik erweise sich ein „Demokrat als solcher“. Noch immer bleibt diffus, was er unter ‚positiver Kritik‘ versteht, weil er nirgends definiert, wo sie anfängt und wo sie endet. Es ist jedoch nicht falsch, ihm als Konservativen ein engeres Verständnis von Kritik zuzuschreiben. Entscheidend ist, dass es mit der Akzeptanz von Pluralität in der Gesellschaft und dem Versuch verbunden ist, sie einzuhegen:

„Erst wenn jeder als Person, nicht zuletzt als Mitglied eines Interessenverbandes, erst wenn dieser selbst sich besinnt und sich gesunde Maßstäbe des Verhaltens zu eigen macht, werden wir nicht nur demokratisch verfahren, sondern auch einer aufkommenden Krise Herr werden“ [Er bezieht sich dabei auf die damalige „schleichende Geldentwertung“, der Verf.].⁸⁷

Wie die katholische Kirche und mit ihr hat Eickhoff – und mit ihm die Zeitung – seine Art von „Durchbruch in die so gegliederte und unterschiedliche Welt von heute.“

⁸⁶ http://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651207_dignitatis-humanae_ge.html (letzter Zugriff: 29.11.2021)

⁸⁷ Eickhoff, Dr. Antonius: Und trotzdem guten Mutes sein, in Westfälische Nachrichten, Silvester 1965

Innerredaktionelle Andeutungen dazu hat es bei sehr genauem Hinsehen bereits 1964 gegeben. Man kann in der Redaktion eine Entwicklung erfassen, die ausgehend vom christlich-konservativen Standpunkt zu unterschiedlichen Bewertungen ein und derselben politischen Diskussion führt. Der Feuilletonredakteur Bernhard Gervink befasst sich in der Wochenendausgabe vom 11./12. Juli 1964 in einem Kommentar auf der Titelseite mit den Worten „vom ‚Bildungsnotstand‘, vom ‚Bildungsdefizit‘, vom Mangel an ‚Bildungsplanung‘, die wir fast täglich lesen oder hören.“ Er geht davon aus, dass hinter diesen Worten (v)iele falsche Pauschalurteile stecken“, gesteht aber zu: „Gleichwohl ist nicht zu leugnen, daß wir anderen Ländern gegenüber ins Hintertreffen geraten sind“ und er nutzt schließlich den Ausdruck „Bildungsdefizit“, um den augenblicklichen Zustand auf den Begriff zu bringen.

Gervink plädiert eindeutig dafür, die Hochschulen für Arbeiter- und Bauernkinder zu öffnen, und führt zum Beleg statistische Zahlen an:

„(...) von den Studenten der Bundesrepublik stammen nur 5,2 Prozent aus Arbeiterfamilien. Zum Vergleich: in Schweden sind es 20 Prozent, in England 25 Prozent, in den USA 30 Prozent. Was für die Kinder aus Arbeiterfamilien festgestellt wurde, dürfte ebenso für die Bauernkinder gelten. (...) Niemand wird behaupten wollen, die Kinder aus deutschen Bauern- und Arbeiterfamilien seien dümmer als die in England und Amerika“.

Gervink hält den Begriff „Bildungsdefizit“ für angemessen und fordert ohne Wenn und Aber den Zugang zu den Universitäten zu öffnen, um das Defizit langfristig abzubauen.⁸⁸ Das klingt am Jahresende beim Chefredakteur anders. Im Bemühen, der CDU ein unverwechselbares Profil für den bevorstehenden Wahlkampf 1965 zu verschaffen, fordert er auch, dass sich die Partei in der öffentlichen Diskussion über Pichts Behauptung klar positioniert: „Die unseres Erachtens unangebrachte These vom Bildungsnotstand geht nur von Quantitäten aus und übersieht die Qualität des deutschen Bildungswesens.“⁸⁹

Die unterschiedlichen Meinungen von Gervink und Eickhoff markieren mehr als nur einen politischen Haarriss in der Redaktion. Mehr als einen Haarriss, dieses Mal zwischen den Westfälischen Nachrichten und Mitgliedern der CDU/CSU, aber vor allem zwischen katholischer Kirche und der Tageszeitung, kann man auch in der Haltung gegenüber dem Film von Ingmar Bergman „Das Schweigen“ entdecken. Es ging dabei um Fragen der Sexualmoral. Die konservative „Aktion Saubere Leinwand“, aus den christlichen Parteien und von der katholischen Kirche unterstützt, hatte in ihrer Kampagne versucht, den Film aus den Kinos zu verbannen. Der Kulturredakteur Theo Fürstenau verteidigt in einem ausführlichen Artikel Bergmans Film. Wo die katholische Kirche eine ‚Verletzung des sittlichen Empfindens‘ sieht, die genügend Grund für ein Aufführungsverbot bietet, fragt er gegen Ende seiner Kritik:

⁸⁸ Gervink, Bernhard: Wir mit unserer Bildung ..., in: Westfälische Nachrichten, 11./12.7.1964.

⁸⁹ Eickhoff, Dr. Antonius. Wieder Profil gewinnen! In: Westfälische Nachrichten, Silvester 1964.

„Ist dies im Grunde ein religiöser Film? Auf jeden Fall ein Film, der von einer religiösen Position her zu interpretieren ist. Gewiß würde das seine Gewagtheiten nicht rechtfertigen, wären diese nicht in distanzierende Form gebracht, wären sie nicht auf einen bestimmten enthüllenden Sinn hin formuliert. An diesem Punkt wird das Kunstverständnis mit dem moralischen Bewußtsein identisch. (...) Natürlich ist dies ein moralischer Film.“⁹⁰

Es zeichnet sich, so scheint es, eine Art innerredaktioneller Pluralismus ab.

Die Freie Presse und ihr Verständnis von Demokratie und Demokratisierung

In ihrer programmatischen Erklärung in der ersten Ausgabe 1946 hat die Freie Presse als eine ihrer wichtigsten Aufgaben beschrieben,

„den Ungeist der Nazilehren aus den Gehirnen zu vertreiben, nicht mit Methoden der Vertreibung und Verfemung, sondern mit den auf Dauer erfolgreicherem Mitteln der Aufklärung und Erziehung. Wir wissen, das wird ein schweres Mühen sein. Aufklären und erziehen ist schwieriger als befehlen. Doch unser Ziel, zu unserem Teil dazu beizutragen, das deutsche Volk zur Demokratie zu führen, zur Demokratie nicht nur in Staatsform und Staatsverwaltung, sondern zur Demokratie in der Geisteshaltung, läßt uns von der Verpflichtung nicht los, immer wieder aufzuklären und zu erziehen.“⁹¹

Dem Ziel scheint ein umfassendes Demokratieverständnis zugrunde zu liegen, weil es Demokratie nicht nur als staatliches System, sondern als individuelle „Geisteshaltung“ begreift. Dahinter steht offensichtlich die Idee einer mentalen Durchdringung der Gesellschaft mit demokratischen Grundsätzen. Die Freie Presse will dazu ihren aufklärerischen und erzieherischen Beitrag leisten, um „den Ungeist der Nazilehren aus den Köpfen zu vertreiben“.

Sie formuliert ein klares Bekenntnis zur Demokratie in der vorstaatlichen Phase Deutschlands, ohne dass sie das Verhältnis zwischen Demokratie und Sozialismus, der ebenfalls ihr Ziel ist, klärt. Zehn Jahre nach Gründung der Bundesrepublik als „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Art. 20 GG) reagiert die SPD auf gesellschaftlichen und politischen Wandel und unbefriedigende Wahlergebnisse und bricht 1959 im verabschiedeten Godesberger Programm mit traditionellen sozialdemokratischen Inhalten. „Die Partei entfernte sich vom Marxismus und akzeptierte die aktuelle Gesellschaftsordnung und den Pluralismus, erkannte sogar die bislang bekämpften Kirchen als gesellschaftliche Akteure an.“⁹²

⁹⁰ Fürstenau, Theo: Die Welt, in der Gott schweigt, in: Westfälische Nachrichten, 14.2. 1964.

⁹¹ Titelseite der ersten Ausgabe der Freien Presse, <https://historischerrueckblickbielefeld.files.wordpress.com/2017/02/0102201710.jpg> (Letzter Zugriff: 29.11.2021)

⁹² „Geh mit der Zeit, geh mit der SPD“: 60 Jahre Godesberger Programm, <https://www.fes.de/adsd50/godesberger-programm> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

Das Godesberger Programm als endgültige Festlegung des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus

Kurz vor Beginn des Parteitages, am 11. Dezember 1959, veröffentlicht die Freie Presse unter der Überschrift „Das Thema von Godesberg: Sozialismus im 20. Jahrhundert“ einen ganzseitigen Artikel des sozialdemokratischen MdB Ulrich Lohmar⁹³. Es handelt sich dabei um Auszüge aus einem Vortrag, den der Abgeordnete im Oktober vor der Landeskonferenz sozialdemokratischer Akademiker in Bayern gehalten hat. Einer dieser Auszüge befasst sich mit dem Demokratieverständnis, wie es das neue Programm entfaltet:

„Der Entwurf bejaht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und stellt sich ausdrücklich auf den Boden der parlamentarischen Demokratie, die nicht als ein Durchgangsstadium zum Sozialismus, sondern als die definitive Form einer von den Sozialisten angestrebten staatlichen Ordnung begriffen wird.“

Die Freie Presse setzt in Lohmars Ausführungen einen Kasten, in dem, ohne Nennung eines Autors, ein knapper Vergleich mit dem Erfurter Programm von 1891 und dem Heidelberger Programm von 1925 vorgenommen wird, damit die Leserschaft in der Lage ist, „das neue Grundsatzprogramm der SPD besser würdigen (zu) können.“ 1891 „glaubte die Partei sich dazu berufen, als Vollstreckerin geschichtlicher Notwendigkeit die bestehende Gesellschaft zu zerschlagen.“ Das Programm von 1925 „verband lediglich die ‚radikale‘ Programmatik (des Erfurter Programms) mit dem Bekenntnis zum bestehenden Staat:

„Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein.“

Lohmar bringt den Unterschied in der Haltung der heutigen SPD zur Demokratie vor allem im Vergleich zum Heidelberger Programm auf den Punkt:

„Dies bedeutet den Verzicht auf die Monopolisierung eines politischen Führungsanspruchs durch die Sozialisten, womit sie sich einmal mehr als Demokraten erweisen, denn leider liegt der Verdacht nahe, daß führende Politiker der CDU/CSU mehr auf den permanenten Machtanspruch ihrer Partei als auf das Funktionieren der Demokratie bedacht sind, daß sie also den demokratischen Staat nur solange (!) für eine nützliche Sache halten, wie die Sozialdemokraten nicht in ihm regieren.“

⁹³ Lohmar, Ulrich: Das Thema von Godesberg: Sozialismus im 20. Jahrhundert, in: Freie Presse, 11.12. 1959

Er grenzt sich mit diesem Satz nach zwei Seiten hin ab: von der sozialdemokratischen Geschichte, konkret vom Heidelberger Programm, ohne es zu nennen, dass lediglich ein taktisches Verhältnis zur demokratischen Republik formuliert hatte, und von „führende(n) Politiker(n)“ der Union, die er verdächtigt, wie früher die SPD, die Demokratie nur als taktisches Mittel zur Durchsetzung ihrer Herrschaft anzusehen. Für die Sozialdemokraten des Jahres 1959 beansprucht er ohne Einschränkung das Prädikat ‚demokratisch‘. „Die parlamentarische Demokratie ist nach dem Programmentwurf nicht mehr eine Wegstrecke, sondern das Zuhause der Sozialisten.“ Das neue Demokratieverständnis bedeutet auch

„Mißtrauen gegenüber dem Staat als einer Ordnungsmacht (...), die regelnd und wegweisend in das Leben der Bürger eingreift. Der Staat, so wird im Programm gesagt ‚soll allen Menschen helfen, sich in freier Selbstverantwortung zu entfalten (...).‘“

Damit ist einem autoritären oder als Obrigkeit handelnden Staat eine klare Absage erteilt. Der Abdruck des Vortrags gibt ohne Zweifel die Position von Redaktion und Verlegern der Freien Presse wieder, die damit das in der Gründungserklärung der Zeitung offengebliebene Verhältnis von Demokratie und Sozialismus richtig bestimmt sehen. Das wird untermauert durch den Gastkommentar des bayrischen Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD Waldemar von Knoeringen in der Silvesterausgabe 1959⁹⁴. Im Sinne des Godesberger Programms, an dessen Konzeption er maßgeblich beteiligt war, geht von Knoeringen vom Widerspruch der Zeit aus. In der Einleitung zum Godesberger Programm heißt es pointiert über diesen Widerspruch: „In unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine glückliche Zukunft oder die Selbsterstörung der Menschheit.“⁹⁵

Die Aufforderung zur politischen Partizipation in der Demokratie

Dieser Tenor prägt auch von Knoeringens Betrachtungen, die unter der Überschrift stehen: „Wohin geht die Fahrt?“. Er beschreibt die augenblickliche „Dynamik der Entwicklung“ konkret und kommt schließlich zu der Schlussfolgerung:

„Es schwindelt einen, sucht man der Dynamik dieser Entwicklung zu folgen. Und dennoch: Mehr denn je ist dem Menschen sein Schicksal in die eigene Hand gegeben, mehr denn je beherrscht er die Kräfte der Natur und vermag sie in seinen Dienst zu stellen. Armut und soziales Elend, geistige Hörigkeit und menschliche Unterdrückung könnten der Vergangenheit angehören, denn eine neue gesellschaftliche Ordnung ist möglich, wenn Vernunft das Handeln der Menschen bestimmt. So steht im Wirbel dieser Zeit neben den verhängnisvollen Gefahren zugleich eine Hoffnung, deren Verwirklichung greifbar ist.“

⁹⁴ von Knoeringen, Waldemar: Wohin geht die Fahrt?, in: Freie Presse, 31.12. 1959

⁹⁵ Godesberger Programm, ohne Seitenangabe, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlusse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf (letzter Zugriff: 29.11.2021).

Es geht ihm aber nicht nur darum, Optimismus angesichts des „Wirbel(s) dieser Zeit“ zu verbreiten, die Chancen sichtbar zu machen, die in ihr liegen, sondern auch darum, an den Einzelnen zu appellieren, die Möglichkeit der Partizipation zu ergreifen. Das ist ebenso wie die Analyse des Widerspruchs ein Gedanke aus dem Godesberger Programm:

„Freiheit und Demokratie in der industriellen Gesellschaft sind nur denkbar, wenn eine ständig wachsende Zahl von Menschen ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist.“⁹⁶

„Diese Betrachtung, die eine Botschaft gerade dieser Jahreswende sein kann, wäre wenig sinnvoll, schlösse sich nicht daran die Einsicht, daß sie ein Ruf ist an uns alle, an jeden einzelnen, der des Erkennens fähig ist. Die Demokratie, in der wir leben, erhält ihren tiefsten Wert durch den Willen des einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet fühlt und der somit das politische Wollen bestimmt. Politik aber entscheidet unser aller Schicksal. Uns selbst also müssen wir die Frage stellen: ‚Was können wir tun, um die Hoffnung der Zeit Wirklichkeit werden zu lassen?‘ Die Antwort ist: ‚Mitwirken, wo immer es möglich ist, um die Freiheit der menschlichen Persönlichkeit zu sichern, der Würde des Menschen zu dienen und Mitverantwortung zu übernehmen für die Entscheidungen, die getroffen werden müssen von der kleinen Dorfgemeinde bis zu den Entscheidungen des höchsten Parlamentes.‘ Wir müssen unsere Demokratie auf allen Ebenen unseres gesellschaftlichen Lebens vertiefen und verfestigen.“

Mit Waldemar von Knoeringen geht es der Freien Presse gemeinsam darum, den Demokratisierungsprozess voranzutreiben und eine breite Mitwirkung der Menschen für die Demokratie und ihre Werte „auf allen Ebenen unseres gesellschaftlichen Lebens“ zu erreichen.

Die Freie Presse hat aber auch Anteil an der Befürchtung, dass die Demokratie noch nicht stark genug in der Bevölkerung verankert ist, wie ja auch der Appell des Vorsitzenden der bayrischen SPD indirekt mitteilt, dass die Partizipationsmöglichkeiten, die der demokratische Staat bietet, noch besser genutzt werden sollten.

Dieser Anteil der Freien Presse kommt vor allem in der fast exakt drei Jahre nach der Verabschiedung des Godesberger Programms ins Rollen kommenden sogenannten „Spiegel-Affäre“ zum Ausdruck. Dort ist es der stellvertretende Chefredakteur Ingensand, der Zweifel daran äußert, ob in der bundesrepublikanischen Bevölkerung das Obrigkeitsdenken weitgehend überwunden ist.

⁹⁶ Godesberger Programm, ohne Seitenangabe, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlusse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf (letzter Zugriff: 29.11.2021).

Den zweiten Aspekt, der in der Krise 1962 für die Freie Presse eine und letztlich die entscheidende Rolle spielt, hat bereits Ulrich Lohmar in seinem Vortrag 1959 angesprochen: das befürchtete nur taktische Verhältnis der herrschenden konservativen politischen Elite zur Demokratie. 1962 ist er es, der die Frontlinie im Bundestag zwischen ‚Ademokraten‘ und Demokraten gezogen sieht und damit auf den Punkt bringt, was alle Kommentare und Berichte zur Aktion gegen den „Spiegel“ letztlich prägt. Für die Freie Presse kulminierte die kritische Auseinandersetzung mit dem Staats- und Demokratieverständnis der Union in dieser Affäre. Frank Biess hat in seinem Werk über die Bundesrepublik die „demokratische Angst“ von Linken und Liberalen differenzierend auf zwei Aspekte bezogen: autoritäre Handlungen von oben und autoritäres Verhalten von unten und kommt zu dem Ergebnis:

„Mehr noch als die autoritären Impulse ‚von oben‘ beunruhigten linke und liberale Kritiker jedoch die autoritären Tendenzen ‚von unten‘. Das wirkliche Problem der Bundesrepublik bestand daher nicht in undemokratischen Eliten, sondern in einer nur unzureichend demokratisierten Bevölkerung.“⁹⁷

Dieses Problem sieht die Freie Presse auch, aber es steht, anders als bei den „linke(n) und liberale(n) Kritiker(n)“, nicht an erster Stelle ihrer Befürchtungen. Dort findet sich eindeutig – und das ist nicht nur naheliegend, sondern offensichtlich das Muss für eine sozialdemokratische Zeitung – der politische Kampf gegen obrigkeitstaatliche Anmaßungen der konservativen politischen Elite, gleich, ob es dabei um Adenauer, Höcherl oder den Generalbundesanwalt geht.

Die Forderung nach „Aufrüstung der Demokratie“

Das wird auch noch einmal deutlich im Jahresrück- und -ausblick in der Silvesterausgabe des Jahres 1962. Es trifft sich, dass ihn Adolf Arndt schreibt, der 1956 in Bielefeld seine Gedanken über den „Sinn der Pressefreiheit“ vorgetragen hatte⁹⁸. Nach Betrachtungen zur außenpolitischen Entwicklung 1962 geht er ausführlich auf die Situation ein, die als Folge der staatlichen Maßnahme gegen den „Spiegel“ entstanden ist:

„(...) die Innenpolitik geriet 1962 in Fluß, ohne daß noch abzusehen ist, wie die Bewegung verlaufen wird. Der Verteidigungsminister stürzte. (...) Allerdings sollte (...) niemand sich einbilden, nun sei es an der Zeit, getrost wieder einzuschlafen, bloß weil wir einen Minister los wurden (!). (...) die innerpolitische Krise steht erst am Anfang. Es geht dabei sowohl um unsere Rechtsstaatlichkeit als auch darum, ob wir uns anstrengen wollen, uns als Demokratie zu bewähren. Demokratie heißt, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Dies

⁹⁷ Biess: Republik der Angst, S.207.

⁹⁸ Arndt, Adolf: Nach dem außenpolitischen Neubeginn: Aufrüstung in Demokratie, in: Freie Presse, 31.12.1962.

bedeutet, daß jeder für seinen Teil die Mitverantwortung für die politischen Geschehnisse unseres Volkes trägt. Ohne Mitverantwortung gibt es keine Selbstbestimmung. (...) Mitverantwortung kann nur übernehmen, wer frei und mündig ist, um sich über alle Geschehnisse und Wahrheiten zu unterrichten, die für die politischen Entscheidungen wesentlich sind. Ein Volk mit demokratischem Bewußtsein läßt sich weder von unbekanntem Militär-Experten noch von Bundesanwälten darin bevormunden, ob es hören und wissen darf, daß es gut oder schlecht um den Verteidigungswert seiner Bundeswehr bestellt ist. Wir befinden uns mitten in einem Manöver der Demokratie, das für den Bestand unserer demokratischen Verfassung noch viel lebenswichtiger ist als das militärische Manöver „Fallex 62“ für die Erprobung unserer Sicherheit. Wenn sich aus obrigkeitlichem Denken wieder die Militär- und Justizbehörden – wie einst im Falle des späteren Friedensnobelpreisträgers von Ossietzky – mit ihrem falschen Anspruch durchsetzen, daß sie darüber zu befinden hätten, was an notwendigen Kenntnissen über den Stand unserer Verteidigungsfähigkeit vor dem Volk ‚geheimzuhalten‘ ist, dann wird die Demokratie eine schwere Niederlage erleiden. Jeder ist dazu aufgerufen, daß das Jahr 1963 ein Jahr der Aufrüstung in Demokratie wird.“

Arndt geht davon aus, dass der Sturz des Verteidigungsministers nicht das Ende, sondern erst den Anfang der innenpolitischen Krise bedeutet. Tatsächlich sitzen am Ende des Jahres 1962 der Herausgeber Augstein und der Redakteur Schmelz noch in Untersuchungshaft und die Ermittlungen wegen Landesverrats laufen weiter. Das ist der Hintergrund, vor dem Arndt den Satz niederschreibt: „Es geht dabei sowohl um unsere Rechtsstaatlichkeit als auch darum, ob wir uns anstrengen wollen, uns als Demokratie zu bewähren.“ Das heißt: Er mahnt die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien an und fordert offensichtlich von allen einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie, die – das ist der Subtext – in dieser Affäre gelitten hat.

Für Arndt steht die bundesrepublikanische Demokratie am Scheideweg, und deshalb macht er nachdrücklich deutlich, was Demokratie heißt. Es ist eine Auseinandersetzung zwischen dem Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, und staatlichen Organen, die dem Volk möglicherweise vorenthalten wollen, was ihm nach Arndts Meinung zusteht.

Arndt plädiert wie 1956, wenn auch ohne das Wort zu erwähnen, für das Grundrecht der Pressefreiheit, denn: „Mitverantwortung kann nur übernehmen, wer frei und mündig ist, um sich über alle Geschehnisse und Wahrheiten zu unterrichten, die für die politische Entscheidungen wesentlich sind.“ Der „frei(e) und mündig(e)“ Umgang mit den notwendigen Informationen setzt aber voraus, dass es Medien gibt, die diese Informationen ohne staatliche Einschränkung vermitteln können.

Er wünscht sich ein „Volk mit demokratischem Bewußtsein“, das sich „weder von unbekanntem Militär-Experten noch von Bundesanwälten“ (...) bevormunden (lässt), daß es gut oder schlecht um den Verteidigungswert seiner Bundeswehr bestellt ist.“ Er wünscht sich das Volk

als bewussten Souverän, und zu dieser Bewusstheit gehört auch - das Possessivpronomen macht es deutlich -, dass es die Bundeswehr als sein Instrument begreift und dass es jedes Recht hat, über deren Zustand umfassend unterrichtet zu werden. Das ist der eine Sinn, der hinter dem Satz steht:

„Wir befinden uns mitten in einem Manöver der Demokratie, das für den Bestand unserer demokratischen Verfassung noch viel lebenswichtiger ist als das militärische Manöver „Fallex 62“ für die Erprobung unserer Sicherheit.“

Der andere Sinn aber bezieht sich auf die „Militär- und Justizbehörden“. Sie scheinen Arndt weniger sichere Garanten demokratischen Bewusstseins als eher durch obrigkeitsstaatliches Denken geprägt zu sein. Das erklärt, warum er auf das historische Beispiel von Ossietzky verweist, der 1931 in einem von eben diesem Staatsverständnis gekennzeichneten Verfahren wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.⁹⁹ Dahinter steht die unausgesprochene Frage, ob diese Behörden sich als Instrumente der Demokratie erweisen werden oder ob sie auf das hochproblematische Weimarer Niveau zurückfallen oder es nie verlassen haben. Wenn der zweite Fall eintreten sollte, sieht der sozialdemokratische Jurist darin „eine schwere Niederlage“ für die Demokratie.

Wie schon bei seiner Metapher „Manöver der Demokratie“ spielt Arndt auch in seinem letzten Satz mit einem militärischen Begriff: „Jeder ist dazu aufgerufen, daß das Jahr 1963 ein Jahr der Aufrüstung in Demokratie wird.“ Es ist ein ernstes Wortspiel, das sich obrigkeitsstaatlichem Denken widersetzt und für die Demokratie und ihre Vertiefung plädiert. Es bleibt allerdings die Frage, welchen Beitrag „(j)eder für die „Aufrüstung der Demokratie“ leisten kann oder soll, wie er Seines tun kann oder soll, um die „schwere Niederlage“ zu verhindern, dass „Militär- und Justizbehörden“ sich von einem Staatsverständnis leiten lassen, das Arndt für grundfalsch hält. Ist damit zivilgesellschaftliches Engagement gemeint (aber Arndt geht mit keinem Wort auf die Demonstrationen gegen die Bonner Regierung 1962 ein) oder der Aufruf, sich hinter die politischen Kräfte in der Bundesrepublik zu stellen, die für den Schutz und die Umsetzung der demokratischen Verfassung eintreten? Es gibt keine Möglichkeit einer eindeutigen Antwort, näher aber liegt die Vermutung, dass Arndt appelliert, sich für die Demokratie einzusetzen, indem man ihre Kräfte stärkt.

Die Position der Freien Presse in der Demokratiediskussion

Die Position der Freien Presse in der damaligen Demokratiediskussion ist eindeutig zu beschreiben:

⁹⁹ Zu Leben und Wirken von Ossietzkys, <https://www.dhm.de/lemo/biografie/carl-ossietzky> (letzter Zugriff. 29.11.2021).

- (1) Sie identifiziert sich mit dem Demokratieverständnis, das für die Sozialdemokratie durch die Ausführungen im Godesberger Programm verbindlich festgelegt ist.
- (2) Sie will ihren publizistischen Beitrag leisten, um die Demokratisierung in der Bundesrepublik voranzutreiben und jede/n Einzelne/n zu motivieren, die Möglichkeiten des Engagements in einem demokratischen Staat wahrzunehmen.
- (3) Sie macht sich Sorgen um das obrigkeitsstaatliche Potenzial im Denken der Bevölkerung, aber wesentlich ist für sie die Auseinandersetzung um das aus ihrer Sicht notwendige Demokratieverständnis und um dessen politische Umsetzung auf der Ebene der staatlichen Organe.
- (4) Die Freie Presse versteht sich nicht als Teilnehmerin an einem intellektuellen Diskurs über die weitere Entwicklung der bundesrepublikanischen Demokratie, anders als Eickhoff, der sich als geistiger Vertreter einer spezifischen konservativen Weltanschauung in seinem politischen Lager sieht und versucht, sie seiner Leserschaft zu vermitteln und mehrheitsfähig zu machen oder sie zumindest in der politischen Diskussion zu halten. Die Freie Presse begreift sich vor allem als Multiplikatorin sozialdemokratischer Positionen zur Frage der demokratischen Entwicklung. Das erklärt im Übrigen auch, warum es führende Sozialdemokraten sind, die am Ende eines Jahres an prominenter Stelle, auf der ersten Seite, die Ereignisse des vergangenen und die Aufgaben des kommenden Jahres kommentieren und darlegen.

Vergleich

Schon das Formale, der sehr unterschiedliche Umfang von Ausführungen zu den Westfälischen Nachrichten und zur Freien Presse, gibt einen inhaltlichen Hinweis: Das Bedürfnis der Tageszeitung aus Münster, genau: ihres Chefredakteurs, in der Demokratiediskussion Ende der 50er und Anfang der 60er Stellung zu beziehen, war um Vieles stärker ausgeprägt als bei der sozialdemokratischen Parteizeitung.

Eickhoff ist nach seiner Verstrickung in den Nationalsozialismus auf der Suche nach einer führenden Position für den katholischen Konservatismus in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und in einer Staatsform, die ihm vor allem aus Gründen der tiefsitzenden Angst vor dem Kommunismus als akzeptabel erscheint, um deren konkrete Ausgestaltung aber hart zu streiten ist, vor allem mit den „Häresien“ der Sozialdemokratie und des Liberalismus, aber auch mit der Partei, der CDU, deren Mitglied er seit 1957 ist.

Der SPD wirft er das politische Prinzip der „Gleichmacherei“ und der FDP das Gegenteil, einen überbetonten Individualismus, vor, und von seiner eigenen Partei fordert er, sie solle das Christliche stärker betonen, weil nur die religiösen ‚Wahrheiten‘ als übergeordnete Ideen im Volk sinnstiftend wirken können. Er will damit eine geschlossene Weltanschauung in den ideologischen Kampf mit dem Kommunismus führen.

Noch lange vertritt er ein autoritäres Staatsverständnis, mit dem er unfähig ist, Pluralismus als das entscheidende Merkmal moderner Demokratien zu begreifen. Erst mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil finden Eickhoff und die Westfälischen Nachrichten Ende 1965 zur Fähigkeit, in Grenzen den politischen und gesellschaftlichen Pluralismus zu akzeptieren und in ihre Blattkonzeption zu integrieren.

Eickhoff hat dabei ein bemerkenswert sicheres Gespür dafür, die gegen seine Vorstellungen arbeitenden Tendenzen der Zeit wahrzunehmen und dabei journalistischen Gegnern gegenüberzustehen, die die Medienlandschaft auch in einem Staat dominieren, in dem christlich-konservative politische Kräfte die Regierung anführen.

Dieses Trotzdem, in der Defensive zu sein und dennoch Positionen zu verteidigen oder im politischen Diskurs zu halten, kennzeichnet seine Haltung in der Demokratiediskussion, und dabei motiviert ihn weniger die Angst, der Staat könne erodieren, als vielmehr die – berechnete - Befürchtung, die Spielräume, seine Ideen von der Entwicklung zu verwirklichen, würden immer enger.

Er ist mit den Westfälischen Nachrichten auf der Suche nach einem Platz in einer Staatsform, mit der er fremdelt, und bei dieser Suche versteht er sich offensichtlich als Intellektueller, der für ein katholisch-konservatives Bildungsbürgertum seine Positionen zur Identifikation anbietet. Dabei ist er wahrscheinlich nicht gescheitert, gescheitert ist er aber bei dem Versuch, sie (wieder) zu den dominierenden in der Bundesrepublik zu machen. 1969, als er als Chefredakteur bei den Westfälischen Nachrichten ausscheidet, kommt es zur sozialliberalen Koalition unter dem Bundeskanzler Willy Brandt, die Vertreter der „Häresien“ regieren die Bundesrepublik Deutschland.

Die Freie Presse hat es in Folge ihrer sozialdemokratischen Tradition sehr viel einfacher: Sie bekennt sich in ihrer Erstausgabe 1946 zur Demokratie in einem offensichtlich umfassenden Sinn, Demokratie als Staatsform und „geistige Haltung“ des Einzelnen. Mit dem SPD – Parteitag in Godesberg 1959 ist für sie auch das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus geklärt: Es gibt, anders als früher, kein taktisches Verhältnis zur Demokratie als Staatsform, keine Entwicklung aus ihr heraus zu einer vermeintlich geschichtlich notwendigen Endstufe des Sozialismus, sondern die Anerkennung des politischen Wettbewerbs in ihr zwischen unterschiedlichen politischen Positionen, über deren Möglichkeit, umgesetzt zu werden, in Wahlen entschieden wird. Von da an geht es für die Freie Presse darum, die Demokratie zu schützen und auszubauen. Ihre Haltung in der sogenannten Spiegelaffäre gegenüber obrigkeitstaatlichen Gefährdungen ist dafür ein beredtes Beispiel. Es scheint bei diesem Vorhaben aber auch so zu sein, dass sie dabei nicht an zivilgesellschaftliches Engagement denkt, sondern letztlich an die Unterstützung der Partei, deren Zeitung sie ist.

Man kann feststellen: Eickhoff und die Westfälischen Nachrichten üben nicht nur Kritik an SPD und FDP, sondern auch an der Partei, der sie nahestehen. Sie leisten damit ihren Beitrag zur Demokratisierung. Vor allem aber – wie immer auch das historische Urteil über ihre Position in der damaligen Demokratiediskussion ausfällt – nehmen sie zahlreiche Menschen, die sich in ihrem Verbreitungsgebiet mit ihrer Position identifizieren, gedanklich nach und nach mit in die Bundesrepublik und vermitteln ihnen den Eindruck, auch in diesem Staat publizistisch vertreten zu sein. Die Kategorien Demokratisierung und Liberalisierung sind zwei unterschiedliche: Man kann Element der Demokratisierung sein, auch gegen die eigene Absicht, ohne eine Liberalisierung der Demokratie als Staatsform und Lebenshaltung einzufordern. Das gilt für die Westfälischen Nachrichten.

Man kann feststellen: Die Freie Presse ist schon infolge ihrer Selbstdefinition als Tageszeitung der oppositionellen SPD ein Element der Demokratisierung, und sie ist – anders als die Westfälischen Nachrichten – zugleich ein Medium, das für eine Liberalisierung der Demokratie als Staatsform und Lebenshaltung eintritt, wie es sehr nachdrücklich Adolf Arndt in der Silvesterausgabe 1962 getan hat, als er sowohl das demokratische Bewusstsein der Einzelnen anmahnt als auch gegen mögliches obrigkeitsstaatliches Denken in Militär- und Justizbehörden anschreibt. Demokratie als Lebenshaltung bezieht sich aber vor allem darauf, die SPD als Garanten für die Weiterentwicklung der Staatsform zu unterstützen.

Die Westfälischen Nachrichten tragen auf ihre spezifische Art zur Demokratisierung bei und vertreten lange Zeit eine autoritäre Interpretation von Demokratie. Die Freie Presse ist in der Verbindung mit der Oppositionspartei SPD ebenfalls ein Element der Demokratisierung, und zugleich wirkt sie hin auf eine Liberalisierung von Staat und Gesellschaft, ein Ziel, das sie durch die Partei, für die sie arbeitet, und deren Unterstützung am ehesten als erreichbar ansieht.

3. Aspekt der Analyse 3: Die beiden Zeitungen und ihr Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit

Ulrich Herbert hat in seiner „Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“ zum Thema „Vergangenheitsbewältigung“ festgestellt, es habe in der ersten Hälfte der sechziger Jahre im „Mittelpunkt der 'Zeitkritik'“ gestanden. In dieser Zeit habe sich die NS-Vergangenheit „zur zentralen Herausforderung von Staat und Gesellschaft“ ausgewachsen, und sie sei „im Innern wie von außen betrachtet zum wichtigsten Kriterium für Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit der demokratischen Entwicklung in Westdeutschland“ geworden.¹⁰⁰ Diese „Herausforderung“ stellte sich angesichts einer Bevölkerung, deren Mehrheit „mit Abwehrmechanismen“

¹⁰⁰ Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, S.769.

reagierte, „die die psychischen und politischen Auswirkungen einer kritischen Erinnerung einzudämmen versuchten“¹⁰¹, und in der zugleich die Angehörigen der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 mit dem weitverbreiteten Vorwurf leben mussten, ihre Männer, Väter und Brüder seien „Verräter“ gewesen. Bis weit in die sechziger Jahre hinein bestimmte dieses Urteil die öffentliche Meinung.¹⁰²

Wie stellten sich die Westfälischen Nachrichten und die Freie Presse der Herausforderung der Erinnerung an die NS-Vergangenheit? Wie gingen sie mit den Verbrechen der NS-Diktatur um? Welche Position nahmen sie gegenüber der „Vergangenheitsbewältigung“ ein? Ich gehe diesen Fragen anhand von Kommentaren und wertenden Berichten zu Ereignissen aus den Jahren 1958, 1961/62, 1963-1965 und 1965 nach.

1958 finden mehrere Ereignisse statt, die Niederschlag in den Westfälischen Nachrichten finden:

- (1) Im Februar 1958 wird am Landgericht Arnsberg das Urteil gegen ehemalige Mitglieder der Waffen-SS und der Wehrmacht gesprochen, die im März 1945 an der Ermordung von 207 weiblichen und männlichen Zwangsarbeitern und eines Kindes beteiligt waren. Von den sechs Angeklagten wurden nur zwei verurteilt, zu fünf bzw. anderthalb Jahren Gefängnis.
- (2) Mitte des Jahres findet der Prozess gegen den früheren SS-Mann Martin Sommer statt, dem für seine Zeit als Wachsoldat im KZ Buchenwald 67 Morde und mehrere hundert schwere Körperverletzungen mit Todesfolge vorgeworfen werden. Am 3. Juli 1958 wird Sommer zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.
- (3) Während des Prozesses gegen Sommer erheben mehrere Häftlinge aus Buchenwald schwere Tötungsvorwürfe gegen den ehemaligen Lagerarzt Hans Eisele, der seit Jahren als niedergelassener Arzt in München lebt und die neuen Anschuldigungen zum Anlass nimmt, nach Ägypten zu fliehen.
- (4) Am 29. August 1958 verurteilt das Landgericht Ulm den ehemaligen Polizeidirektor von Memel, Bernhard Fischer – Schweder und neun weitere Angeklagte wegen Beihilfe zum Mord zu Zuchthausstrafen zwischen drei und 15 Jahren. Sie hatten zwischen Juni und September 1941 als Angehörige des Einsatzkommandos Tilsit im deutsch-litauischen Grenzgebiet mehrere Tausend jüdische Kinder, Frauen und Männer ermordet.

Für das Jahr 1961 steht der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem im Mittelpunkt. Der Organisator der Transporte in die Vernichtungslager wird zum Tode verurteilt und nach gescheiterter Revision am 1. Juni 1962 hingerichtet.

¹⁰¹ Biess: Republik der Angst, S.211.

¹⁰² Steinbach, Peter: Stachel im Fleisch der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Die Deutschen und der Widerstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd.44, 1994, H.28, S.5.

Von 1963 bis 1965 findet in Frankfurt der erste Ausschwitz – Prozess statt. Die Urteile lauten nach 183 Verhandlungstagen auf sechs lebenslange Zuchthausstrafen, eine zehnjährige Jugendstrafe und zehn Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und vierzehn Jahren. Drei Angeklagte werden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Am 10. März 1965 verhindert der Deutsche Bundestag die drohende Verjährung für NS-Verbrechen; er beschließt mit Mehrheit, sie weiter zu verfolgen.

Die Westfälischen Nachrichten und ihre Art der „Vergangenheitsbewältigung“

Der Arnsberger Mordprozess 1958

Für den Arnsberger Zwangsarbeiter – Mordprozess liegt kein eigenständiger Kommentar vor, sondern ein aufschlussreicher, mit den Initialen H.M. (H.M. = Helmut Müller) gezeichneter sogenannter eigener Bericht über den Tag der Urteilsverkündung.¹⁰³ Müller, der bei den Westfälischen Nachrichten für Reportagen zuständig war, spricht von einem „Gefühl“, das man nicht loswerde:

„Dreizehn Jahre haben einen nicht mehr zu lüftenden Schleier über die grausamen Vorgänge in den Wäldern um Warstein im März 1945 gelegt. Was übrig bleibt, ist ein Prozeß gewesen, in dem mit beispielhafter Sachlichkeit, mit Ernst und Gewissenhaftigkeit nach der Wahrheit geforscht wurde. Dreizehn Jahre aber sind eine Frist, in der sich manches verwischt... .“

Die Tat habe sich „genau rekonstruieren“ lassen, „(n)icht aber jene hektische Atmosphäre in der Stunde des Untergangs des sogenannten Dritten Reiches. Sie hat ganz bestimmt wesentlich zum Schuldigwerden der Angeklagten beigetragen.“ Er kommt zu dem Schluss:

„Für die vielen Unbeteiligten mag das Urteil dieses Prozesses, das im In- und Ausland mit großem Interesse verfolgt wurde, äußerst milde erscheinen. Die souverän vorgetragene Urteilsbegründung des Vorsitzenden sowie seine tiefgehenden Ausführungen aber ergaben die ruhige Erkenntnis, daß hier mit aller Sorgfalt vorgegangen worden ist und das Strafmaß wesentlich durch den langen Zeitraum zwischen Tat und Prozeßeröffnung bedingt war sowie durch die Tatsache, daß ein großer Teil der Belastungszeugen selbst in die Geschehnisse jener Zeit verstrickt waren. Der Urteilsspruch zu Arnsberg war aus der Perspektive der Jahres 1958 ein Spruch der Gerechtigkeit.“

¹⁰³ M(üller), H(elmut): Urteil in Arnsberg gesprochen: 5 Jahre Gefängnis für Wetzling, in: Westfälische Nachrichten, 13.2. 1958.

Das sah man weder in anderen Presseorganen so noch in der Politik. Der Journalist Heinz Stuckmann nannte in der „Zeit“ vom 20. Februar 1958 das Urteil „seltsam(e)“ und schreibt zu der Strafe für den Hauptangeklagten Wetzling, für den der Staatsanwalt lebenslänglich gefordert hatte:

„Im Gesetz heißt es: 'Der Mörder wird mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.' Das Gericht hielt fünf Jahre für ausreichend. Bei aller Achtung vor dem Gericht, bei aller Besonnenheit nach dreizehn Jahren: Man möchte schreien vor Entrüstung.“¹⁰⁴

Einen Tag nach Müllers Artikel berichten die Westfälischen Nachrichten aus Bonn über politische Reaktionen auf das Urteil¹⁰⁵:

„Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Arndt bezeichnete im Rechtsausschuß des Bundestages das Arnsberger Urteil gegen den ehemaligen SS-Oberfeldrichter Wetzlin (!), das wegen Totschlags in 151 Fällen auf fünf Jahre Gefängnis lautete, als einen 'Mord am Recht'. Dieses Strafmaß entehre die Bundesrepublik Deutschland und ermuntere 'alle Massenmörder von Katyn bis Tunis'. Der CDU-Abgeordnete Hoogen erklärte als Ausschußvorsitzende, er sehe keinen Anlaß, die scharfe Ausdrucksweise Arndts zu beanstanden. Ohne sich die Äußerungen des sozialdemokratischen Abgeordneten zu eigen zu machen, müsse auch er sein Befremden über das Urteil wegen des Strafmaßes zum Ausdruck bringen.“

Prominente Vertreter von CDU und SPD übten dieselbe heftige Kritik am Urteil, das für Müller „ein(en) Spruch der Gerechtigkeit“ bedeutete. Sein Bericht endet mit der Frage: „Ob dieser Spruch das Gewissen der Angeklagten von jeglicher innerer Schuld befreit – wer weiß das?“ Offensichtlich geht der Autor davon aus, dass es eine Diskrepanz zwischen der aus seiner Sicht juristisch gebotenen 'Milde' und der tatsächlichen Schuld der Angeklagten geben kann. Sie, diese Diskrepanz, ist aber keine rechtliche mehr, sondern ausschließlich eine persönliche Frage. In der Revisionsverhandlung vor dem Landgericht Hagen 1959 wurde deutlich, dass diese Diskrepanz durchaus noch justiziablen Spielraum ließ: Wetzling wurde zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Stuckmann, Heinz: Pro Mord zwölf Tage. Das seltsame Urteil von Arnsberg, in: Die Zeit, 20.2.1958, <https://www.zeit.de/1958/08/pro-mord-zwoelf-tage/komplettansicht> (letzter Zugriff. 29.11.2021).

¹⁰⁵ „Mord am Recht“ Befremden über Arnsberger Urteil, in: Westfälische Nachrichten, 14.2. 1958.

¹⁰⁶ Hast: Lebenslänglich. Das Urteil von Hagen, in: Die Zeit, 27.11. 1959, <https://www.zeit.de/1959/48/lebens-laenglich>. (letzter Zugriff. 29.11.2021).

Der Prozess gegen den „teuflischen Totschläger“ Martin Sommer 1958 und der Widerstand des 20. Juli 1944

Der „Spiegel“, das Presseorgan, das den Westfälischen Nachrichten ein Dorn im Auge war, hatte seinen Artikel über die Morde im Arnsberger Wald zu Prozessbeginn betitelt: „Die Mörder sind unter uns“¹⁰⁷ und damit auf den gleichnamigen Film von Wolfgang Staudte 1946 angespielt, der die biedermännische Integration von Kriegsverbrechern in die deutsche Nachkriegsgesellschaft und damit die Frage nach Schuld und Verdrängung zum Thema gemacht hatte. In seinem Kommentar in der Ausgabe vom 12./13. Juli 1958¹⁰⁸ nimmt der stellvertretende Chefredakteur Theo Fritzen den Filmtitel auf und bestätigt seine Richtigkeit, indem er ihn auf den Prozess gegen den „teuflischen Totschläger“ Martin Sommer bezieht. Fritzen bindet in seiner Argumentation mehrere Ereignisse und Sachverhalte zusammen: die „Sensation einer Flucht nach Ägypten, durch die sich ein des heimtückischen Massenmordes verdächtiger 'Arzt' den Gerichten zu entziehen sucht“, den Arnsberger Fremdarbeiter – Prozess und die Tat der „mutigen Männer des 20. Juli 1944“. Seine entscheidende Motivation aber liegt in dem Missverhältnis zwischen Sommers Taten und der Reaktion auf sie in der Öffentlichkeit:

„Die im Vergleich zur schreienden Untat lasche Reaktion der Öffentlichkeit selbst noch beim Prozeß Sommer fordern diese Zeilen heraus. Als vor ein paar Jahren ein schleswig-holsteinischer Hundeschlächter unter Anklage stand, erregten sich manche in Pseudo-Anwandlungen echten Erbarmens mehr als über den Menschen-Totschläger Sommer. Eine Flut von Illustrierten stürzte sich auf Münchner Ärzte wegen medizinischer Versuche an Tieren. Zur gleichen Stunde aber lebte in München der Arzt Dr. Eisele, dessen Spritzen Hunderte von Menschen ums Leben gebracht haben sollen. Ausgestattet mit Spruchkammer-Freispruch, Heimkehrer-Beihilfe und zinslosem Darlehn lebte Kassenarzt Dr. Eisele mit unserem Geld ausgestattet unter uns, geschützt von Verwandten im Geiste.“

Fritzen kritisiert das Verhalten einer Öffentlichkeit, die sich über den Umgang mit Tieren echauffiert, aber die Unmenschlichkeiten der NS-Vergangenheit ignoriert oder gar hilft, sie zu vertuschen. Er spricht von „Merkwürdigkeiten“, die im Fall Dr. Eisele auch „die Arbeitsweise von Justiz und Polizei“ betreffen, „denen sonst in unseren Breiten doch kaum mangelnder Eifer und Verantwortungsbewußtsein nachgesagt werden“. Er schreibt an gegen eine Öffentlichkeit, die von einer Schlusstrich – Mentalität geprägt ist, eine gegenüber NS-Verbrechern „lasche“ Justiz und Polizei und gegen die finanzielle staatliche Unterstützung für NS-Täter und ihre Reintegration.

¹⁰⁷ Die Mörder sind unter uns, in: Der Spiegel 50, vom 10.12.1957, zitiert nach: <https://www.spiegel.de/panorama/die-moerder-sind-unter-uns-a-6ddad305-0002-0001-0000-000041760009?> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

¹⁰⁸ Fritzen, Theo: Die Schatten von gestern, in: Westfälische Nachrichten, 12./13.7. 1958.

Seiner Darstellung der „Merkwürdigkeiten“ folgt die Frage: „Weshalb wir dies hier aufzählen?“. Es geht ihm zunächst darum, einen möglichen, sicherlich ihm vertrauten Einwand zu entkräften: „Ganz gewiß nicht, um eine verspätete 'Nazi-Hetze' aufzuziehen!“ Ausgehend von dem Unmut, den der Versuch einer flächendeckenden Entnazifizierung nach 1945 hervorgerufen hat und von dem er weiß, folgert er:

„Ganz im Gegenteil, gerade jenen harmlosen Pgs, die in den ersten Nachkriegsjahren schikaniert worden sind, muß an der Klärung möglichst vieler Verbrechen gelegen sein. Denn sie hat eine summierende 'Entnazifizierung' oft fälschlicherweise verdächtigt.“

Das heißt, wenn Fritzen „Klärung“ will, dann meint er die Identifikation und Verurteilung von tatsächlichen NS-Verbrechern. „Das ist nicht mehr und nicht weniger als ein ganz kleiner Beitrag zu der noch immer ungelösten Aufgabe, mit unserer deutschen Vergangenheit 1933 bis 1945 fertig zu werden.

Es ist zugleich die nie aufhörende Aufgabe, dem Recht und der Gerechtigkeit zu dienen. 'Schwamm drüber' wäre keine Gerechtigkeit, sondern der bequeme Ausweg, von dem sich die Gefahr neuer Pfade des Unrechts und der Gewalttat abzeichnen.“

Die Gefahr begründet Fritzen damit, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Sommers Taten und dem System gibt, in dem er sie begangen hat. „Der sadistische Totschläger Sommer ist nämlich nicht nur das Produkt einer entarteten Natur, sondern mehr noch eines verirrten staatlichen Systems des Unrechts.“ Der NS-Unrechtsstaat und die Entfesselung der tierischen, „bis dahin ordnungsüberdeckten Instinkte“ bedingen einander. Prägnant fasst Fritzen diesen Gedanken in zwei Sätzen zusammen: „Er [der Nationalsozialismus, d. Verf.] hob die Rechtsordnung auf und enthemmte die Bestie im Menschen. Die zerstörte Rechtsordnung zerstörte anfällige Menschen.“

Es sei die Sprache, die den „Grad ihrer Entmenschlichung noch heute (verrät)“. Dafür führt er Beispiele an, von Sommer, Dr. Eisele, aus dem Arnsberger Prozess und dem Prozess in Ulm, um an ihnen die dauerhafte Wirkung der „Entmenschlichung“ durch eine „zerstörte Rechtsordnung“ zu belegen. Diese Beispiele leiten zugleich zu seiner Verteidigung des Rechtsstaats in der Bundesrepublik über. „Der Rechtsstaat ist immer in Gefahr. Sich daran zu erinnern, sollten uns die Ereignisse dieser Tage neu ins Gedächtnis rufen. Dies zu tun allein ist auch unsere Absicht.“ Noch einmal setzt er sich mit möglichen Relativierungen auseinander und erläutert sehr eindringlich, dass diese Relativierungen der NS-Vergangenheit Entschuldigungen der begangenen Verbrechen bedeuten:

„Wer sich über Unvollkommenheiten unseres demokratischen Staates äußert und dabei vergessend und vertuschend das Reich Hitlers und den Nationalsozialismus als 'doch in manchem gut' teilrechtfertigen möchte, der verteidigt zugleich die Methode Sommers,

Menschen über einen Bock zu legen und zu Tode zu prügeln (...). Wer nun über die Autobahn zu südlichen Ferienzeilen gleitet und entschuldigend meint, das sei doch eine 'Leistung des Führers' gewesen, der entschuldigt zugleich die Eidbrüchigen des Hippokrates, die den Menschen nicht dienten, sondern sie mordeten.“

Für Fritzen gilt, dass der nationalsozialistische Staat ein durch und durch verbrecherisches System gewesen und jede Relativierung nicht nur unstatthaft, sondern der Versuch ist, auch seine Unmenschlichkeiten zu legitimieren.

„Jene entsetzlichen Folgen einer Abkehr vom Rechtsstaat lasten auf uns. Wir werden von dieser Last nicht frei durch ein verkrampftes Vergessenwollen. Auch die tausendfachen Fehler der alliierten Sieger mit ihrer teilweisen hysterischen 'Entnazifizierung' hat uns die Last nicht genommen, sondern die eigene Befreiung davon nur schwerer gemacht. Denn hinter der Unsinnswand millionenfacher Beschuldigung verbarg und verbirgt sich die Schuld. Das Unrecht am kleinen Pg. ist dem Verbrecher das willkommene Alibi. Noch ist jene deutsche Vergangenheit ein Sammelsurium von eigenem und fremdem Versagen. Die Diskussionen um Sommer und Dr. Eisele können gewiß nicht jene Vergangenheit bewältigen. Die Justiz kann das allein schon gar nicht. Dennoch können diese Todesschatten der Vergangenheit an diesen sommerlich heiteren Tagen uns helfen, die Männer des 20. Juli vorbehaltlos zu ehren und in uns den Eifer und die Liebe zur freiheitlichen Staatsform zu mehren. Denn was sind ihre Mängel und Unvollkommenheiten gegenüber den Untaten des Gewaltstaates, die uns bis heute verfolgen...“

Am Schluss seines Kommentars macht Fritzen deutlich, dass die „Befreiung“ von der „Last“ der Vergangenheit nicht durch „ein verkrampftes Vergessenwollen“ gelingen kann, dass sie nicht allein eine Aufgabe der Justiz ist und sie, diese Aufgabe, auch nicht durch „Diskussionen um Sommer und Dr. Eisele“ erledigt ist. Das heißt, es ist weiterhin die Justiz, die bestrafen muss, was an Verbrechen begangen wurde, aber vor allem geht sein indirekter Aufruf an jeden Einzelnen, sich der Vergangenheit zu stellen, weil die „Befreiung“ von der „Last“ eine dauerhafte Aufgabe ist. Möglicherweise meint Fritzen aber auch, dass es letztlich nicht möglich ist, „jene Vergangenheit (zu) bewältigen“, sondern man nur verhindern könne, dass Ähnliches noch einmal geschehe, und das gehe nur im Einsatz für die Demokratie und der Identifikation mit ihr und in der Verehrung für diejenigen, die am 20. Juli 1944 versucht haben, das verbrecherische System zu beseitigen.

Wenn Fritzen die deutsche Vergangenheit „(n)och“ als „ein Sammelsurium von eigenem und fremdem Versagen“ begreift, dann scheint sich das „fremde(m) Versagen“ auf die falsche Entnazifizierungspolitik der Alliierten zu beziehen. Sie nämlich hat die Erkenntnis des „eigene(n) Versagen(s)“ erschwert: „Das Unrecht am kleinen Pg. ist dem Verbrecher das willkommene Alibi.“

Das „Noch“ deutet darauf hin, dass Fritzen die Zeit gekommen sieht, sich nur noch mit dem „eigene(n) Versagen“ zu befassen.

In zweierlei Hinsicht ist Fritzens Kommentar der Versuch, den von ihm vermuteten öffentlichen Mainstream zu beeinflussen, gegen ihn zu argumentieren und für Positionen zu werben, die aus seiner Sicht im Umgang mit der NS-Vergangenheit unerlässlich sind: (1) sich „der immer noch ungelösten Aufgabe“ zu stellen, die NS-Verbrechen aufzuarbeiten, und (2) die „Männer des 20. Juli vorbehaltlos zu ehren“.

Aufschlussreich ist freilich, dass der zeitgleich laufende Ulmer Einsatzgruppen – Prozess im Kommentar eine lediglich randständige Rolle spielt (Es wird lediglich die Aussage eines dortigen Zeugen als Beispiel für die Entmenschlichung der Sprache angeführt). Im Mittelpunkt von Fritzens Überlegungen stehen zwei sogenannte Exzesstäter, Sommer und Dr. Eisele, zwei Personen, deren abnormes Verhalten durch ein Unrechtssystem mobilisiert worden ist. Erst dieses System entfesselt das bereits vorher vorhandene sadistische Potenzial. Im Umkehrschluss, den Fritzen nicht zieht, der sich aber als logischer Subtext anbietet, bedeutet das: Der 'normale' Mensch ist selbst in einem verbrecherischen Staat weitgehend davor geschützt, verbrecherische Taten zu begehen. Die Entlastungsfunktion eines solchen der Leserschaft nahegelegten Schlusses liegt auf der Hand. Diese Art, Entlastung zu schaffen, kennzeichnet aber auch weitestgehend die Berichterstattung der überregionalen Zeitungen zum Ulmer Prozess, die davon geprägt ist, die „Reproduktion des NS-Systems als grausame Tat einzelner Exzesstäter“ zu vermitteln.¹⁰⁹

Der Konservative Hans Zehrer hatte anlässlich des Urteils gegen Sommer in der „Welt“ in seinem Kommentar Sommer als ein „Gespenst“ beschrieben. Er stellte ihn als „gesellschaftlichen Außenseiter“ vor und erklärte, 'der Weg zu diesem kalten und gefühllosen Schläger und Mörder (sei nicht nur) zu lang, als dass es noch ein menschliches Band gäbe, das mit ihm verbindet'. Der Weg sei ‚auch zu weit, als daß er einen Zugang zur Geschichte erschließen, an die eigene Mitschuld rühren und eine Entwicklung in Gang setzen könnte, die zur Aufarbeitung des Geschehens führen würde‘. Er sah in Sommer den „Abschaum einer Gesellschaft“, eine „Unterschicht“, „die immer vorhanden ist, in jedem Volk und jeder Gesellschaft“.¹¹⁰

Der Konservative Theo Fritzen meint wie Zehrer, dass es in jeder Gesellschaft eine „Unterschicht“ gibt, in der das Potenzial zur Unmenschlichkeit vorhanden ist. Jedoch anders als sein konservativer Kollege bindet er die Möglichkeit, dass es entfesselt werden kann, an eine Voraussetzung: ein Unrechtssystem. Der Rechtsstaat aber zwingt das Potenzial in die Ordnung.

¹⁰⁹ Fröhlich, Claudia: Der „Ulmer Einsatzgruppen-Prozess“ 1958. Wahrnehmung und Wirkung des ersten großen Holocaust-Prozesses, in: Osterloh, Jörg / Vollnhals, Clemens (Hrsgg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S.233 – 262, hier v.a.: S.239 – 243, Zitat, S.239.

¹¹⁰ Zehrer, Hans: „Das Urteil von Bayreuth“, in: Die Welt vom 5.7.1958, zitiert nach: Fröhlich, Claudia: Der „Ulmer Einsatzgruppen-Prozess“ 1958, in: NS-Prozesse, S.233 – 262, hier: S.248.

Deshalb plädiert er für die Aufarbeitung des Unrechts und die Unterstützung der existierenden „freiheitlichen Staatsform“, während „Zehrer weder Sinn noch Nutzen einer juristischen und öffentlichen Auseinandersetzung mit dem NS-System für die westdeutsche Gesellschaft erkennen konnte.“¹¹¹

Fritzens Blick war fixiert auf die Konzentrationslager; dort, meint er, konnten sogenannte Exzesstäter wie Sommer und Dr. Eisele ihre Unmenschlichkeit ausleben. Der „Ulmer Einsatztruppen – Prozess“ 1958 befasste sich mit der tausendfachen Ermordung von jüdischen Frauen, Männern und Kindern. Seine Dimension überstieg bei weitem das Ausmaß der Verbrechen, die Sommer und Dr. Eisele begangen hatten (Zu ihm habe ich keinen Kommentar in der Zeitung gefunden). Der Prozess gegen Eichmann 1961 befasste sich mit dem systematischen Genozid an den Juden. Eichmann war für die Organisation des millionenfachen Mordes zuständig gewesen.

Der Eichmann-Prozess 1961

Der Prozess findet in den Westfälischen Nachrichten breite Publizität, ausführliche Artikel zur Person, zu den verbrecherischen Eichmann Aktivitäten in der NS-Zeit und zur Verhandlung vor dem israelischen Gericht finden sich in ihr, übernommen von Presseagenturen.

Ich untersuche die Haltung der Zeitung auf der Grundlage von drei Kommentaren. Der erste stammt von J. G. v. Morr, trägt den Titel „Der Appell von Jerusalem“ und erscheint einen Tag nach Prozessbeginn am 12. April 1961. Der zweite ist mit hl. gezeichnet, er erscheint einen Tag, nachdem das israelische Sondergericht Eichmann für schuldig erklärt hat, am 12. Dezember 1961 und ist „Der Schuldspruch“ betitelt. Beide Kommentare haben Mitglieder der Redaktion geschrieben. Der dritte Kommentar, der eindeutig längste, ist aus dem Deutschen Monatsblatt. Zeitschrift der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands übernommen. Ihn hat das damalige CDU-Mitglied im Deutschen Bundestag, der Jurist Franz Böhm, verfasst. Er trägt den Titel „Der Eichmann-Prozeß und wir“. Es ist davon auszugehen, dass er zumindest im Grundsätzlichen der Meinung in der WN-Redaktion entspricht.

von Morr beginnt seinen Kommentar¹¹² mit der Feststellung, dass das Verfahren zwar „Eichmann-Prozeß“ heiße, „(a)ber im Grunde handelt es sich weder um Eichmann, (!) noch um einen Prozeß“. Er begründet diese Behauptung mit zwei Argumenten:

- (1) Die Aufgabe eines Prozesses sei es, „Schuld oder Unschuld des Angeklagten“ zu ermitteln. Im Falle Eichmanns aber könne „niemand mehr“ an der Schuld des Angeklagten zweifeln.

¹¹¹ Fröhlich, S. 248.

¹¹² v. Morr, J.G.: Der Appell von Jerusalem, in: Westfälische Nachrichten, 12.4. 1961.

„Vor der Größe seines Verbrechens verblassen alle Einzelheiten. Kein Strick für diesen Mörder kann den Mord an einem ganzen Volk sühnen, kann das millionenfach geschändete Recht wiederherstellen oder auch nur einem der Hinterbliebenen Genugtuung verschaffen. Gerechtigkeit für ein Monstrum? Es gibt keine.“

- (2) „... es ist keine juristische, es ist eine historische Dokumentation“, die in diesem Verfahren stattfindet. „Es ist keine Gerichts-Schau, es ist eine Geschichts-Schau“. Für von Morr heißt der Angeklagte nicht Eichmann., „er heißt nicht einmal Deutschland, obgleich der deutsche Name von Deutschen auf das entsetzlichste mißbraucht werden konnte – der Angeklagte heißt Antisemitismus, Verblendung, Fanatismus, Unmenschlichkeit in jeder Form.“

Von Morr geht auf eine Frage ein, von der er meint, dass sie sich viele in Deutschland und auch in Israel stellen, ob es notwendig ist, den „monströsen Vorgang ohne geschichtliches Beispiel“ (für den der Name Eichmann steht) zu erforschen. Die diese Frage stellen, „empfinden ein Grauen davor, die fürchterliche Vergangenheit wieder lebendig werden zu lassen, die sie mühsam genug vergessen hatten.“ Der Kommentator rechtfertigt die 'Erforschung' mit der Aufgabe, die das Verfahren haben soll: „... das Gewissen der Welt zu schärfen, - um eine Wiederholung, gleich wo und gleich in welcher Form, unmöglich zu machen.“

Am Schluss geht von Morr auf die Bedeutung des Verfahrens für Deutschland ein. Auch wenn in der Verhandlung „viele als Mitschuldige - aktiv oder passiv -“ genannt würden, „die keine deutschen Namen tragen“, sei das „kein Trost für uns. Es nimmt vom deutschen Namen die Verantwortung nicht, es mindert sie um nichts.“

„Wiedergutmachen können wir die Verbrechen jenes Deutschland nie. Beweisen, daß unser Deutschland anders ist, können wir nur durch eines: durch den Willen zur Freiheit und zur Menschlichkeit.“

Denn: „Nur in der Diktatur, sei sie nun brauner oder roter oder welcher Farbe immer, kann die Menschlichkeit so mißachtet werden.“ Wenn der Kommentar den Titel „Der Appell von Jerusalem“ trägt, dann gibt es dafür zwei Gründe: Der Prozess ist „eine Mahnung an die Welt, daß Fanatismus und Verblendung in jedem Volke ihre Opfer finden können – wenn sie auf Gleichgültigkeit und Angst treffen“, und an die Deutschen, für „Freiheit“ und „Menschlichkeit“ einzutreten. Der Appell hat also zwei Adressaten: die Welt und die Deutschen.

hl. geht in seiner Kommentierung¹¹³ des Schuldspruchs vor allem auf die Bedeutung des Prozesses ein. Er sieht vor allem drei Aspekte als wesentlich an:

¹¹³ hl.: Der Schuldspruch, in: Westfälische Nachrichten, 12.12. 1961.

- (1) Die Verhöre „waren der mit allem Ernst unternommene Versuch, ein System bis zur letzten Faser seiner Unmenschlichkeit bloßzulegen, um für immer ein Mahnmal aufzurichten, das der gesamten Menschheit das Gewissen schärfen und sie vor einer weiteren fürchterlichen Verwirrung bewahren soll.“
- (2) „Der Prozeß war weiter der Versuch der im Staate Israel lebenden jüdischen Nation das Trauma jener Massenvernichtungen (...) für sich selbst zu bewältigen, denn hier war nicht zuletzt eine Art Generationsproblem entstanden, das auf den älteren, die mit dem Leben davongekommen waren, und den jüngeren, die das alles nicht selbst aus eigener Anschauung kannten, in gleicher Weise lastete.“
- (3) „... wir selbst haben uns als Deutsche bewußt zu sein, (...) daß dieses Regime mit seinem Rassenwahn und seiner steinernen Grausamkeit aus unserer Mitte heraus entstanden ist. Eichmann ist mit Recht nur ein Symbol genannt worden (...). Darum enthebt seine Aburteilung keinen von uns der sittlichen und der nationalen Pflicht, die ganz bittere Wahrheit zu erkennen und mit ihr in ehrlicher Weise fertig zu werden.“

Danach hatte der Prozess drei verschiedene Adressaten und Funktionen:

- (1) die Menschheit, der er ein wirksames „Mahnmal“ gegen Unmenschlichkeit sein sollte,
- (2) die Menschen in Israel, denen er helfen sollte, das „Trauma jener Massenvernichtungen“ zu „bewältigen“,
- (3) „uns als Deutsche“, denen er die „sittliche(n) und (...) nationale Pflicht“ (auferlegt), die ganz bittere Wahrheit zu erkennen und mit ihr in ehrlicher Weise fertigzuwerden“.

Die dritte Funktion des Prozesses begründet hl. in seinem Schlusssatz: „Es gibt keinen anderen Weg, wieder zu Selbstachtung und zur Wiedergewinnung der Achtung anderer Völker zu gelangen.“

Böhm sucht in seiner Analyse des Zusammenhangs zwischen dem Eichmann-Prozess und den Deutschen („wir“)¹¹⁴ einen grundsätzlichen und historischen Ansatz, um zu erklären, dass auch gegen alle möglichen Vorbehalte in der deutschen Bevölkerung eine so tief wie möglich gehende Aufklärung der deutschen Verbrechen an den Juden notwendig ist. Er sieht in der „diktatorische(n) und terroristische(n) Staatsgewalt“, wie sie der Nationalsozialismus unkontrolliert ausgeübt hat, die Voraussetzung für die begangenen „Riesenverbrechen“, für deren Vertuschung, für das Schweigen der Wissenden und das „Duckmäusertum(s)“ der Millionen Ahnenden.

„Nur eine solche Staatsgewalt kann verhindern, daß der Umfang und die Einzelheiten des verbrecherischen Vorgangs bekannt werden, und erreichen, daß diejenigen, die Genau-

¹¹⁴ Böhm, Prof. Dr. Franz: Eichmann-Prozeß und wir, in: Westfälische Nachrichten, 24./25.6. 1961

res wissen, schweigen und daß die Millionen, die immerhin ahnen, daß etwas Grauenhaftes vor sich geht, jedes natürliche Entsetzen unterdrücken und im Zustand eines gelähmten Duckmäsertums verharren.“

Ein solches System zwingt zum Schweigen und zur Unterdrückung des Entsetzens, zur Hinnahme des Verbrechens, und Böhm deutet an, dass die Tatsache der Diktatur die Einzelnen nicht freispricht von Verantwortung. Im Mittelpunkt aber steht das System, dessen Funktionsweise gerade die Deutschen nach ihren Erfahrungen begreifen müssen. Er konfrontiert dieses Gewaltsystem mit der Demokratie, und die Trennungslinie zwischen beiden markiert er exakt mit der Feststellung, dass das eine Verbrechen wie die „Judenvernichtung“ ermögliche und das andere sie verhindere:

„(...) selbst diejenigen, die an der Demokratie kein gutes Haar lassen möchten, werden zugeben müssen, daß demokratische Verfassungen jedenfalls einen Vorzug haben, nämlich den, daß sie Geschehnisse wie die Judenvernichtung absolut, schlechthin unmöglich machen.“

Im Rückblick auf die Zeit seit dem Ende des Ersten Weltkriegs analysiert er sehr aufschlussreich das Verhältnis der Deutschen zur Demokratie. Ausgangspunkt dafür ist die These:

„Wir Deutschen haben uns, sehr zu unserem Unheil, seit der Niederlage im ersten bis zur Niederlage im zweiten Weltkrieg, über ein Vierteljahrhundert lang, mit den gehässigsten Vorwürfen, Urteilen und Beschwerden über alles, was Demokratie heißt, füttern lassen; Millionen von uns konnten von Beschimpfungen des 'Systems' nicht genug hören.“

Es geht ihm tatsächlich darum, die NS-Diktatur und auch ihre Verbrechen als Ergebnis der Demokratiefeindlichkeit vieler Deutscher begreiflich zu machen:

„Die Weimarer Verfassung war noch nicht beschlossen, da war ein geschlossener Aufmarsch von Demokratiefeindlichkeit bereits perfekt. Es ist einfach nicht wahr, daß erst die Fehler und Mißerfolge des Regimes diese Gegnerschaft haben entstehen lassen; ein großer Teil des deutschen Publikums auf der Tribüne des politischen Stadions pfiff bereits auf den Hausschlüsseln, als sich der Weimarer Staat zum erstenmal auf der Startbahn vorstellte. Nach der 'Machtübernahme' ist keine Hitler-Rede, kein Goebbels-Artikel, kein Reichsparteitag ins Land gegangen, ohne daß die Nation aus allen Rundfunkkästen mit Schmähungen gegen die Demokratie und gegen die 'Systemverbrecher' unterhalten wurde, und von vielen, die damals an ihren Geräten saßen, wird man, ohne ihnen unrecht zu tun, sagen dürfen: die Kindlein, sie hörten es gerne. So groß war die Resonanz, daß es der nationalsozialistischen Propaganda gelingen konnte, ein seit Generationen im Absterben begriffenes Vorurteil gegen die Juden wieder anzufachen, daß man die Juden ganz

einfach mit der Kollektivschuld für alles belud, was raisonnierenden Schichten am industriellen Zeitalter unsympathisch war.“

Böhm macht deutlich, dass nicht die Weimarer Republik für die Ablehnung der Demokratie unter den Deutschen verantwortlich war, sondern die Demokratiefindlichkeit bereits vorher vorhanden war und in ihr auch die Bereitschaft, den Nationalsozialismus zu unterstützen und dessen Antisemitismus zu folgen und in den Juden die Sündenböcke für das 'Unsympathische' am „industriellen Zeitalter“ zu sehen. Er liest den Deutschen die Leviten.

„Es ist also nicht nur recht und billig, daß wir endlich einmal auch mit dem A u t o r i t ä t s s t a t [im Original gesperrt gedruckt, d. Verf.] abrechnen, den viele von uns so heiß ersehnt haben und der dann so schimpflich in die Grube gefahren ist, sondern es ist auch für unser eigenes Heil vonnöten, daß wir uns für den Zusammenhang zwischen Massierung unkontrollierter politischer Gewalt und politischem Bestialismus zu interessieren beginnen.“

Er lehnt jede Form von Schlußstrich – Mentalität ab, und die Argumente von deren Vertretern erledigt er in einem Satz:

„Wenn man zuweilen hören kann, es sei widernatürlich und würdelos, in diesen Wunden zu bohren, so ist das wenig logisch im Munde von Menschen, die jahrzehntelang nichts dabei gefunden haben, ihr Vaterland verächtlich zu machen, solange es demokratisch war!“

Hinter der Forderung nach einem Schlußstrich vermutet er aber vor allem Beunruhigendes. Die diese Forderung aufstellen, identifizieren den nationalsozialistischen Staat „noch immer weit mehr mit Deutschland“ als die Weimarer oder die bundesdeutsche Republik, auf den Punkt gebracht: „sie wollen auf das Dritte Reich nichts kommen lassen.“ Vor dem Hintergrund der Verantwortung der Deutschen für die Diktatur und deren Verbrechen und der aktuellen Notwendigkeit, sich damit auseinanderzusetzen, schließt sich für ihn die Frage an, „welche Bewandnis es in der Welt des Politischen, in der Dimension des Staates mit der läuternden Kraft von Bußfertigkeit hat“.

Dass deutsche Bußfertigkeit vonnöten ist, steht für ihn außer Frage, es geht lediglich darum, in welcher Beschaffenheit sie sich verwirklichen lässt, welchen Charakter sie im Politischen annimmt. Der Vorgang der Reue sei ein „rein individuelles, höchstpersönliches Phänomen“.

„Bei einem Staatsvolk aber, das von der terroristischen Politik einer frühen Regierung abgerückt, ist das einzige (!), was die Welt interessiert, ob in diesem Volk rechtschaffen denkende Schichten vorhanden sind, die die politische Kraft besitzen, sich gegen diejenigen ihrer Mitbürger eindeutig durchzusetzen, die am Terror Gefallen finden und etwa eine

Sinnesänderung nur aus Zweckmäßigkeitsgründen vortäuschen, weil ihre Politik Schiffbruch erlitten hat und ihr Regime zusammengebrochen ist. Die Sinnesänderung in einem Volk geht in der Form des Wechsels, der Ablösung tonangebender Schichten, also in der Form von Macht- und Einflußkämpfen vor sich.“

Bezogen auf die Tatsache, dass sich 1933 ein „ausgesprochen terroristisches Regierungssystem durchgesetzt hat“, bedeutet für ihn diese „Form des Wechsels“ im Umkehrschluss, „daß sich schon lange vorher eine Denkweise gefestigt hatte, die alle gewalttätigen Individuen und gewalttätige Instinkte ermutigte und umgekehrt alle gutartigen Individuen und die humaneren Antriebe einschüchterte.“ Die Herrschaft „inhumaner Denkweise“ ist kein alleinig deutsches Phänomen, sondern für Böhm wird das 20. Jahrhundert als das „Jahrhundert der totalitären terroristischen Staats- und Gesellschaftssysteme in die Geschichte der Menschheit eingehen“. Als Beispiele führt er Russland 1917, Italien 1922, Deutschland 1933, Jugoslawien 1945 und China 1948 an. Er sieht dieses Ergebnis als Folge eines Prozesses an, der bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen hat. In seinem Verlauf ist an die Stelle des Individuums das Kollektiv getreten, ein

„Denken in geschichtlichen und biologischen Entwicklungsgesetzen, die keine Notiz vom Menschen nehmen, sondern vor denen nur allegorische Kollektivgespenster wie 'Gesellschaft', 'Volk', 'Nation' oder 'Rasse' Bestand haben. (...) Von solchen Vorstellungen war es nicht mehr weit zu der Doktrin, daß es für die Gesellschaft oder die Revolution oder für das Volk oder für die Rasse schlechterdings kein moralisches Gesetz gebe außer dem Gesetz, daß das, was dem Kollektiv nützlich ist, auch gut sei, und daß zur Verwirklichung des kollektiven Nutzens jedes Mittel recht sei.“

Es geht ihm in diesen Ausführungen um eine historisch-analytische Herleitung des Totalitarismus in seinen unterschiedlichen Schattierungen, aber nicht um irgendeine Art der Verrechnung, sondern vielmehr vor dem Hintergrund der Tatsache, die er das „erschreckendste Erlebnis unser Zeit“ nennt, nämlich dass kein Totalitarismus bisher von innen besiegt worden sei, sondern lediglich durch „militärische Machtmittel anderer Staaten“, um die sich daraus ergebende Verpflichtung vor allem für das deutsche Volk: Will man die eigene Freiheit wahren und die „totalitären Doktrinen (...) überwinden“, dann ist es notwendig, „daß auch das furchtbare Phänomen der nationalsozialistischen Judenvernichtung bis ins letzte aufgeklärt und durchleuchtet wird.“ Am Ende kehrt er zurück zu möglichen Einwänden gegen diese Aufklärung und verbindet damit eine indirekte Aufforderung:

„Daß bei dieser schrecklichen Beschäftigung Wunden aufgerissen und Leidenschaften aufgewühlt werden, daß unser Ruf aufs neue (!) in Mitleidenschaft gezogen wird und unser eigenes Gefühl sich sträubt, den Blick auf einen Schandfleck unserer Geschichte zu richten, darf uns nicht beirren.“

Alles, was dagegen sprechen mag, ist hinfällig oder zu ertragen vor der Notwendigkeit dieses Aufklärungsprozesses. Deshalb, so kann man folgern, ist er von den Deutschen voranzutreiben.

Die drei Kommentare bewegen sich auf einem argumentativen Terrain, das von folgenden Eckpunkten markiert ist:

- (1) Totalitäre Systeme, Diktaturen gleich welcher politischen Ausrichtung, sind die Voraussetzung für staatliche Verbrechen (Bei hl. findet sich der Gedanke implizit).
- (2) Der Prozess gegen Eichmann hat in seiner zur Menschlichkeit mahnenden Funktion weltweite Bedeutung.
- (3) Es gibt keinen Zweifel an der Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen an den Juden, und es geht darum, diese Verantwortung anzunehmen.
- (4) Aus dieser Verantwortung ergibt sich die Verpflichtung, die Demokratie zu verteidigen (auch dieser Gedanke findet sich bei hl. Indirekt).

Böhms Kommentierung ragt nicht nur wegen ihrer Länge heraus. Das CDU-Mitglied des Bundestages geht in einer Intensität auf die Verantwortung der Deutschen für die Zerstörung der Weimarer Republik und die Etablierung der NS-Diktatur und deren Verbrechen ein wie kein anderer. Wo hl. feststellt, Eichmann sei nur ein „Symbol“, das NS-Regime sei „mit seinem Rassenwahn und seiner steinernen Grausamkeit aus unserer Mitte heraus“ entstanden, wo von Morr von „Verantwortung“ der Deutschen für die Verbrechen spricht, ist es Böhm, der sachlich, scharf formulierend und geradezu schonungslos analysierend die Demokratiefeindlichkeit vieler Deutscher als Ursache für die Entwicklung der Diktatur und damit den zerstörerischen Antisemitismus auf die Anklagebank setzt. Er ist zugleich davon überzeugt, dass diejenigen, die sich einer Aufarbeitung der NS-Verbrechen widersetzen, sich noch immer eher mit dem Nationalsozialismus als mit der Demokratie identifizieren. Sein Kommentar ist ein fundiert angelegtes Plädoyer für die Demokratie, vor allem aber auch dafür, dass die Demokratie in der Bundesrepublik nur um den Preis einer lückenlosen Aufklärung der „Judenvernichtung“ zu bewahren ist. Er sagt nachdrücklich, was von Morr und hl. eher andeuten. Offensichtlich meint er damit nicht allein den Eichmann-Prozess, sondern, was damals alles andere als selbstverständlich war, eine systematische Strafverfolgung.

Der Historiker Peter Krause zieht im Hinblick auf die Wirkung des Eichmann – Prozesses in der Bundesrepublik das Fazit:

„Der Eichmann – Prozess (...) sorgte dafür, dass die Frage nach der Verantwortung jedes Einzelnen für sein Handeln auf der gesellschafts- und vergangenheitspolitischen Tagesordnung nach oben rückte.“¹¹⁵

¹¹⁵ Krause, Peter: „Eichmann und wir“. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit und der Jerusalemer Eichmann-Prozess 1961, in: NS-Prozesse., S.282 – 306, hier: S. 306.

Auf unterschiedliche Weise gilt das für die drei Kommentare aus den Westfälischen Nachrichten, am nachdrücklichsten für den Gastkommentar von Franz Böhm.

Der erste Auschwitz-Prozess 1963 – 1965

Der erste Auschwitz-Prozess beginnt am 20. Dezember 1963 und endet am 19. August 1965. In diesen 20 Monaten erscheinen zahlreiche Berichte in den Westfälischen Nachrichten, von Presseagenturen übernommen, in denen von den Verbrechen im Vernichtungslager die Rede ist, es gibt aber nur einen Kommentar (jedenfalls habe ich trotz sorgfältiger Suche mehr nicht gefunden). Er erscheint einen Tag nach der Urteilsverkündung am 20. August 1965 unter dem Titel „Versuch der Sühne“; der Kommentator zeichnet mit dem Kürzel ly..¹¹⁶

Der Titel gibt die Richtung des Kommentars vor: Wenn es um die Sühne für die NS-Verbrechen geht, kann es sich nicht um mehr als einen Versuch handeln, etwas Unvollendetes und Nicht-zu-Vollendendes. Ausgangspunkt seiner Ausführungen ist das zufällige zeitliche Zusammentreffen zweier Ereignisse, das ly. als symbolischen Ausdruck „unseres Sühne- und Versöhnungswillens“ deutet, die Urteilsverkündung im Auschwitz-Prozess und die Akkreditierung des ersten deutschen Botschafters in Israel (über beides berichten die Westfälischen Nachrichten in ausführlichen Artikeln auf ihrer Titelseite, der Kommentar steht auf Seite 2). Der Sühnewille freilich stößt auf seine Grenzen, weil der zeitliche Abstand zwischen Verbrechen und Prozess die „Verfahren außerordentlich erschwert“ und es deshalb gerade unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze zu Urteilen kommt und auch in Zukunft kommen wird, „die nicht befriedigen“, d.h. die angesichts der verhandelten Verbrechen zu milde ausfallen. ly. sieht diese Problematik aber auf keinen Fall als einen Grund an, die strafrechtliche Verfolgung aufzugeben.

Im zweiten Schritt fragt er nach der Wirkung der kontinuierlichen Presseberichterstattung über die entsetzlichen Vorgänge in Auschwitz, für die er im Rückblick die „Gefahr der Abstumpfung“ sieht. Ihm geht es offensichtlich darum, dass sie „ein Beitrag zur Bewältigung unserer jüngsten Vergangenheit“ gewesen ist, aber da jede Empirie fehlt, bleiben ihm nur Wunsch und Hoffnung, dass sie diese Wirkung gehabt hat.

Im dritten Schritt wendet er sich den verurteilten Angeklagten zu und setzt sich mit dem [in allen NS-Prozessen, d. Verf.] vorgebrachten Argument des „Befehlsnotstandes“ auseinander, das er als eines ansieht, mit dem es sich ernsthaft zu beschäftigen gilt, das aber vor der nachgewiesenen „individuellen Brutalität“ der Verurteilten keinen Bestand haben kann. Ihm geht es darum, die Urteile als gerechtfertigt zu vermitteln.

¹¹⁶ Ly., Versuch der Sühne, in: Westfälische Nachrichten, 20.8. 1965.

Die letzten Sätze sprechen für sich und für die Belastung, die der Prozess offensichtlich auch für den Kommentator bedeutet hat: „Seine Düsternis war so groß, daß man nun, da er abgeschlossen ist, von einem befreiten Aufatmen kaum zu sprechen wagt. Ein Stück Selbstreinigung war er dennoch“. Das aber heißt, so kann man folgern, die „Selbstreinigung“ muss weitergehen.

Nach einer repräsentativen Umfrage aus dem Juni 1964 hatten 40 Prozent der westdeutschen Erwachsenen keine Kenntnis vom Auschwitz – Prozess und ebenso viele waren der Meinung, man solle die Vergangenheit auf sich ruhen lassen.¹¹⁷ Wenige Monate später, im Januar 1965, sprachen sich bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach nur 38 Prozent dafür aus, weiterhin Strafverfolgungen gegen NS-Täter durchzuführen, während 52 Prozent einen Schlussstrich gezogen sehen wollten.¹¹⁸ Veröffentlichte Meinung und öffentliche Meinung fallen auseinander. ly. schreibt gegen den öffentlichen Mainstream an. Damit bleibt umso ungewisser, ob die Presse und auch die Westfälischen Nachrichten in der Öffentlichkeit das leisten konnten, was zumindest ly.s Absicht war: „einen Beitrag zur Bewältigung unserer jüngsten Vergangenheit“.

Die Verjährungsdebatte 1965

Die Linie, die „Selbstreinigung“ müsse weitergehen, hatte ly. noch vor den Urteilssprüchen im Auschwitz-Prozess bereits in der Verjährungsdebatte im März 1965 vertreten. In seinem Kommentar vom 11. März 1965¹¹⁹ zur Debatte im Bundestag vom vorangegangenen Tage schlägt er sich bei aller Abwägung und auch Anerkennung für diejenigen, die die Verjährung nicht aufheben wollten, auf die Seite der Mehrheit aus CDU und SPD, die beschlossen hat, die NS-Verbrechen weiter zu verfolgen. Er nimmt ihre Begründungen auf:

- (1) Die Frage, die bei den Gegnern einer Aufhebung der Verjährung eine zentrale Rolle gespielt hat: „Wird dadurch, daß man noch nicht erkannten Verbrechen die Gunst der Verjährung entzieht, das hohe Rechtsgut der Rechtssicherheit zerstört oder auch nur unterhöhlt?“, könne „mit gutem Gewissen verneint“ werden.
- (2) Er beruft sich auf ein Argument des CDU-Abgeordneten Ernst Benda, einem der wichtigsten Befürworter einer Aufhebung der Verjährung von Mord. Benda habe „das richtige Wort gesprochen, als er sagte, daß das deutsche Volk fähig sein müsse, sich von seinen Mördern zu befreien. Darin liege die Wahrung der Ehre der Nation und in nichts anderem.“

¹¹⁷ Umfrage des DIVO-Institut für Wirtschaftsforschung, Sozialforschung und angewandte Mathematik, s. Renz, Werner: Der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963 – 1965 und die deutsche Öffentlichkeit. Anmerkungen zur Entmythologisierung eines NSG-Verfahrens, in: Osterloh/ Vollnhals (Hrsgg.): NS-Prozesse S.349 - 362, hier: S.361.

¹¹⁸ Osterloh/ Vollnhals: Einleitung, in: Dies. (Hrsgg.), NS-Prozesse, S.11 – 31, hier: S.14.

¹¹⁹ ly., Rechtsstaat und Gerechtigkeit, in: Westfälische Nachrichten, 11. März 1965.

- (3) Die Problematik, „daß die Gerichte wegen des Zeitabstandes von den NS-Verbrechen in vielen Fällen überfordert sein werden, und daß es dann aus Mangel an Beweisen zu Freisprüchen kommen wird, die ihrerseits wieder böses Blut machen könnten“, sei „gewiß kein Grund, auf den Versuch als solchen zu verzichten“.

Verschiedentlich ist diese Bundestagsdebatte vor allem wegen ihrer moralischen Ernsthaftigkeit als „Sternstunde“ des Parlaments bezeichnet worden.¹²⁰ ly. bescheinigt dem Bundestag, er dürfe „für sich buchen, daß er mit der Behandlung des Problems Deutschland einen guten Dienst erwiesen hat.“

Der Umgang der Westfälischen Nachrichten mit den NS-Verbrechen

Der Umgang der Westfälischen Nachrichten mit den NS-Verbrechen lässt sich präzise erfassen: Die Westfälischen Nachrichten positionieren sich durchgängig sehr entschieden gegen die Schlussstrich – Mentalität. Auch Helmut Müller hat den Schlussstrich in seinem kommentierenden Bericht über den Arnsberger Prozess weder direkt noch indirekt gefordert, sondern lediglich ein Verständnis für das milde Urteil gezeigt, das weder in der Politik noch in anderen Medien geteilt wurde.

Es geht den Westfälischen Nachrichten, was den (konservativen) 20. Juli 1944 betrifft, um eine positive Verankerung des Widerstands in das bundesdeutsche Geschichtsbewusstsein. Sie haben Teil an einem Verständnis der NS-Verbrechen, das auch die überregionalen Presseorgane prägt, an der entlastenden Wahrnehmung des NS-Systems als grausame Tat einzelner Exzesstäter. Das gilt für den Sadismus Sommers, den Fritzen hervorhebt, die Bezeichnung Eichmanns als „Monstrum“ bei von Morr, und auch ly.s Kommentar teilt dieses Verständnis als Subtext mit.

Gleichzeitig gibt es keinen Versuch, auch nicht im Ansatz, die deutsche Verantwortung für die NS-Verbrechen zu relativieren. Am präzisesten benennt der Gastkommentar des CDU-Bundestagsabgeordneten Böhm den Anteil demokratiefeindlicher Deutscher am Aufkommen der Diktatur und an ihren Verbrechen. Die NS-Vergangenheit wird als Verpflichtung der Deutschen angesehen, sich für Menschenrechte und Demokratie einzusetzen.

Frank Biess behauptet, „Konservative (hätten) in der zunehmend kritischen Erinnerungskultur eine Bedrohung der deutschen nationalen Identität (gesehen)“.¹²¹ Die konservativen Westfälischen Nachrichten aber fallen nicht unter dieses Urteil. 'Nationale Identität' ist keine Kategorie, die bei ihr für den Umgang mit der Erinnerung an die NS-Verbrechen eine Rolle spielt.

¹²⁰ Z.B. Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001, S.188.

¹²¹ Biess: Republik der Angst, S.197.

Im Gegenteil scheint es so, als sei für eine nationale Identität, die mit dem Freiheitsprinzip des westdeutschen Staates vereinbar ist, die Verfolgung der NS-Verbrechen eine notwendige Voraussetzung. Vor dem Hintergrund der Totalitarismustheorie geht es den Westfälischen Nachrichten vor allem ums staatliche System. Ihre Anliegen sind, jegliche Diktatur zu überwinden, weil sie Voraussetzung für staatlich organisierte Verbrechen ist, und aus der deutschen Vergangenheit den Schluss zu ziehen, die eigene Demokratie zu stabilisieren, weil sie solche Verbrechen verhindert.

Es gibt zu diesem Komplex keinen Kommentar des Chefredakteurs Dr. Antonius Eickhoff (jedenfalls habe ich keinen gefunden). Er schreibt nicht über eine Vergangenheit, an der er auf der Seite des verbrecherischen Regimes publizistisch teilhatte. Freilich ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass er die Argumentationslinie der Westfälischen Nachrichten im Umgang mit der NS-Vergangenheit, wie sie sich in den Kommentaren niederschlägt, als angemessen angesehen hat.

Man kann Eickhoffs Position auf die Spur kommen, wenn man sich noch einmal vergegenwärtigt, warum die zu den Prozessen schreibenden Journalisten und der CDU-Bundestagsabgeordnete Böhm die Aufarbeitung der NS-Verbrechen für notwendig halten: Bei Fritzen heißen die Gründe:

„Jene entsetzlichen Folgen einer Abkehr vom Rechtsstaat [durch die Verbrechen der Nazis, d. Verf.] lasten auf uns. Wir werden von dieser Last nicht frei durch ein verkrampftes Vergessenwollen.“¹²²

Die Erinnerung und die juristische Aufarbeitung sind demnach notwendig, um zumindest die Möglichkeit zu schaffen, sich von der „Last“ zu befreien, und sie sind eine Hilfe, „in uns den Eifer und die Liebe zur freiheitlichen Staatsform zu mehren.“

Von Morr bringt seine Position in einem Satz auf den Punkt:

„Wiedergutmachen können wir die Verbrechen jenes Deutschland nie. Beweisen, daß unser Deutschland anders ist, können wir nur durch eines: durch den Willen zur Freiheit und Menschlichkeit.“¹²³

hl. sieht keinen anderen Weg als den Versuch, mit der verbrecherischen deutschen Vergangenheit „in ehrlicher Weise fertig zu werden“, um „wieder zu Selbstachtung und zur Wiedergewinnung der Achtung anderer Völker zu gelangen“.¹²⁴

¹²² Beide Zitate aus: Fritzen, Theo: Die Schatten von gestern, in: Westfälische Nachrichten, 12./13.7. 1958.

¹²³ v. Morr, J.G.: Der Appell von Jerusalem, in: Westfälische Nachrichten, 12.4. 1961.

¹²⁴ hl.: Der Schuldspruch, in: Westfälische Nachrichten, 12.12. 1961.

Böhm ist davon überzeugt, dass die lückenlose Aufklärung („bis ins letzte“) der nationalsozialistischen Judenvernichtung die notwendige Voraussetzung dafür ist, die eigene Freiheit zu wahren.¹²⁵ ly. sieht den Auschwitz-Prozess als „ein Stück Selbstreinigung“.¹²⁶

Man kann in den Begründungen einen Zusammenhang zwischen zwei Faktoren identifizieren. Die „Selbstreinigung“ ist die Voraussetzung für die Sicherung der Freiheit und der „freiheitlichen Staatsform“ (und die internationale Anerkennung der BRD, die den Redakteuren der Westfälischen Nachrichten auch am Herzen liegt).

Auch Eickhoff sieht offensichtlich diesen Zusammenhang. Jedenfalls ist er – aus welchen Gründen auch immer – bereit, diese Linie zu akzeptieren. Sein zentrales journalistisches Aktionsfeld ist indes ein anderes: „Freiheit“ und „freiheitliche(n) Staatsform“ geben als politische Begriffe Grundlinien vor, sie mit Inhalten zu füllen, sie zu konkretisieren, ist Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung. Eickhoff behält sich als Chefredakteur vor, auf der Grundlage seines konservativ-katholischen Weltbildes für die Ausgestaltung der Freiheit und der „freiheitlichen Staatsform“ in seinem Sinne zu kämpfen, denn das ist für ihn der eigentliche politische Kampf.

Der Historiker Ulrich Herbert geht davon aus, dass der Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus in der ersten Hälfte der sechziger Jahre „zum wichtigsten Kriterium für Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit der demokratischen Entwicklung in Westdeutschland“ geworden sei. Legt man dieses Kriterium den Kommentaren in den Westfälischen Nachrichten zugrunde, dann kann das Ergebnis nur lauten: Die damalige Argumentationslinie der Westfälischen Nachrichten leistet ihren Beitrag, Vertrauen in die bundesrepublikanische Demokratie gewinnen zu können.

Die Freie Presse und ihre Position gegenüber der NS-Vergangenheit

„Der Nationalsozialismus hat uns ein Erbe hinterlassen (!) so drückend, so beschämend und so peinigend, daß alle Kräfte aufgeboten werden müssen, um diese Last abzutragen. Es läge darum sehr nahe, heute und an dieser Stelle all den Groll und alle Bitterkeit ausfließen zu lassen, die sich in zwölf langen Jahren der Unterdrückung in den Seelen der freiheitliebenden Deutschen gehäuft hatten. Dieser Versuchung wollen wir widerstehen. Das heißt nicht, dem Nazigeist Pardon erteilen – im Gegenteil: Einer der Grundsätze, den wir in unserer Zeitung immer entschieden und folgerichtig vertreten werden, heißt: Gerechtigkeit! Gerechtigkeit aber fordert Sühne für begangene Verbrechen. Die Aktivisten der Nazis und ihre Schrittmacher und Bahnbrecher müssen darum aus dem öffentlichen Leben, der Verwaltung und der Wirtschaft verschwinden.“

¹²⁵ Böhm, Prof. Dr. Franz: Eichmann – Prozeß und wir, in: Westfälische Nachrichten, 24./25.6. 1961.

¹²⁶ ly., Versuch der Sühne, in: Westfälische Nachrichten, 20. August 1965.

Das war die Haltung der Freien Presse gegenüber der NS-Vergangenheit bei ihrer Gründung 1946. Wie verhält sich die Freie Presse in den Jahren 1957/58 bis 1965 gegenüber ihrem Anspruch, die Verbrechen zu sühnen und die Täter zu bestrafen, in einer Zeit, für die der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer eine „Gleichgültigkeit gegenüber dem Thema ‚Naziverbrecher-Prozesse‘“ feststellte?¹²⁷

Der „Warsteiner Mordprozeß“ 1958

Der namentlich nicht gekennzeichnete „Eigenbericht“¹²⁸ über den „Warsteiner Mordprozeß“ beginnt mit den Worten:

„Das Arnsberger Schwurgericht schloß gestern mittag eine Akte, in der für die Nachwelt erhalten bleibt, was einmal in Deutschland möglich war, wozu Menschen fähig waren, die im Grunde unbescholten bis zu jenem Tag blieben, da sie verbrecherische Befehle wie eine Maschine ausführten.“

Es wird damit versucht, einen Zusammenhang herzustellen zwischen der früheren Unbescholtenheit und der Bereitschaft, auf „verbrecherische(n)“ Befehl zu töten, ohne Mitgefühl mit den Opfern zu entwickeln („wie eine Maschine“). Eine Erklärung für diesen Zusammenhang fehlt, dafür, wie es zu diesem Umschlag vom unbescholtenen Leben in die Bereitschaft, einen Massenmord zu begehen, kommen konnte, es wird lediglich festgestellt, dass diese ‚Fähigkeit‘ vorhanden gewesen ist.

Wozu Menschen bei dieser Massentötung „fähig waren“, demonstriert der Berichterstatter offensichtlich sehr bewusst an der Tötung des Kindes, das von einem der Beteiligten erschlagen wurde: „Dann nahm einer das Zweijährige bei den Füßen und schlug es mit dem Kopf an den Baum, bis es tot war.“

Es folgt unmittelbar danach ein Satz, den man als indirekte Kritik deuten kann:

„Nach all‘ dem, was in den Wäldern von Warstein geschehen ist, mutet das Urteil höchst milde an.“ Mehr Kritisches zum Urteil folgt nicht. Die Freie Presse veröffentlicht lediglich am nächsten Tag, wie es auch die Westfälischen Nachrichten getan haben, die Agenturmeldung über die scharfe politische Kritik am Urteil aus den Reihen von SPD und CDU.¹²⁹

¹²⁷ Fritz Bauer 1963, zitiert nach Wojak, Irmtrud: Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess und die „Bewältigung“ der Vergangenheit, in: dies. (Hg.), Auschwitz-Prozess 4 Ks 2/63, Frankfurt a.M., Köln 204, S.53-70, hier: S.57, hier zitiert aus: Osterloh/Vollnhals: NS-Prozesse, S.13.

¹²⁸ Eigenbericht, Totschlag in 171 Fällen – fünf Jahre Gefängnis, in: Freie Presse, 13.2. 1958.

¹²⁹ Freie Presse vom 14.2. 1958.

Der Prozess gegen den „Henker von Buchenwald“ Martin Sommer 1958

In einem wiederum namentlich nicht gezeichneten sehr ausführlichen Bericht über das Urteil im Prozess gegen Martin Sommer¹³⁰ wird der Täter als „Henker von Buchenwald“¹³¹ eingeführt und als jemand charakterisiert, der sich das Urteil lebenslänglich „ohne eine Spur von innerer Teilnahme“ anhörte. Eine Methode des Berichterstatters, im Übrigen häufig in Reportagen der Freien Presse zu finden, ist es, durch Fettdruck bestimmte Passagen und damit deren Bedeutung für die Leserschaft hervorzuheben.

In der ersten dieser Passagen geht es vor allem um eine „ungeheuerliche Behauptung“ des Verteidigers:

„Zu einer Auseinandersetzung mit dem Richter kam es, als der Pflichtverteidiger Dr. Hans Greif die ungeheuerliche Behauptung aufstellte, die KZ's seien ‚ein Sammelsurium von Verbrechern‘ gewesen. Landgerichtsdirektor fragte, ob er damit sagen wolle, daß die Gesamtheit der KZ-Insassen Verbrecher waren. Greif stellte daraufhin fest, er habe ‚nur einen Teil der Häftlinge‘ gemeint“ (im Original fett).

Die Qualifizierung der Behauptung als „ungeheuerliche“ verdeutlicht, dass der Berichterstatter darin eine verachtenswerte Verdrehung der Tatsachen sieht und es ihm darum geht, jeder Verunglimpfung von Opfern des Nationalsozialismus in den Anfängen entgegenzutreten. In der zweiten Passage spricht der Angeklagte Sommer über die Prügelstrafen:

„Bei der Schilderung der Prügelstrafen bekräftigte der Angeklagte: ‘Bei mir ging kein Schlag daneben.’“ Mit der Feststellung: ‘Meine Jugend und meine sportlich durchtrainierte Körperkraft wurden mißbraucht’, versuchte Sommer zu erklären, warum er bevorzugt zu Prügelstrafen herangezogen wurde. Andererseits gab Sommer zu, daß das ‚Baumbinden‘, bei dem er die Häftlinge an den auf dem Rücken verschränkten Armen aufgehängt habe, eine Quälerei war, die stets mit gesundheitlichen Schäden verbunden gewesen sei. Er behauptete, dabei jedoch keinen Todesfall erlebt zu haben“ (im Original fett).

Diese Passage scheint dem Berichterstatter aus drei Gründen wichtig zu sein:

1. Sie verdeutlicht den nachgerade perversen Stolz des Angeklagten auf seine Schlagsicherheit.
2. Sie vermittelt die Grausamkeit der Methoden, die Sommer in Buchenwald angewendet hat.

¹³⁰ Eigenbericht, lebenslänglich für den Henker von Buchenwald, in: Freie Presse, 4.7. 1958.

¹³¹ Offensichtlich geht diese Bezeichnung auf den ehemaligen Buchenwald-Häftling Eugen Kogon zurück, der in seinem Buch „Der SS-Staat“ Sommer so genannt hat – s. <https://www.spiegel.de/politik/schwarze-hand-schuhe-a-2721af92-0002-0001-0000-000043064224> (letzter Zugriff: 29.11.2021).

3. Sie teilt mit, welche Ausrede Sommer für seine Beteiligung an den Quälereien und Tötungen dem Gericht vorgetragen hat („versuchte ... zu erklären“).

Der Fall Dr. Eisele 1958

Den größten Raum nimmt in der Freien Presse 1958 der Fall Dr. Eisele ein. Vom 10. Juli bis zum 12. Juli erscheinen drei sehr ausführliche, auch wertende Berichte und ein Kommentar. Der Bericht über die Flucht des ehemaligen SS-Arztes im KZ Buchenwald trägt die bereits in eine eindeutige Richtung weisende Überschrift:

„Raffinierter Fluchtplan des SS-Arztes

Sensation: Dr. Eisele war an Bord

Gesuchter Menschenchinder bittet in Kairo um Asyl – Haftbefehl viel zu spät erlassen“.

Nach einer detaillierten Beschreibung der bekanntgewordenen Umstände der Flucht geht der Bericht vor allem auf die bereits in der Überschrift zentralen Aspekte ein: seine Mordtaten und das offensichtliche Versäumnis der Justiz. Der frühere Buchenwaldhäftling Wilhelm Jellinek habe bereits am 30. Mai bei der Münchner Kriminalpolizei Strafantrag wegen Mordes in mindestens 200 Fällen gegen Dr. Eisele gestellt. Dieser Information folgen zwei durch Fettdruck hervorgehobene Passagen:

„Jellinek wirft der Polizei vor, mit den Ermittlungen gegen Dr. Eisele zu spät begonnen zu haben, so daß der Arzt, durch die Veröffentlichungen über den Sommer-Prozeß gewarnt, entfliehen konnte. In seiner, (!) beim Münchener Polizeipräsidium schriftlich abgegebenen Erklärung habe er auch vermerkt, daß er als Leichenträger im KZ Buchenwald gesehen habe, wie Dr. Eisele die rund zweihundert Menschen umbrachte und andere Häftlinge ohne Anordnung und Befehl verstümmelte.“

„Nur durch eine Glastür getrennt, konnte ich Dr. Eisele bei seinem grausigen Tun beobachten‘, sagte Jellinek, der die getöteten Häftlinge in den angrenzenden Toilettenraum schleifen und dort aufstapeln mußte. Jellinek versicherte, für seine Behauptungen Dutzende von Zeugen nennen zu können. Als Hauptzeugen bezeichnete er den zweiten Leichenträger von Auschwitz, den jetzt in den USA lebenden Ludwig Scheinbrumm, der seinen Urlaub gerade in Deutschland verbringe und mit dem er am Montag über den ganzen Fall gesprochen habe.“¹³²

Es ist offensichtlich, dass es dem Berichtersteller daran gelegen ist, die Kritik am Vorgehen der Justiz und die nachweisbare Grausamkeit Dr. Eiseles während seiner Zeit als SS-Arzt in den Vordergrund zu stellen.

¹³² Eigenbericht, Raffinierter Fluchtplan des SS-Arztes, in: Freie Presse, 10.7. 1958.

In den folgenden zwei Berichten und schließlich in einem Kommentar geht es ausschließlich um das, was sich bereits in dem Artikel vom 10. Juli andeutete, um das Versagen der Justiz. Der Bericht vom 11. Juli 1958¹³³ konzentriert sich auf die Pressekonferenz des bayrischen Justizministers Dr. Ackermüller zum Fall Dr. Eisele und enthält eine ausführliche und weitgehend wertfreie Darstellung der Aussagen des Politikers vor den Journalisten, sieht man von der Beobachtung des Reporters ab, Dr. Ackermüller hätten „im Kreuzfeuer der Pressevertreter rasch Schweißperlen auf der Stirn“ gestanden. Das sieht einen Tag später sehr anders aus, wie bereits die Überschriften belegen:

*„Eiseles Hilfe war ein Staatsanwalt
Der größte Justizskandal nach dem Kriege
Sensationelle Überraschung im Fall des KZ-Arzt – Ehemalige Gestapo-Beamte mitverwickelt?“¹³⁴*

Hier wird auch wieder, anders als in der Reportage vom Vortag, mit dem graphischen Mittel des Fettdrucks gearbeitet: Die Inhalte der fettgedruckten Passagen beschäftigen sich mit dem Versagen des inzwischen suspendierten Staatsanwalts, Mitglied der NSDAP seit 1931, der es im Fall Dr. Eisele unterlassen hat, „jede ihm im Laufe eines Verfahrens bekanntwerdende andere Straftat ebenfalls der strafrechtlichen Verfolgung zuzuführen“, und mit dem Ausmaß dieser Unterlassung, das auch der Justizminister „als das bedauerlichste Versagen und den größten Skandal der deutschen Justiz nach dem Kriege“ ansieht. Schließlich geht es in ihnen um die mögliche Unterstützung Dr. Eiseles durch „ehemalige Gestapo-Beamte im Münchener Polizeipräsidium“.

Der Reporter will das hervorheben und begründen, was die Überschriften schlagwortartig behaupten, und im Subtext teilt er mit, dass unerkannt in Justiz und Polizei arbeitende Nazis die rechtzeitige Verhaftung Dr. Eiseles verhindert haben.

Diesen Gedanken nimmt der mit dem Kürzel -ata- zeichnende Kommentator auf und stellt ihn in den Mittelpunkt seiner kritischen Analyse der Situation, die sich durch den Fall Dr. Eisele ergeben hat.¹³⁵ Er geht davon aus, dass Eisele

„nicht der erste, gewiß auch nicht der letzte (sei), dem die Flucht aus der Bundesrepublik gelang. Wahrscheinlich ist er auch nicht der zweite, dem treue Freunde in entscheidenden Positionen zu seinem Nachkriegsglück verhalfen.“

¹³³ Eigenbericht, Fall Dr. Eisele beschäftigt Justizminister, in: Freie Presse, 11.7. 1958.

¹³⁴ Eigenbericht, Eiseles Hilfe war ein Staatsanwalt, in: Freie Presse, 12.7. 1958.

¹³⁵ - ata-, Dr. Eisele, in: Freie Presse, 12.7. 1958.

Das bedeutet: Eisele ist für den Kommentator kein Einzelfall, und für ihn existieren offensichtlich einflussreiche Netzwerke, die ehemaligen NS-Verbrechern helfen, entweder zu fliehen oder unerkannt ein bürgerliches Leben zu führen.

Den konkreten Fall Eisele mit einem Staatsanwalt, der den Arzt „begünstigt“ hat, und dem Verdacht gegen ehemalige Gestapobeamten, begreift der Kommentator als exemplarisch. Das erklärt, warum der Kommentar die lapidare Überschrift „Dr. Eisele“ trägt. Diese Überlegung, dass der jetzige Fall lediglich die Spitze eines Eisberges ist, führt -ata- zu der Frage: „Nach welchen Maßstäben ist die Personalpolitik der Bundesrepublik in all den Jahren betrieben worden?“ Es gibt für ihn nur eine mögliche Schlussfolgerung aus dem Fall Dr. Eisele. An ihm werde

„deutlich, daß nicht nur die Mörder unter uns sind, sondern auch jene ‚Mitläufer‘, die nach 1945, mit Persilscheinen winkend, die Stufe der Unbelasteten erklimmen, um jetzt im Hintergrund wieder die Fäden zu ziehen.“

Er geht von einer klandestinen Arbeit dieser Kreise gegen die Bundesrepublik aus, und deshalb mündet seine Analyse in zwei Fragen, die sehr eindringlich seine Sorge um den Bestand der Demokratie ausdrücken: „Sollten sie die ‚Vorläufer‘ einer neuen ‚Bewegung‘ sein? Wird die Demokratie von ihnen unterwandert?“. Im Umkehrschluss beinhalten diese Fragen den Auftrag, diesen Kreisen das Handwerk zu legen, „die ‚Mitläufer‘, bzw. die ‚Vorläufer‘ zu isolieren“.

-ata- sieht das als eine Aufgabe an, die SPD und CDU gemeinsam zu leisten haben, um den „Untergang unserer Demokratie“ zu verhindern. Vor diesem Hintergrund stuft er es als „gefährlich“ ein, „wenn in der Bundesrepublik die beiden größten demokratischen Parteien in ständiger Fehde liegen.“ Es erschließt sich nicht sofort, warum er die in einem funktionierenden parlamentarischen System üblichen und notwendigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungspartei und Opposition als „gefährlich“ qualifiziert, sehr wahrscheinlich aber, weil er davon ausgeht, dass sie die Parteien daran hindern, gemeinsam das in Angriff zu nehmen, was er als die aktuelle Hauptaufgabe ansieht: die Unterwanderung der Demokratie durch Nazi-Seilschaften zu verhindern. Er zeichnet ein sehr pessimistisches Bild vom Zustand der staatlichen und gesellschaftlichen Verfassung der Bundesrepublik und gehört damit zu jenen Beobachtern auf der Linken, die „die bis dahin unzureichende Aufarbeitung der Vergangenheit als Bedrohung für die Demokratie“ interpretierten.¹³⁶

¹³⁶ Biess, Republik der Angst, S.197.

Der „Ulmer Einsatzgruppenprozeß“ 1958

Das vierte Ereignis aus dem Jahr 1958, das im Zusammenhang mit den NS-Verbrechen steht, ist der „Ulmer Einsatzgruppenprozeß“. Aus Anlass der Urteilsverkündung erscheint am 30. August 1958 ein wertender Bericht mit der Hauptüberschrift „Henker von Litauen zeigten keine Reue“.¹³⁷ Er beginnt mit der Beschreibung der Angeklagten, ihrer Haltung gegenüber dem Urteil:

„Eiskalt, ohne jede äußere Erregung und mit derselben teuflischen Ruhe, mit der sie damals in Litauen ihre unschuldigen Opfer zusammengeschossen hatten, so hörten die zehn Angeklagten gestern das Urteil des Schwurgerichtes Ulm (...)“.

Es folgt der Satz: „Und dies ist der Spruch, der jeden normalen Menschen nur mit Befriedigung erfüllen kann: Zuchthausstrafen zwischen 15 und 3 Jahren.“ Es gibt in dem langen Bericht nur eine durch Fettdruck hervorgehobene Passage, und sie markiert die Grenze zwischen „normalen Menschen“ und Exzesstätern, als die der Berichterstatter die Angeklagten ansieht:#

„Auch hätten die Kommandos nach den Erschießungen Gaststätten aufgesucht, wobei die Zeche oft mit dem Geld der Opfer bezahlt wurde. Ein Angeklagter sei vor einer Exekution noch an den Strand gegangen, um sich die ‚schöne Umgebung‘ anzuschauen. ‚Das ist nicht das Bild des Menschen, der gramgebeugt ist über das, was von ihm verlangt wird, sondern das Bild eines kalten Henkers.“¹³⁸

Die Freie Presse hat Anteil an der letztlich auch entlastenden These von den Exzesstätern, der Unterscheidung zwischen „normalen Menschen“ und gefühllosen, „teuflische(n) Ruhe“ ausstrahlenden und eiskalten Mördern. Auch der Bericht über den Prozess gegen Sommer vermittelt den Eindruck vom Angeklagten als einem Exzesstäter. Der Berichterstatter vom Mordprozess in Arnshausen hat freilich noch eine andere Frage gestellt, nämlich wie es möglich sein konnte, dass bisher unbescholtene Männer „wie eine Maschine“ ihren Befehl zum Massenmord ausführten, und damit einen zentralen Aspekt zukünftiger historischer Analysen angesprochen.

Der Eichmann-Prozess 1961

Der Untersuchung des Umgangs der Freien Presse mit dem Prozess gegen Eichmann liegen zwei Materialien zugrunde: ein langer Artikel, von der Deutschen Presseagentur übernommen, der die wesentlichen Inhalte einer Erklärung des CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Franz Böhm, Leiter der Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel, zum Prozessbeginn

¹³⁷ Eigenbericht, Henker von Litauen zeigten keine Reue, in: Freie Presse, 30.8. 1958.

¹³⁸ Zitate im Zitat stammen aus der Urteilsbegründung.

wiedergibt¹³⁹, und ein Kommentar von H.-W. Hartelt zum Urteil gegen Eichmann im Dezember 1961.¹⁴⁰ Beide zusammen geben den Einblick in die Linie, die die Freie Presse gegenüber dem Prozess gegen Eichmann verfolgt hat. Der übernommene Artikel steht unter den Überschriften: „Professor Böhm: Jeder einzelne von uns muß sich verantwortlich fühlen Betrachtung zum Prozeß/ Der Blick auf einen Schandfleck unserer Geschichte darf uns nicht beirren“.

Es scheint sich dabei um einen Extrakt aus der ausführlichen Analyse¹⁴¹ zu handeln, die von demselben Verfasser in den Westfälischen Nachrichten zum Eichmann-Prozess erschienen ist, und es ist offensichtlich, dass sich beide Zeitungen, die christlich-konservative und die sozialdemokratische, gleichermaßen mit Böhms zentralen Aussagen identifizieren, die bei der Freien Presse bereits in die Überschriften aufgenommen worden sind. Es geht erstens um die persönliche Mitverantwortung:

„Jeder einzelne müsse sich auch für das Schmachvolle verantwortlich fühlen, das von Inhabern der regierenden Gewalt verübt werde, ob er nun daran beteiligt gewesen sei oder nicht, das Regime geliebt, geduldet oder verabscheut habe. Das Gefühl der Mitverantwortlichkeit sei ein richtiges und ehrenwertes Gefühl.“

Es geht zweitens um die Bereitschaft, sich ernsthaft mit den NS-Verbrechen auseinanderzusetzen:

„Daß dabei Wunden aufgerissen und Leidenschaften aufgewühlt würden, daß unser Ruf aufs neue (!) in Mitleidenschaft gezogen werde und das eigene Gefühl sich sträube, den Blick auf einen Schandfleck unserer Geschichte zu richten, dürfe uns nicht beirren.“

Es handelt sich bei Böhms Erklärung um eine Art Aufforderung an die Westdeutschen, sich diesem Prozess in Selbstreflexion zu stellen. Es gab mediale Stimmen, die in ihm „vor allem eine durch äußere Umstände aufgezwungene Prüfung“ sahen, die erneut die im deutschen Namen begangenen Verbrechen schmachvoll offenlegen würde.¹⁴² Weite Teile der Presse aber waren sich einig, „dass die Deutschen den Prozess als Chance begreifen sollten, selbst zur Bewältigung der Vergangenheit beizutragen, anstatt sich der notwendigen Auseinandersetzung zu verweigern.“¹⁴³ Mit dem Abdruck der Erklärung des christdemokratischen Politikers Böhm, zu deren Richtigkeit sich die Redaktion offensichtlich bekennt, gehört auch die

¹³⁹ Professor Böhm: Jeder einzelne von uns muß sich verantwortlich fühlen, In: Freie Presse, 13.4. 1961.

¹⁴⁰ Hartelt, H.-W.: Das Urteil über Eichmann, in: Freie Presse, 16.12. 1961.

¹⁴¹ Möglich aber ist auch, dass die veröffentlichte Erklärung Grundlage für eine spätere Ausarbeitung war. Die Freie Presse veröffentlicht den Artikel am 13. April 1961, in den Westfälischen Nachrichten erscheint Böhms Kommentar zum Prozess mehr als zwei Monate später, am 24./25. Juni, und dann als Übernahme aus dem Deutschen Monatsblatt. Zeitschrift der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands.

¹⁴² Krause, Peter: „Eichmann und wir“. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit und der Jerusalemer Eichmann-Prozess 1961, in: Osterloh/Vollnhals, (Hrsgg.): NS-Prozesse, S.283-306, hier: S.291.

¹⁴³ Krause, S.290f.

sozialdemokratische Freie Presse zum damaligen publizistischen Mainstream (wie auch die Westfälischen Nachrichten).

Nach der Verkündung des Urteils nimmt H.-W. Hartelt, in der Freien Presse verantwortlich für das Ressort Reportage, in seinem Kommentar¹⁴⁴ mehrere Aspekte von unterschiedlichem Gewicht auf:

- (1) Er fragt, ob das Todesurteil tatsächlich vollstreckt werde, weil dazu bisher die „gesetzliche Handhabe“ fehle. „Das Parlament müßte sie erst schaffen.“
- (2) Er geht auf die Rezeption des acht Monate dauernden Verfahrens in der Öffentlichkeit ein und konstatiert ein stetig abnehmendes Interesse. Während zu Beginn Jerusalem „Blickpunkt der Welt“ gewesen sei, sei die „breite Masse wieder in das Desinteresse“ verfallen. Er nennt dafür zwei Gründe: „Das peinlich genaue Verfahren (...) nahmen (!) dem Prozeß sofort das Odium der Sensation“, und man habe sich „(a)llzu leicht“ „an das Schreckliche gewöhnt, ohne daß es in seinem vollen Umfang faßbar geworden wäre.“
- (3) Er geht davon aus, dass der „Wert des Eichmann-Prozesse“ „nicht in der Gegenwart“ liege, sondern: „Seine juristischen und historischen Erkenntnisse gelten einer Zeit, die vor uns liegt.“ Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stehen das „Menschenrecht“ und vor allem die Bestrafung des „Völkermord(es)“ und der Vergleich der beiden Versuche in den Prozessen von Nürnberg 1945 und in Jerusalem 1961, das eine durchzusetzen und das andere zu praktizieren. „Hatten die neutralen Beobachter in Jerusalem den Eindruck, hier gehe es allein um das Recht, so konstatierten sie damals in Nürnberg noch etwas anderes – die Revanche.“ Das heißt: Während es nach Hartelt in Nürnberg um das Recht als Grundlage und auch das Motiv „Revanche“ gegangen ist, war in Jerusalem das Recht Grundlage und Motiv zugleich. „Das Menschenrecht, um das Politiker und Juristen vor hundert Jahren kämpften, ist durch diesen Prozeß endgültig bestätigt worden.“
- (4) Deshalb werde er „in die Geschichte eingehen, und er wird auch die, denen der Fanatismus noch immer die Einsicht versperrt, belehren, daß politischer Mord nicht mehr ungesühnt bleibt, daß sich keiner hinter unmoralischen und unmenschlichen Befehlen verstecken kann.“ Das scheint Hartelt das Wichtigste zu sein: die justiziable Entscheidungsverantwortung, die jedem Einzelnen auch gegenüber verbrecherischen Befehlen bleibt.
- (5) Zum Schluss ordnet er die Bedeutung des Urteils für den Nahostkonflikt ein. Er meint, es sei eine Mahnung für die „Nachbarn Israels, die den jungen Staat umlauern und befehden.“ „Zumindest sollte es bewirken, daß der Haß abgebaut wird.“ Es scheint aber schließlich doch eher Hartelts Hoffnung zu sein, dass das Todesurteil gegen einen

¹⁴⁴ Hartelt, H.-W.: Das Urteil über Eichmann, in: Freie Presse, 16.12. 1961.

Massenmörder am jüdischen Volk solche Wirkung haben kann, denn die letzte Passage lautet:

„Für uns Deutsche klingt es heute unwirklich, doch ist es unlängst geschehen: Radio Kairo funkte in einer Kinderstunde die Worte – ‚Wenn Allah doch alle Juden auf der Welt umbrächte ...‘“

Hartelts Schlusssatz ist ein Plädoyer für das Existenzrecht der Juden, wo immer sie wohnen, und des Staates Israel.

Die Linie der Freien Presse gegenüber dem Eichmann-Prozess ist offensichtlich besonders von folgenden Faktoren bestimmt: Sie sieht den Prozess als Anlass zur kritischen Selbstreflexion des Einzelnen gegenüber den NS-Verbrechen. Sie geht davon aus, dass der Prozess das historische Verdienst habe, endgültig geklärt zu haben, dass „unmoralische(n) und unmenschliche(n) Befehle(n)“ nicht die der Gerichtsbarkeit unterworfenen Verantwortung des Einzelnen aufheben, sich zu ihnen zu verhalten. Damit sieht sie das in NS-Prozessen immer wieder vorgebrachte Argument des Befehlsnotstandes, das auch Eichmann zu seiner Entlastung angeführt hat, als erledigt an und gleichzeitig, so kann man folgern, die Notwendigkeit, weiterhin die Verantwortlichen für NS-Verbrechen vor Gericht zu stellen. Sie hofft auf eine Verbesserung der politischen Situation im Nahen Osten und tritt dabei für das unangreifbare Existenzrecht der Juden in aller Welt und des israelischen Staates ein.

Der erste Auschwitz-Prozess 1963 – 1965

Rund um den Beginn des Auschwitz – Prozesses am 20. Dezember 1963 veröffentlicht die Freie Presse in einer siebenteiligen Serie Auszüge aus dem drei Jahre vorher erschienenen historischen Werk „Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945“ von Gerhard Schoenberner¹⁴⁵ (In der Freien Presse steht in der Überschrift der Aktualität wegen „Auschwitz“ statt „Der gelbe Stern“). Die Arbeit des damals 29Jährigen erschien als eines der ersten Bücher zum Thema und gilt bis heute als ein Standardwerk. Sie zeigt in acht Kapiteln den Leidensweg von Millionen Menschen und seine einzelnen Stationen, von Hasspropaganda und Entrechtung, Beraubung und Deportation bis zum Massenmord.¹⁴⁶ In der dritten Folge der Artikelserie, erschienen am Tag des Prozessbeginns, beschreibt Schoenberner die Eskalation der Gewalt gegen die Juden in den besetzten Gebieten, vor allem in Polen: „Im Juli 1942 beginnt in allen Gettos der Transport in die Vernichtungslager. Der Ausrottung durch

¹⁴⁵ Zu Gerhard Schoenberner s. https://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/institut/aus_dem_institut/2012/Gerhard_Schoenberner_verstorben/index.html (letzter Zugriff: 29.11.2021).

¹⁴⁶ Dazu <https://argument.de/produkt/der-gelbe-sterne-die-judenverfolgung-in-europa-1933-1945/>, (letzter Zugriff 29.11.2021) dort auch die Kritik der FAZ: „Ein Jahrhundertbuch.“ Der Argument Verlag bietet das Werk in seinem Sortiment an.

Hunger folgt die Ausrottung durch Gas.“ Er verweist ebenso darauf, dass bereits ein Jahr vorher die „Sicherheitspolizei“ mit der massenhaften Erschießung in der überfallenen Sowjetunion begonnen hat. Er konfrontiert seinen Sachtext mit „Aufzeichnungen des kleinen David Rubinowicz, der mit vierzehn Jahre in Treblinka vergast wurde“. In der Freien Presse stehen sie unter der Überschrift „Ein Kind führt Tagebuch“. Die ausgewählten Textstellen zeigen schlaglichtartig die Erfahrungen des jungen Opfers vom 4. April 1940 bis zum 11. Januar 1942, z.B.:

„1. September 1940. Heute ist der erste Jahrestag des Kriegsausbruchs. Ich überdenke, was wir in dieser kurzen Zeit schon alles erlebten, wieviel Leid wir schon durchgemacht haben.“

„10. Juli 1941. Eine sehr schwere Zeit ist angebrochen. Jede Stunde zu überleben ist schwierig.“

Am 11. Januar 1942 erfährt David vom „Dorfwächter“, „daß alle Juden aus allen Dörfern ausgesiedelt werden sollen. Als ich das zu Hause erzählte, waren wir alle sehr niedergeschlagen. Jetzt, in einem so strengen Winter, werden sie uns aussiedeln, wo und wohin? Jetzt sind wir an die Reihe gekommen, schwere Qualen zu ertragen.“¹⁴⁷

Dieser Artikel ist exemplarisch, auch in seiner Strukturierung. Es ist offensichtlich, worauf es der Freien Presse mit der Veröffentlichung von Auszügen aus Schoenberners Werk ankommt: Sie will ihre Leserschaft schonungslos, wie der Autor es getan hat, über die Verbrechen in den zwölf Jahren der „Judenverfolgung“ informieren und Täter- und Opferperspektive miteinander konfrontieren. Sie will ihrer Leserschaft das ungeheuerliche Ausmaß der Verbrechen vermitteln und damit die Bedeutung von Auschwitz einordnen helfen. Sie will ihre Leserschaft durch diese Art der indirekten Kommentierung für den stattfindenden Prozess sensibilisieren.

In den folgenden fast zwei Jahren, die der Prozess dauert, finden sich in der Freien Presse immer wieder von Agenturen übernommene Berichte über den Verlauf des Prozesses. Nach seinem Abschluss kommentiert Kh. Böhm das Urteil. Als Überschrift wählt er die Frage „Gerecht?“¹⁴⁸ Er geht differenziert dem Problem nach, inwiefern die Klassifizierung des Urteils als gerecht angemessen ist.

„Man kann diese Frage schnell mit Ja oder Nein beantworten, je nachdem, wie hoch man die Schuld der Allgemeinheit und des einzelnen an der Hitler-Zeit einschätzt. Aber man sollte sich vor einem allzu schnellen Urteil über das Urteil hüten, weil es nämlich die Gefahr des allzu schnellen Fertigseins mit der Vergangenheit in sich birgt.“

¹⁴⁷ Schoenberner, Gerhard: Auschwitz. Die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945, in: Freie Presse, 20. 12. 1963.

¹⁴⁸ Böhm, Kh.: Gerecht?, in: Freie Presse, 20.8. 1965.

Das bedeutet in den Schlussfolgerungen: Je höher die Schuld der Allgemeinheit, desto geringer die Schuld des Einzelnen und umgekehrt: Je höher die Schuld des Einzelnen, desto geringer die Schuld der Allgemeinheit. Diese Rechnungen hält Böhm für falsch. Ihm geht es darum, dieses „allzu schnelle(n) Fertigsein(s) mit der Vergangenheit“ durch seine Argumentation zu verhindern.

Er bescheinigt dem Gericht, dass es trotz aller Widrigkeiten (Zeitabstand zu den Verbrechen, Verdunkelungsversuche der Angeklagten, Unterscheidung zwischen strafrechtlicher und politischer Schuld) „verantwortungsvoll darum gerungen hat, das tatsächliche **k r i m i n e l l e** Schuldkonto jedes einzelnen herauszufinden“, sich also ausschließlich auf das strafrechtlich Relevante bezogen zu haben [gesperrter Druck im Original, der Verf.]. Böhm unterstützt in seinen abschließenden Bemerkungen die Argumentation des Gerichtes in dessen Ausführungen zum Urteil:

„Selbst wenn alle Angeklagten zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden wären, so sagte in seiner Begründung der Gerichtsvorsitzende, würde das nicht ausreichen, um alle im Konzentrationslager Auschwitz verübten Taten zu sühnen. (...) Es hat damit aber auch festgestellt, daß das Strafmaß dem Ausmaß der in Auschwitz verübten Verbrechen – unabhängig von der moralischen Schuld – nicht entspricht.“

Zugespitzt formuliert heißt das: Die Vergangenheit ist durch die Urteile nicht vergangen. Diesem Urteil schließt sich Böhm ausdrücklich an, und deshalb lautet seine Antwort auf die Frage „Gerecht?“: „Von hier aus betrachtet, sind die Angeklagten keineswegs zu hart verurteilt worden.“ Augenscheinlich schreibt Böhm gegen eine vermutete Meinungstendenz in der Bevölkerung an, die Urteile gegen die Angeklagten seien zu hoch und deshalb ungerecht ausgefallen, und letztlich auch gegen die Schlussstrich-Forderungen in der Gesellschaft.

Die Verjährungsdebatte 1965

Die Ablehnung der Verjährung von NS-Verbrechen ist der Freien Presse mit der Partei, der sie gehört, ein besonderes Anliegen. Am 8. März, zwei Tage vor der Debatte im Bundestag, hatte die SPD-NRW „einen Landtagsbeschluß beantragt, wonach die Landesregierung am Freitag im Bundesrat die Verlängerung der Mordverjährungsfrist oder jede andere gesetzgeberische Maßnahme unterstützen sollte, mit der die strafrechtliche Verfolgung noch unbekannter Mordtaten in der nationalsozialistischen Zeit sichergestellt werden könnte“. So beschreibt zutreffend die Freie Presse den Inhalt des Antrags der oppositionellen SPD.¹⁴⁹ Der mit Inw gezeichnete Bericht zeigt bereits in den Überschriften die Tendenz an: Zwei Zitate des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Heinz Kühn rahmen die Hauptüberschrift ein: „NRW-Landtag

¹⁴⁹ Inw.: Landtag lehnt Debatte über Verjährung von NS-Verbrechen ab, in: Freie Presse, 9.3. 1965.

lehnt Debatte über Verjährung von NS-Verbrechen ab“. Die beiden Zitate beziehen sich auf diese Ablehnung. Sie lauten: „Desertion vor der Verantwortung“ und „Bankrotterklärung des Parlaments durch die Koalition“. Im dazugehörigen Kommentar „Abgesetzt“ von Kh. Böhm¹⁵⁰ geht es darum, den Stellenwert vom Antrag der SPD und der Ablehnung durch die Koalition von CDU und FDP herauszuarbeiten und damit die Tendenz des Berichts argumentativ zu untermauern. Böhm konzediert als erstes,

„daß die Vertreter einer Landesregierung bei ihrem Verhalten im Bundesrat nur an die Beschlüsse und Weisungen ihres Kabinetts gebunden sind. So steht es in den Gesetzen, und niemand denkt daran, diese Bestimmungen zu ändern.“

Die SPD habe „lediglich eine Meinungsäußerung des Landesparlaments“ herbeiführen wollen, an die zu halten oder sie zu verwerfen die freie Entscheidung der Regierung und ihrer Vertreter im Bundesrat gewesen wäre. „Auf jeden Fall hätte die Regierung gewußt, wie das Parlament zu dieser Frage steht.“ Er hinterfragt die formale Ablehnung durch die beiden Regierungsparteien und sieht die tatsächlichen Gründe für die CDU in ihrer Uneinigkeit in „dieser bedeutenden Frage“ und für die FDP in ihrer Rücksichtnahme auf „einen großen Teil ihrer bisherigen und erhofften Wähler“, den er – das scheint der Subtext zu sein – als mit der NS-Vergangenheit kontaminiert ansieht. Böhm schließt mit der Schlussfolgerung: „So entzog die Parlamentsmehrheit dem Parlament die Möglichkeit, eine eigene Meinung zu äußern. Ein Sieg der Exekutive!“ Damit, so lässt sich zuspitzen, gerät das Verhalten der Mehrheit in die Nähe eines undemokratischen Verfahrens.

Einen Tag später, am 10. März, veröffentlicht die Freie Presse einen von UPI übernommenen Artikel¹⁵¹. Er trägt die Überschrift: „Bundestagsabgeordnete mit dem Tode bedroht (!) falls sie für Verlängerung der Verjährung stimmen“. Konkret geht es dabei um ein anonymes Flugblatt, das den Abgeordneten mit der Post zugestellt wurde und in dem es heißt, alle, die gegen die Verjährung stimmten, seien „mit der Abgabe ihrer Stimme rechtskräftig zum Tode verurteilt.“ Die Freie Presse verfolgt mit dem Abdruck offensichtlich die Absicht, den Druck zu vermitteln, unter den die Abgeordneten in dieser Frage gesetzt sind, und gleichzeitig zu verdeutlichen, dass sie diesem Druck standhalten werden, denn die letzten Sätze lauten:

„Von den Abgeordneten wurde das anonyme Machwerk mit Lächeln und in den meisten Fällen kommentarlos zur Kenntnis genommen. Einige bezeichneten das zugestellte Flugblatt als Werk eines offensichtlich Geistesgestörten, obwohl nicht ausgeschlossen werden könne, daß rechtsradikale Elemente dahinterstünden.“

Die Debatte im Bundestag am 10. März steht, wie nicht anders zu erwarten, in der Zeitung an prominenter Stelle im Mittelpunkt. Auf der Titelseite findet sich ein langer Bericht (der auf

¹⁵⁰ Böhm, Kh.: Abgesetzt, in: Freie Presse, 9.3. 1965.

¹⁵¹ Bundestagsabgeordnete mit dem Tode bedroht, in: Freie Presse, 10.3. 1965.

Seite 2 abgeschlossen wird) vom Nachrichtendienst der Freien Presse.¹⁵² In ihm hebt der Berichterstatter vor allem die Rede des Sozialdemokraten Adolf Arndt hervor, der in einem „sehr persönlich gehaltenen Schlußwort, bei dem im Plenarsaal atemlose Stille herrschte, bekannte (...), sich (...) ‚mitschuldig‘ an den Greueln der Nationalsozialisten“ gemacht zu haben (Fettdruck im Original), ohne die Ausführungen Ernst Bendas, des Gegners der Verjährung in den Reihen der CDU, zu vernachlässigen. Aber es wird deutlich, dass das Ergebnis: „Mehrheit für Verlängerung zeichnet sich ab“ (Überschrift) das Werk vor allem der SPD ist. Der Bundesjustizminister Bucher (FDP), bis zum Schluss Befürworter der Verjährung, spielt in dem Bericht kaum eine Rolle. Es wird lediglich verzeichnet, dass er sich aus „verfassungsrechtlichen Gründen gegen eine Verlängerung der Verjährung wandte.“

Dafür ist ihm im ausführlichen Kommentar von Sigurd Paulsen „Bucher ging nicht - Verjährungsdebatte“¹⁵³ die politische Hauptrolle zugeschrieben worden, und die Überschrift lässt keine Unklarheit zu: Bucher hätte demissionieren müssen. Für Paulsen ist er der Verlierer dieser Debatte und ihres Ergebnisses. „Bundesjustizminister Bucher (...), der monatelang dafür kämpfte, daß wir vom 8. Mai an auch mit Kaduks¹⁵⁴ zusammenleben sollten, machte eine blasse Figur.“ Er begründet sein Urteil mit Buchers Auftritt in der Debatte. Der Bundesjustizminister habe es als ‚leidvolle Erkenntnis‘ bezeichnet, „daß man auch nach diesem 8. Mai noch mit dem Bekanntwerden furchtbarer Untaten rechnen müsse“, und dabei die „Tatsache“ übergangen, „daß die Bundesregierung selber die Suche nach Belastungsmaterial in osteuropäischen Archiven an Ort und Stelle jahrelang aus fadenscheinigen Gründen verschleppt hat.“ Paulsen kann in der Rede ein Positivum nur in einer Unterlassung erkennen: „Wenigstens wiederholte Bucher nicht seine frühere Behauptung, die Rechtsstaatlichkeit verbiete eine Verlängerung der Verjährungsfrist.“ Sie aber spielte in der Debatte dennoch eine Rolle, denn Paulsen verwendet eine Aussage von Ernst Benda, „dem prominentesten Bekämpfer des Verjährungsvorschlages im Koalitionslager“ in ihr, um Buchers wissenschaftliche Qualifikation in Frage zu stellen. Benda habe dem Justizminister vorgehalten, daß nicht weniger als 76 (...) Strafrechtslehrer deutscher Universitäten dieser seiner ‚apodiktisch‘ vorgetragenen Behauptung widersprechen.“ Daraus und aus der „Tatsache“, dass der Minister seinen Anteil an der Verzögerung von Nachforschungen in Osteuropa hat, entwickelt Paulsen seine konkreten Vorwürfe:

„Der Bundesjustizminister hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen, als er versuchte, seine offenbar doch recht begrenzte wissenschaftliche Einsicht der deutschen Öffentlichkeit aufzunötigen. Er hat auch mitzutragen an dem Vorwurf, die Ludwigsburger

¹⁵² Paulsen, Sigurd: Verjährungsdebatte, in: Freie Presse, 11.3. 1965.

¹⁵³ Paulsen, Sigurd: Verjährungsdebatte, in: Freie Presse, 11.3. 1965.

¹⁵⁴ Oswald Kaduk war einer der Hauptangeklagten im ersten Auschwitzprozess und wurde zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Zentralstelle¹⁵⁵ habe erst viel zu spät Bewegungsfreiheit für Nachforschungen in Osteuropa erhalten.“

Noch einmal zitiert Paulsen Ernst Benda, dieses Mal, um zu verdeutlichen, was die Folge gewesen wäre, wenn Bucher sich mit seiner Position durchgesetzt hätte: Es wäre „‘das Rechtsgefühl unseres Volkes in unerträglicher Weise korrumpiert worden.‘“ Damit kommt Paulsen zur zentralen Forderung, die schon die Überschrift des Kommentars klar formulierte: „Ein Justizminister, der sich das sagen lassen muß, sollte, das ist unser Eindruck von der Debatte, abtreten.“

Seine abschließende – gemischte - Beurteilung der Verjährungsdebatte geht davon aus, dass Bucher diesen Schritt nicht getan hat:

„Hätte sich Bucher dazu entschlossen, dann könnte der Bundestag einen voll befriedigenden, denkwürdigen Tag verbuchen. So bleibt immerhin der Gewinn einiger ausgezeichneten Reden, die zeigten, wie ein Meinungsumschwung in Regierung und Parlament seit Beginn dieses Jahres eine Wendung zum Schlimmen verhindert hat.“

Paulsen stellt Bucher ein vernichtendes, einigen Rednern in der Debatte ein ausgezeichnetes Zeugnis aus. Seine Position lässt an Klarheit nichts zu wünschen übrig.¹⁵⁶

Der Umgang der Freien Presse mit den NS-Verbrechen

Er lässt sich knapp und präzise zusammenfassen: Die Freie Presse verfolgt die Linie einer konsequenten juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen und lehnt jeden Schlussstrich ab. Sie hat dabei Anteil an der auch als Entlastung deutbaren Theorie des Exzesstäters, ohne damit eine Relativierung deutscher Schuld zu verbinden. Sie sieht in einer unzureichenden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eine Bedrohung für die bundesrepublikanische Demokratie.

Sie sieht die Notwendigkeit einer kritischen Selbstreflexion des Einzelnen gegenüber den NS-Verbrechen. Sie versucht, ihre Leserschaft über das historische Verbrechen der Judenverfolgung 1933-1945 aufzuklären. Sie ist damit Teil der veröffentlichten Meinung, die gegen die öffentliche in der Bevölkerung anschreibt. Sie leistet auf diese Weise ihren Beitrag, sich der NS-Vergangenheit als Herausforderung für die bundesrepublikanische Demokratie zu stellen.

¹⁵⁵ Zur Ludwigsburger Zentralstelle, ihrer Geschichte und Tätigkeit s. https://zentrale-stelle-ludwigsburg.justiz-bw.de/pb/_Lde/Startseite (letzter Zugriff: 29.11.2021).

¹⁵⁶ Damit sind Paulsens wesentliche Aussagen erfasst. Seine weiteren kurzen Ausführungen zur Rede von Thomas Dehler (FDP) sind für seine Position ohne Belang.

Vergleich

Beide Zeitungen stemmen sich gegen den mehrheitlichen Ruf in der Bevölkerung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit. Sie setzen sich dabei für eine dauerhafte tiefgreifende juristische Verfolgung der Verbrechen ein und scheuen sich im Falle der Westfälischen Nachrichten nicht, den Deutschen für ihre mangelnde Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen Bundesrepublik die Leviten zu lesen. Vor dem Hintergrund der Totalitarismus-Theorie geht es der Tageszeitung aus Münster um das existierende politische System und seine Erhaltung. Wenn das konservative Lager kennzeichnete, „in der zunehmend kritischen Erinnerungskultur eine Bedrohung der nationalen Identität“ zu sehen¹⁵⁷, dann markiert die Linie der Westfälischen Nachrichten einen bedeutenden Dissens zum konservativen Mainstream. Sie sehen im kritischen öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit keinen Angriff auf die nationale Identität wie andere Konservative, sondern, so scheint es, die Voraussetzung dafür, das System der Demokratie in der Bundesrepublik zu stabilisieren, im Übrigen auch als eine Leistung, die verpflichtend vor der westlichen Welt zu erbringen ist. Nach von Hodenberg gehörte zum Konsensjournalismus, „das heikle Thema der NS-Verbrechen wenn irgend möglich zu umgehen.“ In dem Sinne sind die Westfälischen Nachrichten schon seit 1958 nicht mehr Bestandteil dieses unausgesprochenen Konsenses, sondern aktiver medialer Faktor im zeitkritischen Journalismus. Die Westfälischen Nachrichten liefern damit und auch mit der dezidierten Bejahung der bei den Konservativen umstrittenen Frage nach Verlängerung der Verjährungsfrist eine Überraschung, jedenfalls ein Ergebnis, das bei der strikt konservativen Ausrichtung der Zeitung nicht unbedingt zu erwarten gewesen wäre.

Die Freie Presse ist offensichtlich ihrer Linie gegenüber den NS-Verbrechen, die bereits in der ersten Ausgabe 1946 präzise beschrieben worden ist, treu geblieben und hat sie als eine Aufgabe interpretiert, die mit den großen NS-Prozessen der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht abgeschlossen ist. Anders als bei den Westfälischen Nachrichten spielt die Totalitarismus-Theorie in ihren Kommentaren keine Rolle, die Erhaltung der Demokratie in der Bundesrepublik ist ihr ein selbstverständliches Anliegen. Dass die Freie Presse energisch in die Debatte um die Verjährung eingestiegen ist, ist alles andere als eine Überraschung, weil sie damit nichts anderes als die offizielle Parteilinie vertrat. Die SPD „avancierte“ 1964/65 zum „Zugpferd einer Kampagne gegen die Verjährung von Mord“. Die SPD wollte die am 8. Mai 1965 drohende Verjährung nationalsozialistischer Mordtaten verhindern und damit auch, dass „zahlreiche Mörder und Mordgehilfen des ‚Dritten Reiches‘ ungestraft davonkommen würden.“¹⁵⁸ Beide Zeitungen haben ihren Anteil daran, die fortgesetzte juristische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gewalttaten ihrer Leserschaft als notwendig für die Sicherung der Demokratie zu vermitteln.

¹⁵⁷ Biess: Republik der Angst, S. 197.

¹⁵⁸ Dazu: Meyer, Kristina: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990, Göttingen 2015, S.255ff., Zitate: S.256.

4. Die Zusammenschau: Die beiden Zeitungen und ihr Beitrag zur bundesrepublikanischen Demokratisierung zwischen 1957/58 und 1965

Die Analyse der drei Aspekte ergibt eindeutige Ergebnisse:

1. In der sogenannten Spiegelaffäre liegen die Positionen von Westfälischen Nachrichten und Freier Presse so weit auseinander wie zwischen den beiden Historikern Ritter und Bracher, sie sind einander entgegengesetzt. Beide verfolgen dabei ein ebenso diametrales Machtkalkül: Die Westfälischen Nachrichten wollen die CDU-Dominanz in Staat und Regierung retten, die Freie Presse will die Affäre nutzen, um der SPD Optionen zu eröffnen, an der Regierungsmacht teilhaben zu können.
2. In der Demokratiediskussion sind die Westfälischen Nachrichten lange Zeit auf der Suche, ein autoritäres Verständnis dieser Regierungsform auf der Grundlage einer fundamentalen christlich-konservativen Weltanschauung zu entwickeln und in der politischen Diskussion zu halten, während für die Freie Presse mit dem Godesberger Programm 1959 das Verhältnis zwischen Demokratie und Sozialismus endgültig geklärt ist. Die bestehende Demokratie ist kein Übergangsstadium zu einer irgendwie gearteten sozialistischen Endstufe der Entwicklung, sondern das „Zuhause“ für alle, die sich der SPD verpflichtet sehen.
3. Es gibt aber keinen Unterschied in der Haltung gegenüber der Aufarbeitung der NS-Verbrechen: Beiden Zeitungen ist offensichtlich daran gelegen, gegen die Schlussstrich-Mentalität in der bundesrepublikanischen Gesellschaft anzuschreiben und die Prozesse gegen NS-Verbrecher als hilfreiche und deshalb notwendige Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit darzustellen. Der aktuelle Bundespräsident Frank – Walter Steinmeier hat indirekt die Bedeutung dieser Position für die Demokratisierung der Bundesrepublik herausgestellt:

„Erst in dem Maße, in dem das Verdrängen und Beschweigen der deutschen Verbrechen beendet wurde, konnte der Befreiung von außen [1945, der Verf.] eine innere Befreiung im Zeichen neu verwurzelter demokratischer Überzeugungen folgen. Es war ein langer, mühsamer und oft schmerzhafter Prozess der Aufklärung und Aufarbeitung von Mittäterschaft und Mitwisserschaft. Erst dadurch konnte die Bundesrepublik Deutschland demokratisches Selbstvertrauen gewinnen, nicht durch Abwehr und Schlussstrich.“¹⁵⁹

¹⁵⁹ Auszug aus dem Vorwort des Bundespräsidenten für das von ihm herausgegebene Buch „Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789-1918“, München 2021, hier zitiert nach dem Abdruck in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 245 vom 21.10. 2021, S.12.

Auf der Ebene der Phänomenologie lässt sich Eindeutiges folgern: Es gibt zwischen den beiden Zeitungen tiefgreifende Unterschiede bis zum Antagonismus und eine Gemeinsamkeit, die im Übrigen nicht zu finden gewesen wäre, hätte statt des Umgangs mit der NS-Vergangenheit als dritter Aspekt z.B. die Atomtod-Bewegung von 1957/58 im Mittelpunkt der Analyse gestanden. Dabei wäre die Frontstellung wiederum eindeutig gewesen. Es ist diese Gemeinsamkeit, die es ermöglicht, einen differenzierten Blick auf den Beitrag der Westfälischen Nachrichten zur Demokratisierung zu werfen. Die Freie Presse ist durchgängig als sozialdemokratische Parteizeitung zu identifizieren, und es ist schließlich diese Funktion, die sie hat, die tiefe Einblicke in ihren Beitrag zur Demokratisierung eröffnet.

Eickhoff, der Chefredakteur der Westfälischen Nachrichten, bejaht lange den Konsensjournalismus und ist offensichtlich stolz darauf, zum Kreis der eingeweihten Journalisten um den Bundeskanzler Adenauer zu gehören. Aus diesem Selbstverständnis ergibt sich seine massive Kritik an anderen, vermeintlich oder tatsächlich linksliberalen oder linken Medien, deren Arbeit er als destruktiv und deshalb als unverantwortlich begreift. Die Freie Presse ist seit den ersten Bundestagswahlen 1949, die für die SPD die Oppositionsrolle bedeuteten, nie Bestandteil des Konsensjournalismus gewesen, sondern ein Medium, das sich als Mittlerin von Kritik an den konservativ geführten Regierungen und publizistische Unterstützung sozialdemokratischer Alternativen zu ihnen sah. Die Rollendefinitionen der beiden Tageszeitungen könnten kaum unterschiedlicher sein.

Die Westfälischen Nachrichten geraten mit ihrer katholisch-konservativen Ausrichtung in die Defensive. Schon Eickhoffs Kommentar in der Pfingstausgabe 1958 über den Verlust des Geistes ist von tiefem Pessimismus geprägt. Sie passen sich nur zögerlich und schließlich vor allem unter dem Einfluss des Zweiten Vatikanischen Konzils der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung an. Die Freie Presse aber gewinnt zunehmend, vor allem seit der grundlegenden Kursänderung, die die SPD mit dem Godesberger Parteitag 1959 vollzogen hat, die Meinungsführerschaft – ein Vorgang, der nur als Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses gelesen werden kann.

Gleichzeitig aber wird die Freie Presse, die nachhaltig zur Demokratisierung der Bundesrepublik beigetragen hat, Objekt eines Vorganges, den man ebenfalls als demokratische Weiterentwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft begreifen kann. Dagegen können die Westfälischen Nachrichten, die mit ihrem christlich-autoritären Demokratie- und Staatsverständnis und der späteren vorsichtigen Anpassung an die gesellschaftliche Pluralität die konservativen Demokratieskeptiker in ihrer Leserschaft an die Bundesrepublik binden, sich diesem Vorgang entziehen. Das hat konkrete Gründe.

1967 gibt es die Freie Presse nicht mehr, sie geht durch Fusion auf in der Neuen Westfälischen. Die Westfälischen Nachrichten aber können 2021 ihr 75-jähriges Jubiläum feiern. Die Westfälischen Nachrichten haben von Beginn an Wert daraufgelegt, frei von einem direkten

politischen Einfluss der CDU zu bleiben, die Freie Presse steht in der Tradition der SPD-Parteizeitungen aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik. Die Veränderung der Presselandschaft, die Vielfalt, die entsteht und die man auch lesen kann als Ausdruck von Demokratisierung und als Ablehnung eines politischen Erziehungsauftrags bei der Leserschaft, bedeutet für die Freie Presse ihr Ende.

Die parteipolitische Unabhängigkeit der Westfälischen Nachrichten erlaubt ihnen, die Aufgabe als kritische mediale Beobachter, auch gegenüber der Union in der Einforderung einer stärkeren Betonung des Christlichen, in der demokratischen Gesellschaft wahrzunehmen, während die Freie Presse dieser Funktion als Parteizeitung nur eingeschränkt gerecht werden kann, soweit es die damalige Opposition, die SPD, betrifft. Besonders deutlich wird das in Kommentaren zur sogenannten Spiegel-Affäre, die die taktischen und strategischen Überlegungen der Parteispitze nachvollziehen. Es ist diese Ambivalenz, nachhaltig zur Demokratisierung der Bundesrepublik beigetragen zu haben und dabei durch eine parteipolitisch gebundene Pädagogik begrenzt zu sein, die im Wesentlichen erklärt, warum die Freie Presse als eigenständige Zeitung keine Zukunft gehabt hat.

Gefragt sind offensichtlich nun ausschließlich Zeitungen, die zwar mit eigener klarer Haltung, aber unabhängig von direkten politischen Akteuren die öffentliche Debatte gestalten und so klar die mediale Aufgabe ausüben, demokratische Partizipation zu ermöglichen.

Die Freie Presse ist wie die Westfälischen Nachrichten Objekt der Demokratisierung, aber in einem unvergleichlich anderen Ausmaß. Die Westfälischen Nachrichten als unabhängige Zeitung öffnen sich vorsichtig der gesellschaftlichen Pluralität. Die Freie Presse verliert in Folge ihres Charakters als sozialdemokratische Parteizeitung und ihres damit verbundenen - schließlich überkommenen - Erziehungskonzeptes in der sich wandelnden Medienlandschaft ihre Existenzberechtigung. Es beginnt die Zeit, in der die „Bild“-Zeitung an der Stelle des SPD-Organs bei vielen Arbeitern zur täglichen Lektüre wird.¹⁶⁰ Aber weder der Untergang der sozialdemokratischen Parteizeitung(en) noch die Deutung der Welt durch die „Bild“-Zeitung in Arbeiterhaushalten verhindern 1969 den politischen Paradigmenwechsel. Der Prozess der Demokratisierung ist ein überaus komplexer Vorgang.

¹⁶⁰ Meier, Gerd: Vom Parteiorgan zur modernen Zeitung?, S.289. Nach Meier erzielte die „Bild“-Zeitung „die größte Reichweite (...) Anfang der sechziger Jahre bei Facharbeitern (42,7 Prozent) und sonstigen Arbeitern (35,7).“ Er bezieht sich dabei u.a. auf die „Bild“-Leseranalyse 1963.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Primärquellen:

Archivalien

Digitales Archiv der Westfälischen Nachrichten, verfügbar bis zum 30. September 2020

- Westfälische Nachrichten 1957 – 1965

Zeitungs- und Pressearchiv ULB Münster

- Freie Presse 1957 – 1963, YA 353: [Mikrofilm]

Institut für Zeitungsforschung Dortmund

- Freie Presse 1963 und 1965, F 3359, F 4451, F 4448 (Mikrofilme)

Gedruckte Quellen

- Arndt, Adolf: Vom Sinn der Pressefreiheit, Bielefeld 1956
- Martini, Winfried: Freiheit auf Abruf. Die Lebenserwartung der Bundesrepublik, Köln/Berlin 1960, 2. Auflage.

Quellen im Internet¹⁶¹

- Zur Auflagenhöhe der Freien Presse 1957, Stolze Denkweise, aus: Der Spiegel vom 23.01.1957, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41121041.html>
- Die Zeit der Entscheidung von Hauptschriftleiter Dr. A. Fr. Eickhoff, in: Westfälische Tageszeitung vom 1. Juli 1940, <https://zeitpunkt.nrw/ulbms/periodical/zoom/6771821>
- Ludwig Erhards „Pinscher“ – Zitate, https://www.quotez.net/german/ludwig_erhard.htm
- Erklärung Dignitatis humanae über die Religionsfreiheit, http://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651207_dignitatis-humanae_ge.html
- Titelseite der ersten Ausgabe der Freien Presse vom 3. April 1946, <https://historischerrueckblickbielefeld.files.wordpress.com/2017/02/0102201710.jpg>

¹⁶¹ Alle Internetseiten wurden zuletzt überprüft am 29.11.2021.

- Godesberger Programm der SPD, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/godesberger_programm.pdf
- Stuckmann, Heinz: Pro Mord zwölf Tage. Das seltsame Urteil von Arnsberg, in: Die Zeit, 20.2.1958, <https://www.zeit.de/1958/08/pro-mord-zwoelf-tage/komplettansicht>
- Hast: Lebenslänglich. Das Urteil von Hagen, in: Die Zeit, 27.11.1959, <https://www.zeit.de/1959/48/lebenslaenglich>.
- Die Mörder sind unter uns, in: Der Spiegel 50, vom 11. Dezember 10.12.1957, zitiert nach: <https://www.spiegel.de/panorama/die-moerder-sind-unter-uns-a-6ddad305-0002-0001-0000-000041760009?>
- Zur Bezeichnung Sommers als „Henker von Buchenwald“, <https://www.spiegel.de/politik/schwarze-handschuhe-a-2721af92-0002-0001-0000-000043064224>
- Zu Karl Buchheim, Leidensgeschichte des zivilen Geistes: <https://books.google.de/books?id=ZiPkwIzdTzYC&pg=PA253&lpg=PA253&dq=buchheim+leidensgeschichte+des+zivilen+geistes&source=bl&ots=VbAf4TMDtJ&sig=ACfU3U0I6fDbXYTLWbcNxUYBVGAq3U6Qgg&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwiPoN-Sz5j0AhWn7rsIHVkaDS8Q6AF6BAgfEAM#v=one-page&q=buchheim%20leidensgeschichte%20des%20zivilen%20geistes&f=false>

2. Sekundärliteratur

Gedruckte Literatur

- Bauerkämper, Arnd; Jaraus, Konrad H.; Payk, Marcus M. (Hgg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945 – 1970, Göttingen 2005.
- Bauerkämper, Arnd: Demokratie als Verheißung oder Gefahr? Deutsche Politikwissenschaftler und amerikanische Modelle 1945 bis zur Mitte der sechziger Jahre, S.253 – 280.
- Biess, Frank: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Bonn 2019.
- Daniel, Ute: Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert, Hamburg 2018.
- Fröhlich, Claudia: Der „Ulmer Einsatzgruppen-Prozess“ 1958. Wahrnehmung und Wirkung des ersten großen Holocaust-Prozesses, in: Osterloh, Jörg / Vollnhals, Clemens (Hrsgg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S.233 – 262.
- Großbölting, Thomas: Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013.
- Haunfelder, Bernd :250 Jahre Druckhaus Aschendorff 1762-2012, Münster 2012.

Zwei Tageszeitungen und ihr Umgang mit der Demokratie 1957-1965

- Krause, Peter: „Eichmann und wir“. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit und der Jerusalemer Eichmann-Prozess 1961, in: Osterloh, Jörg / Vollnhals, Clemens (Hrsgg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S.282 – 306.
- Meier, Gerd: Vom Parteiorgan zur modernen Zeitung? Die sozialdemokratische Tagespresse im östlichen Westfalen zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Sonderdruck aus: Westfälische Forschungen, Nr.47, Münster 1997, S. 265 – 292.
- Meyer, Kristina: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990, Göttingen 2015.
- Osterloh, Jörg / Vollnhals, Clemens (Hrsgg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011.
- Pöppinghege, Reiner: "Ein herrliches Sommersemester 1933!". Die Gleichschaltung der Studentenschaft in Münster, in: Westfälische Zeitschrift 145, 1995.
- Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001, S.188.
- Renz, Werner: Der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963 – 1965 und die deutsche Öffentlichkeit. Anmerkungen zur Entmythologisierung eines NSG-Verfahrens, in: Osterloh, Jörg / Vollnhals, Clemens (Hrsgg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S.349 – 362.
- Schildt; Axel / Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2009.
- Schildt; Axel / Siegfried, Detlef/ Lammers, Karl Christian (Hrsgg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- Schildt, Axel: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, hrsg. v. Gabriele Kandzora u. Detlef Siegfried, Göttingen 2020.
- Siegfried, Detlef: Pop und Politik, in: Alexa Geisthövel u.a., Popgeschichte, Bielefeld 2014, S.33-56.
- Schütz, Walter J.: Zeitungsgeschichte und Institutsgeschichte. Publizistik in Münster 1946 bis 1959, in: Klaus Mertens (Hrsg.), Konstruktion von Kommunikation in der Mediengesellschaft. Festschrift für Joachim Westerbarkey, Berlin/Heidelberg 2009.
- Steinbach, Peter: Stachel im Fleisch der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Die Deutschen und der Widerstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd.44, 1994, H.28, S.5.
- Steinmeier, Frank-Walter: Ehrt mir die Demokraten (Auszug aus dem Vorwort des Bundespräsidenten für das von ihm herausgegebene Buch „Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789-1918“, München 2021, aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 245 vom 21. Oktober 2021, S.12.
- von Hodenberg, Christina: Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980, Göttingen 2002.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949 – 1990; Bonn 2009.

- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933 – 1990, Bonn 2004.
- Wojak, Irmtrud: Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess und die „Bewältigung“ der Vergangenheit, in: dies. (Hg.), Auschwitz-Prozess 4 Ks 2/63, Frankfurt a.M., Köln 2004, S.53-70.

Literatur im Internet¹⁶²

- Assmus, Burkhard : Die Reichstagswahlen vom 5. März 1933, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/etablierung-der-ns-herrschaft/reichstagswahl-1933.html>
- Blume, Dorle/Haunhorst, Regina/Zündorf, Irmgard: Martin Niemöller, 1892-1984, <https://www.hdg.de/lemo/biografie/martin-niemoeller>
- Dierken, Jörg: Säkularisierung – ein Kulturmuster der Aufklärung?, <https://www.izea.uni-halle.de/forschung/a-ideen-praktiken-institutionen/1-kulturmuster-der-aufklaerung/saekularisierung-ein-kulturmuster-der-aufklaerung.html>
- Lörcher, Andreas: Antisemitismus in der öffentlichen Debatte der späten fünfziger Jahre. Mikrohistorische Studie und Diskursanalyse des Falls Zind, Freiburg 2008 <https://d-nb.info/990750477/34>
- JL (= Johannes Ludwig): SPIEGEL-Affäre 1962: das Vorspiel seit 1957 im Detail, <https://www.anstageslicht.de/themen/history/spiegel-ffaere-1962/das-vorspiel-der-spiegel-ffaere-seit-1957>
- Payk, Marcus M. (2006): Antikommunistische Mobilisierung und konservative Revolte. William S. Schlamm, Winfried Martini und der „Kalte Bürgerkrieg“ in der westdeutschen Publizistik der späten 1950er Jahre, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.492>
- Pękala, Urszula: Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe. In: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2018, ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p43232
- Pöttker, Horst: 50 Jahre Spiegel-Affäre, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/145749/50-jahre-spiegel-ffaere-10-10-2012>
- Wagner, Bernd J.: Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld, 19. Februar 1967: Der Politiker und Verleger Emil Gross stirbt in Bielefeld, <https://historischer-rueckblick-bielefeld.com/2017/02/01/01022017/>
- Wagner, Bernd J.: Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld, 6. März 1933: Am Bielefelder Rathaus hängt erstmals eine Hakenkreuzfahne, <https://historischer-rueckblick-bielefeld.com/2008/03/01/01032008/>

¹⁶² Alle Internetseiten wurden zuletzt überprüft am 29.11.2021.

Zwei Tageszeitungen und ihr Umgang mit der Demokratie 1957-1965

- Wagner, Bernd J.: Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek Bielefeld, 1. Juli 1890: In Bielefeld erscheint mit der „Volkswacht“ zum ersten Mal eine sozialdemokratische Zeitung, <https://historischer-rueckblick-bielefeld.com/2010/07/01/01072010/>
- Weisser, Ansgar: 18. Juli 1961 -Entscheidung zur Gründung der Ruhr-Universität Bochum,
- https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=495&url_tabelle=tab_websegmente
- Wichmann, Manfred: Carl von Ossietzky 1889 - 1938, <https://www.dhm.de/lemo/biografie/carl-ossietzky>
- Wichmann, Manfred: Clemens August Graf von Galen 1878-1946, <https://www.dhm.de/lemo/biografie/biografie-clemens-august-graf-von-galen.html>
- Französischer Wikipedia Eintrag zu den Präsidentschaftswahlen 1962: https://fr.wikipedia.org/wiki/%C3%89lections_l%C3%A9gislatives_fran%C3%A7aises_de_1962
- „Geh mit der Zeit, geh mit der SPD“: 60 Jahre Godesberger Programm, <https://www.fes.de/adsd50/godesberger-programm>
- Zu Schoenberners Werk, <https://argument.de/produkt/der-gelbe-stern-die-judenverfolgung-in-europa-1933-1945/>
- Über Schoenberners Leben, https://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/institut/aus_dem_institut/2012/Gerhard_Schoenberner_verstorben/index.html
- Über die Zentrale Stelle der Justizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, <https://zentrale-stelle-ludwigsburg.justiz-bw.de/pb/,Lde/Startseite>